



Landtag von Baden-Württemberg

67. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. Mai 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 13:02 bis 14:03 Uhr

Schluss: 16:23 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	3999	3. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen – Drucksache 15/3378.	4032
Absetzung von Tagesordnungspunkt 7	4032, 4054	Abg. Peter Hofelich SPD	4032
Begrüßung des ungarischen Generalkonsuls, Herrn Tamás Mydlo, und seiner Delegation	4032	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	4034
1. Aktuelle Debatte – Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen – Fachkräftemangel in Deutschland überwinden – beantragt von der Fraktion der SPD	3999	Abg. Jürgen Filius GRÜNE	4035
Abg. Rita Haller-Haid SPD	3999	Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	4036
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU	4001	Minister Peter Friedrich	4037
Abg. Josef Frey GRÜNE	4002	Beschluss	4039
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	4003	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. März 2013 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/3238, 15/3248	4039
Minister Peter Friedrich	4005	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	4039
Ministerin Katrin Altpeter	4007	Abg. Petra Häffner GRÜNE	4041
2. Aktuelle Debatte – Die Steuerbeschlüsse der Grünen – ein Angriff auf Mittelstand und Mittelschichten in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	4007	Abg. Rita Haller-Haid SPD	4042
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	4007, 4019, 4026	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	4043
Abg. Peter Hauk CDU	4009, 4023	Minister Peter Friedrich	4045
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	4013	Beschluss	4047
Abg. Klaus Maier SPD	4015	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes – Drucksache 15/3209	
Minister Dr. Nils Schmid	4016	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 15/3377.	4047
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	4019	Abg. Tobias Wald CDU	4047, 4052
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	4028	Abg. Sandra Boser GRÜNE	4048
Abg. Claus Schmiedel SPD	4030		

Abg. Christoph Bayer SPD	4049	und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung) – Drucksache 15/3239 . . . abgesetzt (4032, 4054)
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	4050	
Staatssekretärin Marion von Wartenberg	4050	
Beschluss	4052	
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder – Drucksache 15/3210		8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 9. April 2013 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 15/3355, 15/3421 4054
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/3423.	4052	Beschluss 4054
Abg. Bernd Hitzler CDU	4053	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 9. April 2013 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 15/3330, 15/3400 4054
Abg. Wilhelm Halder GRÜNE	4053	Beschluss 4054
Abg. Sascha Binder SPD	4053	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 28. März 2013 – Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Corrensstraße 41/41 a in Tübingen – Drucksachen 15/3304, 15/3363 4054
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	4053	Beschluss 4054
Minister Rainer Stickelberger	4054	Nächste Sitzung 4054
Beschluss	4054	
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, zur Ausführung von Artikel 84 und 84 a der Verfassung		

Protokoll

über die 67. Sitzung vom 8. Mai 2013

Beginn: 10:03 Uhr

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 67. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Brunnemer und Herrn Abg. Pauli erteilt.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Frau Staatsrätin Erler.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und wo sind all die anderen?)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen – Fachkräftemangel in Deutschland überwinden – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abg. Haller-Haid das Wort.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Morgen ist Europatag. Da ist man natürlich versucht, nur Positives über Europa zu sagen. Aber ich denke, Schönfärberei führt uns in der Situation, in der sich Europa im Moment befindet, nicht weiter. In Europa bestehen riesengroße Probleme. Eines der größten Probleme ist die Arbeitslosigkeit und ganz besonders natürlich die Jugendarbeitslosigkeit. Ein ganz wesentlicher Grund dafür ist die Austeritätspolitik, vor allem ausgehend von der Bundesregierung. Das schlimmste Beispiel dafür erleben wir – in Zusammenhang mit der Troika – in Griechenland. Die Ökonomien in den südlichen Ländern werden systematisch kaputt gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Genau deshalb gibt es dort die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Ich will Ihnen dazu einmal einige Zahlen nennen: Griechenland 59,1 % – das muss man sich einmal vorstellen; das sind die neuesten Zahlen –, Spanien 55,9 %, Portugal 38,3 %, Italien 38,4 %, Frankreich 26,3 %, Deutschland immerhin auch noch 7,6 % – auch wenn wir in Baden-Württemberg da richtig gut sind, aber deutschlandweit ist das auch eine hohe Zahl angesichts der Situation, in der sich die Wirtschaft befindet – und Großbritannien 20,7 %.

Dazu noch eine Anmerkung: Frau Merkel sagt immer gern, man müsse den Arbeitsmarkt liberalisieren; dann werde das alles schon. Wenn das stimmen würde, müsste in Großbritannien eigentlich ein wahres Jobwunder ausgebrochen sein. Davon kann bei über 20 % Jugendarbeitslosigkeit jedoch keine Rede sein.

Hinter dieser Arbeitslosigkeit verbergen sich natürlich menschliche Katastrophen. Sie ist ein sozialer Sprengstoff. Das kann sich jeder ausrechnen, und jeder weiß auch: Die jungen Leute trifft das gleich zweimal: in ihrer Jugend und sehr häufig später noch einmal im Alter in Form von Altersarmut. Dass das Ganze in höchstem Maß demokratiegefährdend ist, wissen wir aus unserer eigenen Geschichte. Eine Politik à la Brüning hat dazu geführt, dass die Weimarer Republik zu Ende ging.

Es kann heute auch nicht mehr ausgeschlossen werden – so hat das vor einigen Tagen Helmut Schmidt formuliert –, dass das auch mit Europa passiert. Aber ich sage Ihnen: Europa darf nicht scheitern. Sollte das dennoch passieren, dann scheitert nicht nur der Euro, sondern dann scheitert auch unser europäisches Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und Ausgleich ausgerichtet ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir die politische Integration Europas. Da sind wir uns in diesem Haus Gott sei Dank alle einig. Deshalb müssen wir auch alles dafür tun, dass die Menschen dieser verlorenen Generation, wie sie in den südeuropäischen Ländern besteht, nicht im Stich gelassen werden. Daher finde ich es gut, dass wir heute diese Debatte führen, und ich finde es auch gut, dass der Europaausschuss beschlossen hat, zu diesem Thema und zu den Maßnahmen, die wir ergreifen können, eine Anhörung durchzuführen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir brauchen jedenfalls eine andere Politik, denn inzwischen hat sich herausgestellt: Die Politik „Wachsen durch Sparen“ ist endgültig gescheitert.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Rita Haller-Haid)

Nachdem in diesen Tagen auch noch bekannt geworden ist, dass sich die Starökonomien Rogoff und Reinhart, auf die sich die Bundesregierung auch immer gern berufen hat, katastrophal verrechnet haben und dass das, wovon bisher ausgegangen wurde, alles nicht stimmt, wäre auch, meine Damen und Herren, bei Ihnen ein Umdenken angezeigt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt mal Lösungsansätze!)

Wachstum entsteht bekanntlich durch Investitionen. Jedenfalls haben wir so gehandelt. Als unser Land in der Krise war, haben wir ein Investitionsprogramm aufgelegt. Genau dieses müsste man jetzt anderen Ländern gönnen. In erster Linie geht es bei Investitionen um die Investition in die Köpfe junger Leute.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Es geht also darum, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig haben wir in Deutschland einen Fachkräftemangel. Da liegt es nahe, zu versuchen, beides irgendwie zusammenzubringen, damit das schon irgendwie wird. Aber so einfach ist die Welt natürlich nicht.

Man muss auch sagen, dass bereits eine ganze Menge Ansätze vorhanden sind.

(Zuruf von der CDU: Schulden machen!)

– Ich höre schon wieder den Ausdruck „Schulden machen“. Wenn man etwas tut, um die Wirtschaft anzukurbeln, dann trägt man damit sehr viel dazu bei, Schulden abzubauen zu können.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Bahnhöfe bauen!)

Mit den bisherigen Programmen können wir auf keinen Fall Schulden abbauen.

Nun zum Thema „Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen“: Im Hinblick auf die Zuwanderung ist Baden-Württemberg immer noch auf einem relativ niedrigen Niveau, auch wenn in diesem Jahr die Zahlen offensichtlich etwas ansteigen. Meist kommt an dieser Stelle die Warnung vor der Armutszuwanderung. Ich will Ihnen einmal ein paar Zahlen zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nennen. 18 % der Zuwanderer aus diesen Staaten sind hoch qualifiziert, 46 % sind qualifiziert, und 80 % der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien gehen einer Arbeit nach. Ich denke, das muss man in dieser Diskussion immer wieder betonen, weil sonst nur Vorurteile gepflegt werden.

Um dem Fachkräftemangel in Baden-Württemberg zu begegnen, muss man in erster Linie das inländische Potenzial ausbauen. Deshalb setzt die Landesregierung auf einen Mix verschiedener Maßnahmen, die durch Zuwanderung ergänzt werden.

In diesem Rahmen haben die Arbeitgeberverbände eine ganze Reihe von Initiativen gestartet, die interessierte Firmen bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte unterstützen. Darüber hinaus gibt es auch zahlreiche Maßnahmen über die Kammern, vor allem die Außenhandelskammern, über die Arbeit-

geberverbände, die Arbeitsverwaltung, auch die Goethe-Institute und natürlich auch über die Region.

Den regionalen Ansatz halte ich für ganz wichtig, weil die Situation in jeder Region anders aussieht. Daher ist der regionale Ansatz, bei dem sich die Regionen einbringen, ein sehr guter Weg. Ein gutes Beispiel hierfür ist ein Modell, das in Schwäbisch Hall praktiziert wird. Dieses wird gerade deutschlandweit diskutiert. Es geht um Deutschkurse, die mit Praktika kombiniert sind. Dieses Modell ist offensichtlich sehr erfolgreich. Auch im Bereich der Pflege bewegt sich hier einiges.

In Stuttgart und Villingen-Schwenningen werden Ingenieure angeworben, und inzwischen wurden bereits einige Arbeitsverträge abgeschlossen. Ich meine, allein in Villingen-Schwenningen sind es bereits 20 Arbeitsverträge. Das ist durchaus eine Win-win-Situation.

Wenn die jungen Zuwanderer wieder in ihre Länder zurückkehren, nehmen sie Know-how in diese Länder mit. Es geht ja nicht nur darum, dass man Menschen abwirbt. Von dieser Mobilität profitieren dann eben beide Seiten.

Dieser Effekt darf nicht im Widerspruch stehen zu der großen Aufgabe, etwas für die Herkunftsländer zu tun; auf der anderen Seite tun wir auch alles, um für uns gute Arbeitskräfte anzuwerben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dafür brauchen wir eine Willkommenskultur. Wir wissen alle, das ist ein wunderschönes Schlagwort, das es dann aber auch auszufüllen gilt. Hierzu will ich als Stichwort Deutschkurse nennen. Das fängt natürlich schon in den Herkunftsländern an. Wie wir alle wissen, erleben wir gerade einen Run auf die Goethe-Institute; die Deutschkurse dort sind alle belegt. Die Bundesregierung müsste mehr Geld in die Hand nehmen, um die Goethe-Institute entsprechend auszustatten, sodass die jungen Leute dort auch tatsächlich Deutsch lernen können. Das wollen sie nämlich. Dann müssen wir auch hier vor Ort etwas machen.

Ich denke, eine helfende Hand vor Ort ist dringend notwendig. Da muss man auch bürgerschaftliches Engagement gewinnen, weil es letztlich nur so funktioniert. Dort, wo z. B. Migrantinnen und Migranten in diesen Prozess eingebunden werden, funktioniert das Ganze viel, viel besser. Auch dort, wo es Städtepartnerschaften und Kontakte gibt, funktioniert es ganz gut. Ich halte es für ein gutes Beispiel, was ein Teil unserer Kommunen jetzt in Richtung Griechenland macht. Auch die Regionalverbände und der Landkreistag sind in Richtung Griechenland sehr aktiv, um dort etwas zu machen, aber auch um junge Leute für unser Land zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es gibt auch eine ganze Reihe von Finanzierungsprogrammen, die uns dabei unterstützen. Ich möchte nur das Bundesprogramm zur Förderung der beruflichen Mobilität, das Programm Leonardo da Vinci und die ESF-Mittel nennen, mit denen solche Maßnahmen unterstützt werden. Da gibt es sehr viele gute Ansätze. Aber wir müssen diese guten Ansätze noch stärker bündeln. Wir müssen auch überlegen, wo Bürokratiehindernisse – auch die gibt es ja zum Teil – beseitigt werden können. Deshalb machen wir unsere Anhörung.

(Rita Haller-Haid)

Dazu, was in den Ländern des Südens gemacht werden kann, darf ich in der zweiten Runde noch etwas sagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Gurr-Hirsch das Wort.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanz- und Wirtschaftskrise in einigen EU-Ländern hat viele Gesichter, und vor allem hat sie ein junges Gesicht. Wenn rund ein Viertel der Jugendlichen in der EU derzeit ohne Perspektive sind, ist das eine Sache, die uns nicht nur betroffen machen kann, sondern uns als Europäer insgesamt angehen muss. Denn es gibt nichts Schlimmeres, als am Anfang des Lebens nicht gebraucht zu werden. Das können wir uns sicherlich alle vorstellen.

Die Rezession führt dazu, dass keine Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Wir sind uns darüber im Klaren, dass nur dann, wenn sich die wirtschaftliche Lage verbessert, die jungen Menschen auch in ihren Herkunftsländern wieder Chancen haben. Da geht es nicht darum, dass man mit teuren Wirtschaftsprogrammen, die nicht zielgerichtet sind – wie etwa eine Vereinbarung der EU-Arbeits- und Sozialminister, wonach eine sogenannte Jugendgarantie gegeben wird –, kurzfristige Strohfeuer entfacht, sondern wir müssen wirtschaftssystematische Ansätze verfolgen.

Die europäische Landkarte, sehr geehrte Damen und Herren, zeigt, dass „jung und arbeitslos“ als Formel nicht nur in allen südlichen Ländern zutrifft, sondern es auch andere Beispiele gibt. Frau Kollegin Haller-Haid, Sie haben sich so gegen die Austeritätspolitik – das ist bei Ihnen schon ein Schimpfwort – ausgesprochen. Dabei wähte ich uns eigentlich nach vielen Haushaltsdebatten einig, dass wir die Verschuldung zurückfahren wollen – nur, Sie haben sich nicht an die Termine gehalten. Die Jugend hat nur dann eine Chance, wenn sie nicht in Zukunft unsere alten Schulden abtragen muss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Florian Wahl SPD)

Aber da kommt noch altes Denken von Helmut Schmidt durch, der einmal sagte: „Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit.“ Die Folge war: Wir hatten erst 5 % Inflation und dann auch noch mehr als 5 % Arbeitslosigkeit.

Irland, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt, wie es anders gehen kann. Irland hat eine ganz stringente Haushalts- und Sparpolitik verfolgt,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

und jetzt profitieren die Jugendlichen davon. Dort ist die Jugendarbeitslosigkeit mit einer Quote von 14 % zwar nicht vorbildlich,

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

aber sie ist auf jeden Fall anders als die Jugendarbeitslosenquote von über 50 % in Spanien, die Sie genannt haben.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben auf jeden Fall die Aufgabe, die wirtschaftlichen Grundlagen dafür zu legen, dass Arbeitsplätze und damit auch Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dabei geht es auch darum – Sie haben es angesprochen, Frau Haller-Haid –, dass wir die Chancen eines gesamteuropäischen Arbeitsmarkts nutzen. Heute dürfen wir aus allen Medien vernehmen, dass das eigentlich funktioniert. Über 400 000 qualifizierte Arbeitskräfte aus der EU sind dieses Jahr nach Deutschland gekommen. Das hätte vor vier Jahren, als uns McKinsey gesagt hat, dass wir einen Facharbeitskräftemangel in dieser Höhe haben, niemand geglaubt. Das ist nur eine Möglichkeit, den jungen Menschen zu helfen.

Aber es muss auch darum gehen – da bin ich mit Ihnen einig –, dass sie qualifiziert wieder in ihre Länder zurückkehren können und dort eine prosperierende Wirtschaft, deren Wachstum Sie plötzlich loben – es war für uns sehr erfreulich, dass da jetzt ein Umdenken stattfindet –, gestartet werden kann.

Baden-Württemberg ist auch besonders gefordert, da wir ja einen Auftrag im Rahmen der „Vier Motoren“ haben. Vielleicht sollten wir uns, wenn wir tätig werden, ganz konkret um diese Gebiete kümmern. Das sind allerdings nicht die schlechtesten Gebiete, wie wir wissen.

Wir haben in Baden-Württemberg eine Jugendarbeitslosenquote von – aufgerundet – 3 %. Das ist das Ergebnis einer konsolidierten und zielgerichteten Politik auch zusammen mit den Kammern.

Ministerpräsident Kretschmann wird nicht müde, das duale Ausbildungssystem – ich war bei der Reise in die Türkei dabei – als Exportartikel auszurufen. Das hat einen guten Klang. Aber was stellen wir fest? Gerade in den anderen Ländern besteht immer noch die Denkweise, nur ein höherer Bildungsabschluss sei erstrebenswert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Die Industrie- und Handelskammern berichten uns, dass man in den entsprechenden Ländern in Bezug auf die dualen Ausbildungsgänge auf große Widerstände stößt.

Ein Umdenken kann, denke ich, nicht über Nacht erfolgen. Aber mir als Berufsschullehrerin macht Sorge, dass unser eigener Erfolgsweg allmählich in Gefahr gerät. So haben wir am 7. Mai, also gestern, von IG-Metall-Bezirkschef Hofmann gehört, dass die duale Ausbildung in Baden-Württemberg in Gefahr sei und in einen Rückstand gegenüber dem Abitur und dem Studium gerate. Er kritisiert eine Politik, die die Berufsschulen vernachlässige.

Tatsache ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Landesregierung die beruflichen Schulen trotz gegenteiliger Ankündigungen derzeit im Regen stehen lässt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn hoch
drei! Das Gegenteil ist wahr!)

Rund 500 Stellen wären nötig, um die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr zu sichern. Die Landesregierung weigert sich, die entsprechenden Stellen zu schaffen und zugunsten dieser Schulen umzuschichten.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

Wenn man nun davon redet, man solle die Jugendlichen hier willkommen heißen und sie auch ausrüsten, dann ist es notwendig, dass wir uns vielleicht Gedanken machen, wie der Auftrag gerade der Berufsschulen gestaltet sein muss, ob es nicht Fächer geben muss, die etwa die Sprache, die Fachsprache vermitteln, und ob hier nicht Sonderkonzepte der beruflichen Schulen aufgestellt werden müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, man darf das Hohelied der dualen Ausbildung nicht nur predigen, man muss es dann auch tatsächlich singen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Der gesamte europäische Arbeitsmarkt sollte von uns nicht nur hinsichtlich der Akademiker genutzt werden, sondern wir sollten vor allem auch an diejenigen gelangen, die eine solide Grundbildung haben und über einen mittleren Bildungsabschluss verfügen. Sie könnten nämlich in unserem Land sowohl in der Pflege als auch im Handwerk einen Arbeitsplatz finden, einen Arbeitsplatz, den sie später bei der Rückkehr in ihr Land sicherlich wieder nutzbringend einnehmen könnten.

Unsere Aufgabe ist auch, dass wir die Mobilität – – Ich bin im reifen Alter

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

und habe die Europäische Union von den Sechziger- und Siebzigerjahren an erlebt, als wir die Barrieren niedergerissen haben. Ist es nicht toll, dass wir das Leonardo-da-Vinci-Programm haben, bei dem vor allem auch das Handwerk aufgerufen ist, im Ausland Erfahrungen zu gewinnen – so wie beim Erasmus-Programm für Studenten? Da müssen wir als Mitglieder des Europaausschusses, Frau Haller-Haid, daran festhalten, dass das in Zukunft im Zusammenhang mit „ERASMUS für alle“ gestärkt wird.

Es muss auch gewährleistet sein, dass diese guten Einrichtungen wie EURES in Karlsruhe konsequent in die Zukunft entwickelt werden, damit es einen Grenzverkehr gibt, der es ermöglicht, dass z. B. Franzosen weiterhin in Frankreich leben, aber hier begleitet werden, wenn sie in unsere Wirtschaft gehen und dort Arbeit finden.

Sehr geehrte Damen und Herren, letztlich hat Europa auch die Aufgabe, mit dem EFRE in den Staaten, die noch einer Entwicklung bedürfen, die Situation so zu begleiten, dass Arbeitsplätze entstehen und vor allem junge Leute dann auch in Ausbildung kommen.

Wir hören jetzt, dass die eine oder andere IHK oder die Handwerkskammer solche Projekte schon erfolgreich gestartet hat; ich habe in der letzten Ausgabe der „Deutschen Handwerks Zeitung“ einiges darüber gelesen. Es geht nun darum, dass Maßnahmen abgestimmt sein müssen und wir vor allem mit dem EFRE, der auf Innovation beruht, eine Förderschiene finden, um die sprachliche Begleitung dieser europäischen Mitbürger in unserem Land zu gewährleisten. Wenn das geschieht, dann ist mir nicht bange, dass Europa wieder in ein solides Fahrwasser kommt.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Frey das Wort.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Gurr-Hirsch, den Berufsschulen ging es in Bezug auf die Lehrerversorgung noch nie besser als heute. Das ist die Realität.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Ja, natürlich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein Selbstlob! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Unruhe)

Vielleicht sollten Sie Ihre Zahlen auch einmal von der Landesregierung beziehen und nicht nur sehr befangene Gruppierungen befragen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wen meinen Sie jetzt?
Den Berufsschullehrerverband?)

sondern sich wirklich sachkundig orientieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich zum Thema zurückkehren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Noch nie waren so viele Menschen in Europa arbeitslos. Wenn der zuständige Kommissar László Andor recht hat, dann entstehen jährlich allein durch Jugendarbeitslosigkeit 153 Milliarden € Schaden für die Volkswirtschaften in Europa.

Diesen Zustand dürfen wir aus wirtschaftlichen, aber auch aus ethischen Gründen nicht weiter dulden. Denn was als europäischer Wirtschaftsraum begann, ist heute nach dem Vertrag von Lissabon auch eine Wertegemeinschaft. Ich sage das nicht nur für diesen Tagesordnungspunkt, sondern auch für die folgenden Tagesordnungspunkte. Denn einige in der Europäischen Union scheinen vergessen zu haben, dass es hier auch um Werte geht, und zwar um ökonomische und soziale Werte, die miteinander verbunden sind. Es geht um Achtung der Menschenwürde, um Freiheit, Demokratie, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität.

Was Europa heute braucht, sind Mitgliedsstaaten sowie Politiker und Politikerinnen, die sich zu diesen Werten bekennen und diese auch leben. Eine Jugendarbeitslosenquote zwischen 50 und 60 %, wie sie die Kollegin Haller-Haid beschrieben hat, ist nicht tolerabel und führt letztendlich zu sozialen Unruhen und zu nationalistischen Parteien und Parolen in Europa. Diese sind jedoch auch Folge der einseitigen Krisenpolitik, die nur den Rückbau der Staatsverschuldung ins Visier genommen hat.

Wir müssen endlich erkennen, dass es um einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum gegen Jugendarbeitslosigkeit geht. Es geht um die Zukunft des Kontinents und seiner Menschen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben uns sehr gefreut, dass die sogenannte Jugendgarantie der Europäischen Union nun endlich auch Realität wird. Das ist ein Vorschlag aus dem Jahr 2010 der grünen Fraktion

(Josef Frey)

im Europäischen Parlament. Aber die finanzielle Ausstattung hat uns dann wieder einen bitteren Nachgeschmack verursacht. Der Vorschlag lautet nun, 3 Milliarden € aus dem ESF und 3 Milliarden € aus dem gesamten Strukturfonds zu nehmen, um damit diese Jugendgarantie zu finanzieren. Das kann also nicht die Solidarität sein, die wir von Europa spüren wollen. Es ist auch eher ein Taschenspielertrick, das Geld von der einen Tasche in die andere Tasche zu liefern.

Genauso wenig glaubwürdig ist auch die Bundesregierung, die sich bei den Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 für massive Kürzungen eingesetzt hat. Das betrifft natürlich auch EFRE und ESF, die jetzt vermutlich mit weniger Mitteln auskommen müssen. Zum Glück hat das Europäische Parlament hier sehr selbstbewusst die Notbremse gezogen. Es muss nun versuchen, Einfluss zu nehmen, damit die Mittel in diesen Bereichen nicht zurückgehen. Wir brauchen diese Mittel für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, um die Solidarität auch in Europa leben zu können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Europa leidet unter einer lokalen Diskrepanz zwischen den vorhandenen Arbeitskräften und den fehlenden Fachkräften. Darum setzen wir uns – auch hier im Landtag – für eine verbesserte Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik in Europa ein. Wir wollen nämlich mit den Menschen in diesen Krisenstaaten einen solidarischen Weg auf Augenhöhe gehen. Deshalb haben wir in der letzten Europaausschusssitzung einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ich habe mich sehr gefreut, dass diese Initiative fraktionsübergreifend positiv aufgenommen wurde. Denn wir wollen auch von Baden-Württemberg aus ein Zeichen der Solidarität setzen.

Eine entsprechende Vereinbarung muss aber auch Bestimmungen über die Einhaltung von Tarifverträgen, über Mindestlöhne, über Tariftreue und bezüglich einer Begleitung der Kooperationen durch Gewerkschaften umfassen.

Es geht uns nicht um einen Braindrain. Da müssen wir sehr sensibel sein. Es geht uns um eine Win-win-Situation; es geht uns um einen Austausch in beide Richtungen unter Einbeziehung der Kammern, unter Einbeziehung von Firmen, Schulen und Hochschulen in Baden-Württemberg und Katalonien. Es geht um eine gute Vorbereitung und Begleitung, etwa durch Sprachkurse und kulturelles Training; es geht um eine Willkommenskultur – die bei uns wirklich noch verbessert werden kann –, und es geht insgesamt um die Schaffung von Win-win-Situationen im Rahmen einer humanen Binnenmarktpolitik und Binnenmigration innerhalb Europas. Unvorbereitete Arbeitsmigration führt oft zu Enttäuschungen und damit zu Rückschritten im Prozess des europäischen Zusammenwachsens.

Neben der Schaffung neuer Kooperationen geht es aber auch darum, die Fachkräfteallianzen zu fördern, die nicht nur regional, sondern auch landesweit entstehen; ich verweise etwa auf die Fachkräfteallianz Südlicher Oberrhein, die sich Anfang dieses Jahres gegründet hat. Das sind wichtige Zeichen dafür, dass wir hier kooperieren und Europa vor Ort leben.

Die Menschen in Europa müssen Deutschland wieder als solidarischen Partner wahrnehmen, als Partner, der die europäischen Werte auch im Alltag lebt. Baden-Württemberg steht

hinter diesen Werten und wird alles tun, um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg hat mit einer Quote von 3,2 % die niedrigste Arbeitslosigkeit. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot einmal eine Grafik zeigen, die dies sehr deutlich macht.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Ganz oben sehen Sie hier Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern mit 3,2 %.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Kein Wunder, wir regieren ja auch! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wer regiert denn hier?)

Das sollte uns als Ansporn dienen; an diesem Anspruch sollten wir uns weiterhin orientieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich.)

Uns geht es doch gut.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Nein. Lassen Sie mich einmal reden.

Uns geht es gut. Trotzdem sprechen wir hier heute über Jugendarbeitslosigkeit.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sagen Sie einmal etwas zu den Fakten, warum das so ist! Die Zahlen sagen gar nichts!)

Dabei geht es nicht nur um Baden-Württemberg, sondern auch um andere Bundesländer und um Länder in Europa, denen es schlechter geht als uns. Wir machen uns hier Sorgen – wir müssen uns darüber auch Sorgen machen –, dass die Jugendarbeitslosenquote bundesweit 8 % beträgt. Aber ein noch größerer Grund zur Sorge – das wurde heute bereits angesprochen – ist in Ländern Europas eine Arbeitslosenquote von knapp 25 % bei den jungen Menschen unter 25. Auch hierzu möchte ich Ihnen eine Grafik zeigen.

(Der Redner hält eine weitere Grafik hoch.)

Bei diesen Grafiken ist es ähnlich wie bei den Tabellenplätzen im Sport: Wer oben steht, ist meist der Beste. Bei dieser Grafik hier ist es allerdings umgekehrt: Am besten steht da, wer auf den untersten Plätzen rangiert. Ich werde diese Grafik nun also einmal umdrehen. Dann steht Deutschland ganz oben, und unten steht Griechenland.

(Unruhe)

(Leopold Grimm)

Ich möchte Ihnen das einfach einmal zeigen; denn ich denke, es wird auch bei einer späteren Beschäftigung mit dem Thema interessant sein, sich diese Tabelle einmal wieder vor Augen zu führen.

Deutschland – das können wir hier laut sagen; das hört man auch häufig aus dem Ausland – wirkt wie eine Insel in einem Meer von Arbeitslosen. In den 25 anderen europäischen Staaten – eine Ausnahme bildet Österreich – sieht es wesentlich schlechter aus.

Was wird dagegen unternommen? Die EU will zwischen 2014 und 2020 die Jugendarbeitslosigkeit mit 6 Milliarden € bekämpfen. Ich sage Ihnen: Das wird nicht ausreichen. Die Zahlen wurden uns heute genannt: Wir in Europa geben für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit schon heute 153 Milliarden € aus. Das Geld wird nicht reichen. Geld schafft keine Ausbildung, Geld schafft keine Arbeit. Es hört sich zwar löblich an, wenn die EU möchte, dass Jugendlichen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss der Schule oder nach dem Beginn der Arbeitslosigkeit ein Ausbildungs- oder ein Arbeitsplatz garantiert wird. Das klingt aber sehr nach Sozialismus.

Wer bietet Ausbildung und Arbeit an? Wer ausgebildet werden will und wer Arbeit sucht, geht dorthin, wo Ausbildung und Arbeit angeboten werden. Gerade – das haben wir gestern gehört – meldet das Statistische Bundesamt, dass im vergangenen Jahr 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland zugewandert sind. Das ist seit 1995 die höchste Zuwanderung. Auffällig ist, dass die Zuwanderung aus dem EU-Raum um 18 % zugenommen hat. In Bezug auf Spanien, Griechenland, Portugal und Italien – das sind diejenigen Länder, die hier ganz oben im Ranking stehen – hat sich die Zahl um fast 50 % erhöht.

Meine Damen und Herren, das ist eine Einwanderung aus Krisenländern zur Ausbildung und Arbeit in Deutschland. Da frage ich mich: Wollen wir das? Es sind auch schon Jubelschreie zu hören, dass dadurch dem Facharbeitermangel und den demografischen Veränderungen hin zu einer angeblichen Überalterung der Bevölkerung begegnet werden könnte. Wollen wir das? Sollten wir nicht viel lieber wollen, dass es auch anderen Ländern besser geht? Das ist zum Teil auch schon angesprochen worden. Müssen wir nicht viel lieber wollen, dass ihre jungen Menschen zu Hause Ausbildung und Arbeit finden?

Was aber ist das Geheimnis des deutschen Jobwunders? Das wurde heute nicht angesprochen. Es hat in der EU lange gedauert, bis das in Deutschland bewährte duale Ausbildungssystem entdeckt worden ist. Österreich, die Schweiz, Dänemark und die Niederlande haben es – auch mit Erfolg. Das sind die Länder, die Deutschland bei der Jugendarbeitslosenquote nachfolgen. Selbst der amerikanische Präsident Obama hat das System kürzlich als „Fitnessrezept“ für seine Jugendlichen empfohlen.

Meiner Auffassung nach sind wir so gut, weil wir ein gegliedertes Schulsystem mit starker Leistungsgerechtigkeit und großer Durchlässigkeit hatten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich denke beispielsweise an die beruflichen Gymnasien.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Jetzt macht Grün-Rot das kaputt. Der Trend zum Studium, der von dieser Landesregierung gefördert und im Koalitionsvertrag auch gefordert wird, erhöht die Probleme allerdings und stuft die berufliche Bildung herab. Die grün-rote Landesregierung ist dabei, diesen Teil des Bildungssystems mit ihrer Bildungspolitik erheblich zu gefährden,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist doch Nonsense!)

während die Welt – das ist doch auch jeden Tag in der Presse zu vernehmen – gerade das duale System für sich entdeckt.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Statt die Kapazitäten an den beruflichen Gymnasien dem Bedarf entsprechend auszubauen, wird die Gemeinschaftsschule als „Haupttrivale“ der beruflichen Schulen eingeführt und in einem erheblichen Umfang auch bei der Lehrerausstattung usw. privilegiert. Die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen, z. B. an der Werkrealschule, ist zum Teil schon eingestampft worden.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist doch Quatsch!)

Durch eine berufliche Gemeinschaftsschule statt verschiedener beruflicher Schularten würde die Differenzierung zerstört und würden den Schülern gezielte Fördermöglichkeiten genommen.

Mit Geld allein wird die Jugendarbeitslosigkeit in Europa nicht zu bezwingen sein. Wenn die EU jetzt auf Bildung und Ausbildung „Made in Germany“ – auf das duale System – setzt, geht es darum, jungen Menschen eine menschenwürdige Beschäftigung und eine Perspektive für das Leben zu geben. Das sichert auch Wohlstand und Frieden.

Die Förderung der beruflichen Bildung und eine gezielte Jugendpolitik genügen aber zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht. Wichtig ist, dass auch neue Arbeitsplätze entstehen. Die Krisenländer brauchen ausbildungswillige Betriebe. Sie brauchen geduldige Meister für ihre Lehrlinge. Sie brauchen Institutionen, die für das Zusammenspiel von Kamern, Arbeitgebern und Gewerkschaften sorgen. Was dies anbelangt, ist das Engagement vieler Stellen auch aus unseren Regionen hervorzuheben, die in EU-Ländern unterstützend tätig sind.

Wir müssen die jungen Europäer unterstützen, die wegen Ausbildung und Arbeit zu uns kommen. Noch besser ist es, wenn wir diesen Ländern beim Aufbau und bei mutigen Strukturformen helfen. Wir brauchen in Europa einen Wettbewerb der Regionen und Staaten, einen Wettbewerb für ein Europa der Vielfalt und nicht der Einfalt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Friedrich das Wort.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat haben wir in Baden-Württemberg die niedrigste Jugendarbeitslosenquote unter allen Bundesländern. Wir sind führend in Europa. Darauf sind wir stolz. Das ist ein Resultat gemeinsamer Anstrengungen vor allem der Wirtschaft, der Ausbildungsbetriebe, der Schulen und der Berufsschulen, die wir übrigens in der grün-roten Regierungszeit deutlich gestärkt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Frau Gurr-Hirsch, Herr Grimm, man sollte nicht das eigene Vorurteil zum Urteil über das, was an Bildungspolitik passiert, machen. Denn wir setzen ja die Empfehlungen der Enquete-kommission gemeinsam um. Ich würde Ihnen sehr raten, das, was wir gemeinsam erarbeitet haben, was wir zur Stärkung der beruflichen Ausbildung brauchen und was wir umsetzen, doch als gemeinsamen Erfolg zu sehen. Ich erinnere daran, dass wir gerade an den beruflichen Gymnasien zusätzliche Klassen haben und dort investieren. Deshalb kann man sagen: Wir stärken die berufliche Ausbildung, und – deswegen steht das auch in einem ganz unmittelbaren Zusammenhang mit dem Debattenthema – wir internationalisieren sie auch stärker, was notwendig ist, um sie attraktiv zu halten.

Die Kritik, die Jörg Hofmann von der IG Metall geäußert hat, bezieht sich auf einen bestimmten Punkt, nämlich die Frage: Wie durchlässig ist die berufliche Ausbildung mit Blick auf die akademischen Abschlüsse und auf die Gleichstellung gleichwertiger Ausbildungen? Auch da sind wir in einer gemeinsamen Anstrengung, dass das duale Berufsausbildungssystem mit seinen Verästelungen und seinen Möglichkeiten der Weiterentwicklung endlich auch die notwendige Anerkennung in Europa findet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Wir stehen aber vor der Herausforderung, dass sich die Situation längst umgekehrt hat. Wir bekämpfen auch in Baden-Württemberg die Jugendarbeitslosigkeit. Meine Kollegin Katrin Altpeter wird in dieser Debatte gleich noch etwas zu den Maßnahmen bei uns sagen.

Wir stehen vor der Herausforderung, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen. Bis zum Jahr 2020 fehlen in Baden-Württemberg voraussichtlich ungefähr 400 000 Fachkräfte. Es wird zu einer echten Wachstumsbremse oder Wachstumsgefahr für das Land, wenn wir es nicht schaffen, genügend zu qualifizieren. Deshalb ist es notwendig, zum einen in unsere eigenen Potenziale zu investieren – dadurch, dass wir die berufliche Ausbildung attraktiver machen, auch durch Internationalisierung wie Jugendaustausch, den wir im Bereich der beruflichen Ausbildung mit Rhône-Alpes machen, durch Programme wie Go.for.europe; das sind alles Elemente, die auch die berufliche Ausbildung stärken und internationalisieren –, zum anderen aber auch mit der Fachkräfteallianz voranzukommen, die wir in Baden-Württemberg inzwischen fast flächendeckend etabliert haben, bei der es auch darum geht, wie wir die Potenziale heben und die Zuwanderung nutzen können.

Wenn ich mir die Schlagzeilen heute in der Zeitung anschau, muss ich sagen: In Deutschland hat sich gewaltig etwas verändert. Es ist nicht nur so, dass die Zahl der zuwandernden

Menschen steigt, sondern auch so, dass sie tatsächlich willkommen sind. Deswegen ist es ganz wichtig – gerade mit Blick auf Europa, wenn wir über die Zuwanderung insbesondere von qualifizierten Menschen sprechen –, dass wir dieses Element der Willkommenskultur haben und dass wir das auch entsprechend begleiten, und zwar durch Programme wie z. B. MobiPro-EU, bei dem es darum geht, dass junge Menschen, die zu Ausbildung oder Studium hierher kommen, während ihres Aufenthalts eine Begleitung sowohl für den Spracherwerb als auch für die Integration bekommen. Auch da leisten das Ministerium für Integration und das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft eine wertvolle Arbeit. Wir setzen diese Programme gemeinsam auf, damit die jungen Menschen hier auch begleitet werden, sich hier zu Hause fühlen und sich aufgenommen fühlen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn man sich die Jugendarbeitslosigkeit in Europa anschaut, dann sieht man: Die Situation ist erschreckend. Das ist schon ein Problem, über das man, denke ich, sehr ernsthaft diskutieren muss. Wenn es für jeden zweiten Jugendlichen in Spanien, in Griechenland und zum Teil auch in einigen Städten in Frankreich keine berufliche Perspektive gibt, werden sie auch kein positives Bild von der Gesellschaft bekommen, in der sie aufwachsen. Wenn die EU-Politik und die EU-Krisenpolitik sozusagen als Kürzung aller Perspektiven wahrgenommen werden – das muss uns nicht gefallen, und wir können es auch als ungerecht empfinden, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass viele junge Menschen in Europa die Europäische Union momentan als Bedrohung ihrer Lebensperspektive und nicht als Chance sehen –, müssen wir uns überlegen: Was können wir tun? Was können wir im Bereich der europäischen Jugendgarantie tun?

Frau Gurr-Hirsch, ich halte den Begriff „Garantie“ auch für zu umfassend. Unter Garantie versteht man etwas mehr. Aber diese Programme bieten keine Garantie, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Wenn ich sehe, welche Unterstützungen damit geplant sind, dann sage ich: Lassen Sie uns aus Baden-Württemberg einen Beitrag dazu leisten, jungen Menschen tatsächlich eine Perspektive zu bieten.

Beispielsweise – wir müssen gar nicht so weit blicken – suchen wir am Oberrhein, in der Ortenau, im Südbadischen, nach Fachkräften; auch dort besteht in den Betrieben bereits ein Fachkräftemangel. Auf der anderen Seite der Grenze, beispielsweise in Straßburg, gibt es bereits heute eine hohe Jugendarbeitslosenquote.

Lassen Sie uns also daran arbeiten: Wie können wir die europäischen Programme nutzen, um grenzübergreifend eine entsprechende berufliche Ausbildung zu ermöglichen? Es gibt am Oberrhein schon seit langer Zeit Programme, die sehr erfolgreich sind. In diesem Jahr ist zum ersten Mal eine deutsch-französische, eine gemeinsame Arbeitsagentur in Betrieb gegangen, um hier die Arbeitsplatzvermittlung besser anzugehen. Wir haben – Gott sei Dank – die EURES-Grenzpartnerschaft stärken können, und wir sind in sehr guten Gesprächen mit dem Elsass, um noch in diesem Jahr – ich bin sehr zuversichtlich – eine Übereinkunft zu treffen, dass wir Fachsprachkurse in der jeweiligen Sprache des anderen Landes anbieten, um jungen Menschen die Arbeitsaufnahme jenseits der Grenze zu ermöglichen.

(Minister Peter Friedrich)

Damit machen wir am Oberrhein Europa für die Menschen ganz konkret erlebbar und bieten Jugendlichen durch Förderprogramme der Europäischen Union, die vom Land Baden-Württemberg und von der Region Elsass umgesetzt werden, eine berufliche Perspektive.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir wollen zum Zweiten, dass das duale berufliche Ausbildungsmodell aus Baden-Württemberg zu einem Exportschlager des Landes wird. Wir haben im Rahmen der Donauraumstrategie ein Projekt aufgesetzt. Alle 14 Länder des Donauraums entwickeln mit der Akademie für Lehrerfortbildung in Esslingen und dem Kultusministerium ein Programm, um Multiplikatoren zum Aufbau der beruflichen Ausbildung in all diesen Ländern zu schaffen. Das ist dringend nötig.

Auch Betriebe aus Baden-Württemberg, die in diesen Ländern investiert haben, suchen nach Fachkräften. Eines der Grundprobleme ist, dass trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit ein Fachkräftemangel besteht.

Um das zusammenzubekommen, wollen wir berufliche Ausbildungsgänge in den Ländern des Donauraums etablieren. Das Programm setzt vor allem daran an, auch Ausbilder auszubilden.

Sie haben mit Ihrer Kritik recht, dass sehr häufig der höchste Bildungsabschluss, der akademische Abschluss, als Ideal gesehen wird; das ändert sich aber gerade. Ich bin sehr froh, dass es dem Europäischen Rat im Juni 2012 gelungen ist, ein Wachstumsprogramm zu verabreden – übrigens auch auf Druck im Deutschen Bundestag auf die Bundesregierung; die Fraktionen der SPD und der Grünen haben ihre Zustimmung zum ESM davon abhängig gemacht hat, dass ein Wachstumsprogramm verabredet wird.

Jetzt geht es darum, dass wir dieses Programm nutzen, um Ausbilder zu schulen, dass diese Programme genutzt werden, um die entsprechenden Berufsausbildungsprogramme umzusetzen, und dass wir die duale berufliche Ausbildung, wie wir sie in Deutschland, in Baden-Württemberg, glaube ich, mustergültig etabliert haben, tatsächlich internationalisieren, damit sie auch in anderen Ländern stattfindet und auch der Austausch gewährleistet ist.

Es gibt hierfür hervorragende Beispiele. Ich nenne die deutsche Außenhandelskammer in Rumänien. Diese baut momentan in Brasov eine Berufsschule nach baden-württembergischem Vorbild mit auf. Im Rahmen der Donauraumstrategie unterstützen wir dies, damit dort für Betriebe auch aus Baden-Württemberg, die dort bereits angesiedelt sind – aber nicht nur für diese –, entsprechende Ausbildungsgänge angeboten werden.

Wenn es uns tatsächlich gelingt, das System, das uns im Hinblick auf die Jugendarbeitslosenquote so erfolgreich gemacht hat, in viele europäische Länder hineinzutragen, ist das, glaube ich, der beste Beitrag, den wir aus Baden-Württemberg zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa leisten können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben in Baden-Württemberg erste Pilotprojekte durchgeführt – bei der IHK Region Stuttgart und der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg –, bei denen es um die Anwerbung von

Fachkräften geht. Ich glaube, es ist richtig – das haben auch schon Herr Abg. Frey und Frau Kollegin Haller-Haid gesagt –, dass es nicht darum geht, einen Braindrain zu organisieren. Natürlich geht es auch darum – wie auch Sie, Frau Gurr-Hirsch, gesagt haben –, Menschen den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, ihnen Perspektive und Arbeit zu bieten. Deswegen sind solche Anwerbeprogramme auch richtig. Dadurch sind bereits viele Arbeitsverträge zustande gekommen. Aber wir müssen das auch immer in den Ländern mit Programmen begleiten, die den Ausbau von Arbeitsplätzen unterstützen. Es darf nie eine einseitige Geschichte sein nach dem Motto „Wir holen die Leute zu uns, aber wir investieren nicht in die Länder selbst“.

Zum Abschluss: Ich glaube auch, dass Sparen allein Europa nicht aus der Krise herausführen wird. Wachstum entsteht nicht durch Sparen, sondern Wachstum entsteht durch Investieren. Die Länder müssen konsolidieren, aber sie müssen auch investieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Steuererhöhungen!)

– Auch durch Steuererhöhungen. Ich bin sehr dafür, dass in Griechenland endlich all diejenigen, die in Griechenland steuerpflichtig sind, Steuern zahlen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich bin auch dafür, dass wir die Vermögenden in Europa über eine EU-Zinsrichtlinie dazu bringen, auch ihren Beitrag für die Staaten zu leisten, um damit wieder Infrastruktur aufbauen zu können,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

um damit Ausbildungssysteme aufbauen zu können, um damit darüber, dass Staatstätigkeit überhaupt möglich ist, auch Arbeit schaffen zu können, um Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen, die dann auch tatsächlich Wachstum ermöglichen. Das geht nur, wenn wir handlungsfähige Länder haben.

Deswegen – das zum Abschluss –: Wir, Baden-Württemberg, unterstützen auch, dass in den Verwaltungen die entsprechende Verwaltungsfähigkeit durch Verwaltungspartnerschaften, durch Fortbildungsprogramme entwickelt wird. Wir müssen auch den öffentlichen Dienst in diesen Ländern stärken, damit sie tatsächlich handlungsfähig sind. Ein Beitrag zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit sind handlungsfähige staatliche Schulsysteme, aber auch staatliche Verwaltungen, die tatsächlich entsprechende Arbeitsplätze und Investitionsmöglichkeiten schaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf)

– Dann erteile ich Frau Sozialministerin Altpeter das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Krise hat die Arbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten in bisher kaum vorstellbare Höhen getrieben. In ganz besonderem Maß sind davon junge Menschen betroffen. So sind in Spanien und Griechenland fast 60 % der jungen Menschen bis 25 Jahre arbeitslos. In Italien und Portugal sind es fast 40 %. Auch in Frankreich ist die Jugendarbeitslosigkeit mit über 26 % beängstigend hoch.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang vielleicht richtigstellen, was in Irland, das vorhin so hoch gelobt wurde, vor sich geht. Dort beträgt die Jugendarbeitslosenquote Stand März 2013 über 30 %, und die Kinderarmutsquote liegt bei 50 %. Die Auswanderungswelle ist so hoch wie zu Zeiten der großen Hungersnöte. Ich denke, Irland taugt schlecht als Vorbild dafür, wie in Europa andere Politik gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Unruhe bei der CDU)

Schon von meinem Kollegen wurde erwähnt, dass lediglich in Deutschland und in Österreich die Jugendarbeitslosenquote

(Abg. Peter Hauk CDU: Welch ein Zufall!)

mit jeweils 7 % unter der Marke von 10 % liegt. Das mag sicherlich – das halte ich für ganz wichtig – auch damit zusammenhängen, dass Deutschland und Österreich sehr stark von der dualen Ausbildung profitieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und guten Regierungen!)

Uns geht es darum – mir ist es ganz wichtig, das zu sagen –: Bevor wir groß in den Import von arbeitslosen Jugendlichen aus dem Ausland einsteigen – das kann im Einzelfall sicher richtig sein –, müssen wir angesichts des Fachkräftemangels, den wir in Baden-Württemberg in vielen Branchen schon haben und auf den wir nicht erst zusteuern, versuchen, die Potenziale der Menschen, die hier leben, auszuschöpfen, sie zu nutzen, um mit dem Fachkräftemangel, dem wir entgegensehen, umzugehen.

Deswegen ist es auch wichtig, dass wir in Baden-Württemberg zusammen mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften das Ausbildungsbündnis haben. Es hat sich bisher bewährt und nimmt sich vor allem noch einmal der dualen Ausbildung an.

Ich denke, es ist ein ganz wichtiger Punkt, noch einmal zu prüfen: Wie schaffen wir es, gering qualifizierte Jugendliche zu qualifizieren? Welche Maßnahmen müssen wir dazu gemeinsam mit der Wirtschaft auf den Markt bringen? Was können wir tun, um andere Regionen in Europa zu stärken? Ich denke, da ist das Abkommen mit Rhône-Alpes nicht das schlechteste und kann durchaus als Vorbild dienen.

Wenn ich davon rede, dass es für uns darum gehen muss, weiterzuqualifizieren, weitere Potenziale zu erschließen, dann kann ich das nicht machen, ohne das Landesarbeitsmarktprogramm zu erwähnen. Hier haben wir Bausteine eingebaut, um Jugendliche zu qualifizieren, um sie in der Ausbildung weiterzubringen, damit sie eine abgeschlossene Ausbildung ha-

ben. Denn die abgeschlossene Ausbildung ist eine Sicherheit gegen Arbeitslosigkeit. Das sollte für uns an erster Stelle stehen.

Ich denke, zusammen mit den Maßnahmen aus dem Ausbildungsbündnis, aus dem Fachkräftebündnis für Baden-Württemberg und den Elementen aus dem Landesarbeitsmarktprogramm können wir den Fachkräftemangel in Baden-Württemberg bewältigen. Wir können auch mit unserer guten Erfahrung aus der dualen Ausbildung andere Regionen in Europa unterstützen und ihnen helfen, Strukturen aufzubauen, dass die Menschen dort nicht in die Arbeitsmigration müssen, sondern dass es dort Ausbildungsplätze gibt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die Steuerbeschlüsse der Grünen – ein Angriff auf Mittelstand und Mittelschichten in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für diese Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Rededzeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Kretschmann hat in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 26. April dieses Jahres erklärt, er halte eine zu hohe Gesamtbelastung der Wirtschaft und auch der Bürger für problematisch. Man dürfe der Wirtschaft keine unzumutbaren Belastungen aufbürden. Eine Vermögensteuer halte er – so wörtlich – für sehr problematisch.

Zwei Tage später hat er auf dem Parteitag der Grünen in Berlin mitbeschlossen, den Spitzensteuersatz von 42 auf 49 % zu erhöhen. Das Ganze soll wirksam werden ab einem Jahreseinkommen von 80 000 €, und bereits ab einem Jahreseinkommen von 60 000 € soll der Steuersatz linear auf 45 % verlängert werden. Im Übrigen soll es eine Vermögensabgabe geben, die mittelfristig in eine Vermögensteuer umgewandelt werden soll. Das Erbschaftsteueraufkommen soll – zur besonderen Freude des Mittelstands in Baden-Württemberg – auf 8,6 Milliarden € im Jahr verdoppelt werden.

Das, meine Damen und Herren, sind die realen Beschlüsse dieses Parteitags, denen der Ministerpräsident zugestimmt hat.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Da nutzt es auch nichts, in einer Präambel lyrische Formulierungen unterzubringen, nach denen man keine Substanzbesteuerung der Wirtschaft wolle.

Das ist der reale Verlauf.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Das ist die bisherige blaue Kurve, und hier haben wir den grünen Zuschlag, der beschlossen worden ist. Das sind die Realitäten, Herr Ministerpräsident, und keine lyrischen Formulierungen innerhalb einer Präambel.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Nachdem Sie zwei Tage zuvor vor diesen Beschlüssen gewarnt hatten, haben Sie zwei Tage später bei Ihrer Abschlussrede auf dem Parteitag von einer „guten Balance“ gesprochen. Ihr eigenes Verhalten vor und auf dem Parteitag haben Sie als taktisch falsch dargestellt. Offensichtlich ist es für Sie nur eine taktische Kategorie, wie die Steuerbeschlüsse Ihrer Partei ausfallen und welche Auswirkungen sie auf den Mittelstand und die Mittelschicht in Baden-Württemberg haben.

Das ist eine Achterbahnfahrt, die die interessierte und irritierte Öffentlichkeit von Ihnen in den letzten Wochen erleben durfte: vor dem Parteitag keine Balance, auf dem Parteitag dann wieder die Balance, und in der Woche darauf waren Sie beim Mittelstand und haben plötzlich festgestellt, dass die Balance fehle. Und als ob das noch nicht genug wäre, haben Sie gestern auf Ihrer Regierungspressekonferenz wieder festgestellt, dass es die richtige Balance sei.

Herr Ministerpräsident, wie wollen Sie denn die baden-württembergische Wirtschaft mit einem solchen Kurs schützen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schlingerkurs!)

Das hat mittlerweile auch die Landespresse bemerkt. In der „Heilbronner Stimme“ heißt es: „Kretschmann verliert die Balance“. Die „Ludwigsburger Kreiszeitung“ schreibt: „Kretschmann in der Steuerfalle“, und die „Frankfurter Allgemeine“ titelt: „Drei Meinungen in vier Wochen“ – dies aber nur deshalb, weil dieser Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen“ schon gestern erschienen ist; am heutigen Tag müsste sie feststellen: „Vier Meinungen in vier Wochen“.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sagen Sie selbst einmal etwas! – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Die FDP ist in einer Umfragefalle!)

Die FAZ zeigt auch ein interessantes Foto, Herr Ministerpräsident. Darauf sieht man Trittin und Kretschmann ein bisschen im Halbschatten, und darunter steht die süffisante Frage: „Was würde Hannah Arendt sagen?“

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von den Grünen)

Ich vermute, Herr Ministerpräsident, Sie finden irgendwo bei Hannah Arendt eine Stelle, an der es heißt, dass jedes Plätzchen auf dieser Welt seine eigene Balance hat, und dann stimmt es vermutlich wieder, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist eben keine Politik, gegenüber Mittelständlern den Wirtschaftsversteher zu spielen und auf dem Parteitag dann den grünen Abkassierer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ja schlimm!)

Die SPD, meine Damen und Herren, sieht hier nicht viel besser aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na! Jetzt ist es aber genug!)

Die Herren Schmiedel und Schmid haben hier im Landtag von Baden-Württemberg vor ihrem Parteitag erklärt: „Eine Vermögensteuer gibt es definitiv nur dann,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

wenn diese Vermögensteuer nicht für den Mittelstand wirksam wird.“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ohne Substanzbesteuerung!)

Davon findet sich aber in Ihren Parteitagsbeschlüssen nichts.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich!)

Auch da sind Sie wieder eingeknickt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es hilft halt dem Land nichts, wenn die Landesregierung mit vollem Mund zum deutschen Mittelstand kommt und dann aber mit voller Hose auf Ihren Parteitagen auftritt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So ein Unsinn! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Was für ein Niveau!)

Herr Ministerpräsident, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 26. April haben Sie wörtlich erklärt – Frau Präsidentin, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis –:

Ich glaube nicht, dass man in einer Legislaturperiode mehr als zwei Steuern erhöhen kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mehr als zwei Steuern wollten Sie nicht erhöhen. Was Sie dann aber auf dem Grünen-Parteitag mitbeschlossen haben und bei jedem zweiten Auftritt verteidigen, sind eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Vermögensabgabe und eine Verdopplung der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer. Herr Ministerpräsident, das sind drei Steuererhöhungen. Ich habe manchmal das Gefühl, Sie wollen in Baden-Württemberg die Einheitsschule einführen, damit niemand mehr bis drei zählen kann, sodass man Ihnen nicht mehr auf die Schliche kommt.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Spätestens ab jetzt wird es wieder niveaulos!)

Mit diesen Feststellungen sind wir nicht allein, meine Damen und Herren. Der Bund der Steuerzahler stellt fest: „Die Pläne der Grünen sind verfassungswidrig.“

(Zuruf von der SPD: Völlig unverdächtig!)

– Der Bund der Steuerzahler ist vielleicht nicht unverdächtig, aber vielleicht ist Ihr Parteivorsitzender Sigmar Gabriel unverdächtig. Dieser hat nämlich festgestellt: Die Kombination aus Steuertarif und Abschaffung des Ehegattensplittings, was die Grünen beschlossen haben, wäre falsch, das wäre eine Belastung von Mittelstand und Mittelschicht. Also auch Herr Gabriel, Ihr Wunschkoalitionspartner, kritisiert diese Beschlüsse, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo er recht hat, hat er recht! – Zurufe von der SPD, u. a.: Stimmt doch gar nicht!)

Auch aus der eigenen Partei gibt es solche Stimmen – Interview mit dem Deutschlandradio: Die Finanzexpertin der Grünen, Christine Scheel, „warnt vor Substanzbesteuerung im Wahlprogramm der Grünen“.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich will das wiederholen. Frau Scheel stellt fest: „Es gibt im Wahlprogramm der Grünen diese Substanzbesteuerung.“ Da kann Herr Kretschmann so viel Lyrik in die Präambel schreiben, wie er will.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist denn jetzt Ihre Sorge?)

Und der Oberbürgermeister von Tübingen – in diesem Haus auch nicht unbekannt – braucht mittlerweile auf dem eigenen Parteitag Polizeischutz, so, wie mit ihm umgegangen worden ist.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich will den Oberbürgermeister von Tübingen gern einmal zu einem unserer Parteitage einladen. Ich garantiere ihm, er wird dort besser behandelt als bei seiner eigenen Partei, den Grünen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine Damen und Herren, nicht die FDP/DVP, sondern ein Steuerrechtsexperte hat festgestellt, dass nach Ihren Beschlüssen in Westdeutschland lebende Ehepaare mit zwei Kindern bereits ab einem monatlichen Bruttolohn von 5 151 € mehr Steuern zahlen müssen. Das trifft die Mitte der Gesellschaft. Die und nicht die Superreichen treffen Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Ein Ehepaar, das ein Einkommen von 10 600 € im Monat hat, hat einen Steuernachteil von 7 200 € im Jahr. Das trifft die

Leistungsstarken, und das trifft die Leistungsbereiten in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Die Farbe der Leistungsfeindlichkeit ist grün. Denn wenn SPD und Grüne mit diesen Parteitagsbeschlüssen die Chance erhalten, nach der Bundestagswahl einen Koalitionsvertrag auszuhandeln, dann ist der Mittelstand in Baden-Württemberg am Ende, und die Mittelschicht stellt ihre Arbeit ein, weil es sich nicht mehr lohnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich hoffe sehr, dass Sie nach all diesen Irrfahrten à la Odysseus in den letzten vier Wochen jetzt die Gelegenheit nutzen, von diesem Pult aus zu erklären, was jetzt gilt,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was sind Ihre Steuerpläne, Herr Rülke?)

was Ihre Position ist, was Sie vertreten, was Sie mitmachen und wo Sie die Interessen der baden-württembergischen Bevölkerung und des deutschen Mittelstands sehen. Ich hoffe sehr, dass Sie nicht wieder wie im Fall Cohn-Bendit der Debatte ausweichen, weil sie Ihnen unangenehm ist. Hier ist der Ort, Ihre persönliche Position und die Ihrer Landesregierung zu erklären.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg schreibt. Er schreibt zunächst einen Brief – daran wäre gar nichts auszusetzen; auch inhaltlich nicht –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Darüber entscheiden nicht Sie!)

am 13. April, und alle in Baden-Württemberg freuen sich. Er erhält Lob vonseiten des Mittelstands, weil er für den Mittelstand eintritt. Das war vor dem Parteitag der Grünen.

Dann spricht der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Er spricht aber nicht etwa mit den Linken innerhalb der Grünen oder mit anderen Gruppierungen, um für eine Mehrheit für seine Auffassung zu werben, sondern er spricht mit der Redaktion der „Süddeutschen Zeitung“.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das kann Ihnen nicht passieren, gell?)

Dort stellt er fest – erneut – und warnt davor, dass durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Mittelstand geschröpft werden könnte.

(Peter Hauk)

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Interessanterweise erfolgt noch am selben Tag – oder sogar schon wenige Tage zuvor, nämlich nach dem Brief – die Antwort des Parteivorsitzenden der Grünen, Jürgen Trittin:

Diese Warnungen erübrigen sich schon deshalb, weil im Programm nur Dinge stehen, die wir gemeinsam beschlossen haben.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Die heutigen Warner waren damals selbst Antragsteller.

So wörtlich Jürgen Trittin in einem Interview in der „Welt“ am 13. April.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das versteht niemand mehr!)

So viel zum Thema „Schreiben und Sprechen“.

Dann kommt eine weitere Phase: Der Ministerpräsident schweigt. Er fährt auf den Parteitag, er wirbt nicht, er bringt keine Anträge ein; er schweigt. Er schweigt bis zum Ende des Parteitags, und dann – oh Wunder –: Der Ministerpräsident lobt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wendehals!)

Er lobt den Parteitagsbeschluss, er lobt, dass die Partei die richtige Balance gefunden habe, und er lobt diese Beschlüsse, die der Kollege Rülke schon erläutert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Sie, Herr Ministerpräsident, sagen dazu:

Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, und wir schenken den Leuten reinen Wein ein und beschließen eben auch unangenehme Dinge, wie etwa Steuern zu erhöhen.

Sie sagen weiter: „Wir haben die richtige Balance auf dem Parteitag dazu gefunden.“

Eine Woche später – vor Wirtschaftsvertretern – hört sich die Sache schon wieder anders an. Zwar komme man um Steuererhöhungen nicht herum, doch müsse man das jetzt irgendwie in die richtige Balance bringen. „Jetzt lassen wir mal dahingestellt, ob uns das vollkommen gelungen ist.“ So das Zitat des Ministerpräsidenten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bewertung ist doch Ihnen zu überlassen. Sieht so aufrichtige Politik aus? Wollen Sie so das Vertrauen der Menschen gewinnen? Wo waren Ihre Bedenken auf dem Grünen-Parteitag? Wo war auf dem Parteitag Ihre starke Stimme gegen die drohenden Mehrbelastungen für die Menschen? Wo waren Ihre Änderungsanträge? Wo war all das, als es darauf angekommen ist, als Sie noch etwas hätten verändern können?

Leider muss man sagen, dass Ihnen in der entscheidenden Situation wieder einmal die Durchsetzungsfähigkeit und der Wille gefehlt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann wird so getan, als ob es nur um Spitzensteuersätze ginge und als ob die Beschlüsse nur wenige betreffen würden. Schauen wir uns doch einmal die Wahrheit an.

Ab einem Bruttojahresgehalt von 51 000 € trifft es praktisch jeden mit einer Mehrbelastung.

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist falsch! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Das durchschnittliche Bruttojahresgehalt eines Arbeitnehmers oder Selbstständigen in Baden-Württemberg – das durchschnittliche; das umfasst sowohl die kleinen als auch die großen Arbeitseinkommen – liegt bei 52 000 €.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also jeder dabei!)

Das heißt, im Durchschnitt ist jeder dabei. Tatsächlich – wenn man es herunterbricht – sind etwa 30 bis 40 % aller Einkommensbezieher, die nicht Transferleistungen erhalten, in Baden-Württemberg dabei. Das sind nicht nur die oberen 10 %, wie Sie uns weismachen wollen. Das trifft vielleicht für Sachsen zu, wo das Bruttojahreseinkommen im Durchschnitt 34 000 € beträgt.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das mag stimmen. Aber für Baden-Württemberg trifft dies nicht zu. In Baden-Württemberg ist die breite Mittelschicht betroffen, in Baden-Württemberg ist der breite Mittelstand betroffen, sind mittelständische Unternehmer genauso wie Arbeitnehmer mit einem ordentlichen, aber nicht überhöhten Jahreseinkommen gleichermaßen betroffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein Unternehmen mit einer Bilanzsumme von rund 126 Millionen € und rund 2 000 Mitarbeitern – in dieser Größenordnung gibt es einige Mittelständler in Baden-Württemberg – müsste nach Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung allein durch die Vermögensabgabe rund 21 % mehr Steuern bezahlen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, das ist eine Substanzbesteuerung. Das ist keine Gewinnbesteuerung, keine Einnahmebesteuerung, sondern eine Substanzbesteuerung,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau!)

die Sie auf bereits erworbenes, investiertes Vermögen erheben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und versteuertes!)

Das ist doch der entscheidende Punkt: Sie stellen Unternehmer, Sparer, die leistungsbereit waren, die innovativ waren,

(Peter Hauk)

die sich vor allem auch im Wettbewerb behauptet haben, so hin, als handelte es sich um Räuber, die sich, wie früher auf Raubzügen, Vermögen erworben hätten.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Und Sie sind Robin Hood!)

Genau das ist die Antwort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schauen wir uns doch einmal an, was Ihr einstimmig beschlossenes Programm konkret für die Menschen bedeutet. Ich nenne einmal einige Beispiele.

Nehmen wir einmal Adrian P. aus Ludwigsburg, der Facharbeiter bei Porsche in Zuffenhausen ist und im Wechselschichtbetrieb arbeitet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer ist das?)

Er verdient derzeit 41 890 € im Jahr, das heißt rund 3 490 € brutto im Monat.

(Zurufe von den Grünen)

Im Dezember vergangenen Jahres konnte er sich über eine Jahresgratifikation der Porsche SE freuen, die ihm zusätzlich 8 111 € eingebracht hat.

Seine Frau Julia P. kümmert sich freiwillig

(Lachen bei den Grünen)

und gern um den Haushalt.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Andreas Schwarz: Oh ja!)

Nach den Vorstellungen von Grün und Rot entspricht dieses Familienbild wohl nicht mehr dem Zeitgeist, aber es entspricht immer noch einem Teil der Realität in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Statt bislang 8 212 € Einkommensteuer und 451 € Solidaritätszuschlag soll die Familie P. nach den Steuerplänen

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Haben die Kinder?)

der Grünen durch die Abschaffung des Ehegattensplittings allein 12 857 € Einkommensteuer

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Die haben keine Kinder, oder?)

und 706 € Solidaritätszuschlag zahlen.

(Zuruf von der CDU: Bitter, bitter!)

Das ist netto eine Mehrbelastung von 4 891 € im Jahr.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wahnsinn!)

Meine Damen und Herren, das würde die Steuerpolitik der Grünen diese Familie kosten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein anderes Beispiel: Jutta L. aus Biberach, die 35 Jahre alt ist.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Grünen und SPD: Sie weichen der Realität aus!)

– Sie wollen das nicht hören. Das ist mir schon klar.

Frau Präsidentin, könnten Sie in der linken Hälfte des Hauses für Ruhe sorgen?

(Zurufe: Oh ja! – Glocke der Präsidentin)

Jutta L. aus Biberach, die 35 Jahre alt und alleinerziehende Mutter ist, hat als Angestellte bei einem mittelständischen Unternehmen ein Jahreseinkommen von 38 000 €. Die geplante Streichung des steuerlichen Freibetrags für Betreuung, Erziehung und Ausbildung von Kindern würde sie 146 € kosten. Das heißt, selbst bei diesem verhältnismäßig niedrigen Jahreseinkommen wäre noch eine Belastung vorhanden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von der Frage der Erbschaftsteuer will ich gar nicht sprechen.

(Anhaltende Unruhe)

Noch ein anderes Beispiel: Die alleinstehende Nadine O. arbeitet als selbstständige Softwareentwicklerin und hat ein Start-up-Unternehmen in Mannheim gegründet. In den letzten Jahren hatte sie ein Einkommen von rund 48 000 € brutto im Jahr. Sie hat jetzt mit viel Einsatz und in nächtelangem Programmieren ein neues Steuerungsprogramm entwickelt, von dem sie sich erhofft, dass sie fast 1 000 € mehr im Monat verdienen wird.

Nach den Steuerplänen von Grünen und SPD soll, wer mehr als 60 000 € brutto im Jahr verdient, künftig nicht mehr einen Steuersatz von 42 %, sondern von 45 % zahlen. Für Nadine O. bedeutet der neue Spitzensteuersatz einschließlich der Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherung – es wurde ganz vergessen, dass dies auch in dem Programm steht –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Die wird herangezogen!)

eine zusätzliche Belastung von mindestens 1 500 € im Jahr.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es trifft also nicht nur, wie Sie uns weismachen wollen, die Millionäre, die Besserverdienenden – die immer nur die anderen sind –, sondern es trifft die breite Mittelschicht Baden-Württembergs,

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und dabei die Arbeitnehmer genauso wie die Mittelständler.

Der Ministerpräsident hat eines nicht durchschaut, nämlich dass dahinter ein groß angelegter Plan steht, den Süden der Republik abzuzocken,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! So ist es!)

(Peter Hauk)

weil hier noch Wettbewerb, Kampfgeist und Leistungsbereitschaft herrschen und aufgrund von Wettbewerb und Leistungsbereitschaft auch Vermögen erwirtschaftet wurde, Betriebsvermögen genauso wie privates Vermögen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eine neue Form des Finanzhaushalts!)

Meine Damen und Herren, Betriebsvermögen und Privatvermögen wurden in diesem Land ehrlich verdient; das wurde nicht geraubt. Es hier erneut durch eine Substanzbesteuerung zu belasten, ist ein Anschlag auf alle, die leistungsbereit und innovativ sind, die dieses Land nach vorn gebracht haben, und die im Übrigen –

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sagen Sie einmal ein Beispiel! – Glocke der Präsidentin)

– Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Rösler?

Abg. Peter Hauk CDU: Aber natürlich.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte schön.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Herr Kollege Hauk, Sie haben behauptet, dass dies ein breit angelegter Angriff auf die Süddeutschen wäre

(Zuruf von der CDU: Genau so ist es! Richtig!)

und die Süddeutschen noch Leistungsbereitschaft hätten und ehrlich seien.

(Zuruf von der CDU: Auch richtig!)

Behaupten Sie damit im Umkehrschluss – das haben Sie behauptet –, dass

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein Quatsch! – Lebhaftes Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– ja, doch – in Norddeutschland, bei den Kollegen in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein, in Brandenburg nicht ehrlich gewirtschaftet wird, dass dort Steuern hinterzogen werden?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Thema verfehlt!)

Behaupten Sie damit,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Erbärmlich! – Unruhe)

dass im norddeutschen Raum nicht richtig gearbeitet wird?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Für so etwas hätte ich keine Zwischenfrage zugelassen!)

Versuchen Sie, einen Keil zwischen Nord- und Süddeutschland zu treiben? Das ist Ihre Intention. Ist Ihnen das bewusst?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Abg. Peter Hauk CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, das halte ich jetzt doch für einen seltsamen Einwurf.

(Zuruf von der CDU: Denen fällt nichts Besseres ein!)

Ich stelle nur fest, dass Frau Künast auf die Frage, wie sie gerade auf 60 000 € gekommen sei, geantwortet hat, man habe sich in etwa am durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen orientiert und dazu noch einen kleinen Zuschlag gemacht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Darf es ein bisschen mehr sein?)

Das sei dann die Zahl gewesen.

Aber: Ein Jahreseinkommen von über 50 000 € wird eher im Süden der Republik erzielt als im Norden oder im Osten der Republik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Glocke der Präsidentin)

Ich will noch einen weiteren Beitrag zitieren; er kommt von einem Unternehmer aus Baden-Württemberg namens Stefan.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Stefan M.? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stefan wie?)

Dieser hat seinen Fall, seine persönliche Geschichte auf der Internetseite der grünen Bundestagsfraktion geschildert. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin:

Ich verdiene über 60 000 €, aber ich würde mich nicht als reich bezeichnen. Als Unternehmer (47 Jahre alt, 18 MitarbeiterInnen) aus Baden-Württemberg, der immer die „grüne Fahne“ hochgehalten hat, muss ich sagen, dass ihr mit euren total weltfremden Steuererhöhungsplänen dafür sorgt, dass die Leistungsträger unserer Gesellschaft bestraft werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Recht hat er! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ein Großteil meiner Mitarbeiter wird durch euren Steuerwahnsinn –

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Hauk, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So etwas Parteiisches! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr souverän, Frau Präsidentin! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Peter Hauk CDU: Ich zitiere zu Ende.

Ein Großteil meiner Mitarbeiter wird durch euren Steuerwahnsinn

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

zukünftig weniger in der Tasche haben. Diese MitarbeiterInnen werden euch sicherlich dankbar sein, dass sie die „soziale Hängematte“ noch weicher mit ihren hart verdienten Euros aufpolstern dürfen. Danke, dass ihr we-

(Peter Hauk)

nigstens vor der Wahl damit rausgerückt seid, sonst hätte ich am Ende nochmals Grün gewählt.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Aras.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hoffentlich nimmt sie jetzt einmal zum Inhalt Stellung! Zu den Beispielen! – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Endlich einmal jemand, der Ahnung hat!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Hauk, dass Herr Rülke hier in öffentlichen Debatten unterirdische Diskussionen führt und unterirdische Äußerungen macht, ist normal und ist inzwischen Standard bei ihm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie einmal etwas Inhaltliches! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rück CDU)

Ich finde es allerdings bedauerlich, dass Sie als Fraktionsvorsitzender der stärksten Fraktion in diesem Parlament immer noch nicht begriffen haben, dass es einen großen Unterschied macht, ob das Bruttojahreseinkommen oder das zu versteuernde Einkommen gemeint ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie wissen genauso gut wie ich – dazu muss man keine Steuerberaterin sein –, dass diverse Abzüge vorzunehmen sind, bis man zu dem zu versteuernden Einkommen gelangt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie schaffen Freibeträge für Kinder ab! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie wollen das Ehegattensplitting abschaffen!)

– Moment. Wir schaffen keine – –

(Unruhe)

– Lassen Sie mich bitte ausreden. Es geht darum, dass wir den Grundfreibetrag von jetzt 8 100 € auf 8 700 € erhöhen wollen. Es geht darum, dass beispielsweise für zwei Kinder Kinderfreibeträge von über 14 000 € abgezogen werden. Es geht darum, dass zunächst Werbungskosten und viele andere Freibeträge abgezogen werden, um auf das zu versteuernde Einkommen zu kommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch selbstverständlich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist nichts Neues! Das war doch immer so!)

Ich mache Ihnen ein ernsthaftes Angebot. Sie haben hier lange gegen die Gemeinschaftsschule geredet – so lange, bis die damalige Kultusministerin Sie dann in eine Gemeinschaftsschule eingeladen hat. Auf einmal haben Sie glänzende Augen bekommen, weil Sie gesehen haben,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

dass das gut funktioniert.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Lebhaftes Unruhe)

Ich mache Ihnen heute ein Angebot.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich mache Ihnen heute das Angebot: Kommen Sie mit mir in meine Steuerberatungskanzlei.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Keine Werbung hier!)

Wir gehen dann jeden der von Ihnen hier – fälschlicherweise – angeführten Einzelfälle durch, und ich erkläre Ihnen dann anhand von konkreten Beispielen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da kriegt Herr Hauk auch schon glänzende Augen, aber vor Tränen!)

wann es um das Bruttoeinkommen geht und wann um das zu versteuernde Einkommen – und zwar kostenlos!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da bekommt er wirklich glänzende Augen!)

Dann zu der Aussage, das Bruttojahreseinkommen im Südwesten, in unserem Bundesland, könne nicht mit dem Bruttojahreseinkommen etwa in Sachsen verglichen werden. Entschuldigung, ich dachte immer, Sachsen gehöre auch zu Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist kein Entwicklungsland, und meines Wissens ist dieses Bundesland sogar CDU-regiert. Oder gibt es da besondere Kappungsgrenzen bei den Gehältern?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Poreski?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein, sorry.

(Zuruf: Nicht einmal von einem Kollegen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er wollte Sie nur schützen!)

– Ich brauche keine Schützenhilfe. Ich kann mich hier sehr gut selbst verteidigen. Das ist sehr leicht.

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kollegen Dr. Rülke und Hauk, ich glaube, Sie kommen ganz selten aus Ihren Kreisen heraus. Sie haben nämlich gar keine Ahnung, was der normale Durchschnittsverdiener in diesem Land verdient.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was erzählen Sie da?)

Das ist keine Arroganz. Lesen Sie nur die Informationen Ihres Bundesfinanzministeriums. Das Ministerium ist nicht grün geführt und auch nicht SPD-geführt.

(Muhterem Aras)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Steht da etwas zum grünen Programm?)

– Moment. Hieraus geht erstens hervor, dass das monatliche Bruttoeinkommen durchschnittlich 3 871 € beträgt, und zwar das eines Haushalts. Das ist nicht nur ein Alleinverdiener, sondern es kann auch eine zweite Person hinzuverdienen. Das macht im Jahr ein Bruttoeinkommen von ca. 46 000 €. Abgesehen von den ganzen Abzügen, sind wir noch ganz weit von den 60 000 € entfernt.

Ich glaube, Sie gehen hier von unseren Diäten aus. Wir erhalten Grunddiäten von ca. 6 500 €, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Hinzu kommen noch verschiedene Zulagen. Sie denken, das sei das Mindeste, was der Durchschnittsbürger verdient. Das ist es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Mittelstand: Sie müssen uns den Mittelstand nicht erklären. Wir kennen die Sorgen und die Interessen des Mittelstands sehr genau.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, man sieht Ihren Beschlüssen an, dass Sie die Sorgen des Mittelstands kennen!)

Aus der genannten Studie des Bundesfinanzministeriums geht ganz deutlich hervor, dass über 82 % der Unternehmen in Deutschland einkommensteuerpflichtige Personenunternehmen sind. In Baden-Württemberg dürfte der Anteil sogar noch höher sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb erhöhen Sie die Einkommensteuer, damit Sie die erwischen! Das ist der Grund!)

Das Interessante ist: Über 50 % dieser Unternehmen haben einen Jahresgewinn von unter 26 000 €, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist weit entfernt von einem zu versteuernden Einkommen von 60 000 € oder 80 000 €, wobei diese Beträge für Alleinstehende gelten. Das ist offenbar ein bisschen schwer zu verstehen, Herr Rülke. Durch das Ehegattensplitting bzw. bei der Zusammenveranlagung verdoppeln sich die Beträge. Also: Über 50 % der Personenunternehmer haben einen Gewinn von unter 26 000 €, über 80 % haben einen Gewinn von unter 52 000 €.

Von wegen, wir würden die Mittelschicht treffen, und wir würden die Masse treffen. Im Gegenteil, mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 % sind gerade einmal 7 % der Einkommensteuerzahler von diesem Steuersatz betroffen. Das ist das eine.

(Beifall bei den Grünen)

Das andere ist: Was braucht der Mittelstand? Der Mittelstand braucht eine Infrastruktur: Schiene, Straße, Verkehr, staatliche Verwaltung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was erzählen Sie da? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Das ist es, was der Mittelstand braucht. Der Mittelstand braucht gute Bildung, gute Hochschulen, gute Kita-Betreu-

ung. Genau das haben wir gemacht. Schauen Sie sich doch einmal an, was diese grün-rote Landesregierung geschaffen hat.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen)

Ein letzter Satz: Ich habe eine Lieblingsquelle entdeckt, nämlich die Informationen des Bundesfinanzministeriums. Aus dieser Quelle ein Zitat:

Ohne Steuergelder wäre es dem Staat nicht möglich, elementare Aufgaben für das Gemeinwesen zu erfüllen. Dazu zählen die soziale Sicherung, die innere und die äußere Sicherheit sowie die Finanzierung von Bildung, Gesundheit und Verkehrsinfrastruktur.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine Binsenweisheit! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Sie hätten sie vielleicht noch einmal lesen sollen, liebe Kollegin.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich habe das studiert! Ich habe das unterrichtet! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie müssen Frau Gurr-Hirsch nicht belehren!)

– Dann ist es ja gut.

Ich habe genau dargelegt, dass der Mittelstand deutlich davon entfernt ist, von unserer Erhöhung des Einkommensteuerspitzenatzes betroffen zu sein. Im Wahlprogramm haben wir die Erhöhung des Einkommensteuerspitzenatzes beschlossen. Das ist auch richtig und findet die Zustimmung der Mehrheit, wie Umfragen belegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist wenigstens eine klare Aussage, für die wir dankbar sind!)

Wir haben aber im Programm auch ganz klar gesagt: Wir werden keine Substanzbesteuerung vornehmen. Diese grün-rote Landesregierung mit diesen Regierungsfraktionen wird im Bundesrat genau darauf achten. Sie wissen genau – das hat auch die Debatte über das deutsch-schweizerische Steuerabkommen gezeigt –, dass diese grün-rote Landesregierung im Bundesrat eine sehr wichtige Rolle spielt und auch auf Bundesebene gehört wird.

So hat es unser Ministerpräsident geschafft

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gehört, aber nicht erhört!)

– er wurde auch erhört –, dass unsere Forderung, keine Substanzbesteuerung vorzunehmen, in die Präambel aufgenommen wurde. Das ist nicht etwa nur reine Lyrik, sondern das ist eine sehr wesentliche inhaltliche Aussage.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rülke, lieber Herr Hauk, niemand hat die Balance verloren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Grüne und SPD machen die ganz klare Ansage:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollen Bezieher sehr hoher Einkommen und sehr Reiche stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Wir wissen: Niemand freut sich über Steuererhöhungen. Trotzdem hat sich die SPD nicht gescheut, dieses unpopuläre Thema Steuererhöhungen in ihrem Wahlprogramm offensiv anzugehen, ebenso wie die Grünen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei der Grunderwerbsteuer haben Sie gleich eine Erhöhung vorgenommen!)

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Denn ein handlungsfähiger Staat ist das Fundament für einen breiten Mittelstand in Baden-Württemberg und kein Angriff auf diesen Mittelstand oder auf Mittelschichten oder gar deren Ende.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Tatsache ist, dass der private Reichtum in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich geöffnet. Tatsache ist auch, dass die Steuer- und Abgabenbelastung für hohe Einkommen und Vermögen sowie für Erbschaften gesunken ist. Wir müssen deshalb eine Steuerdiskussion führen. Was Sie mit der heutigen Aktuellen Debatte machen, ist die Eröffnung der Geisterbahn, um den Mittelstand zu erschrecken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich nenne Ihnen auch Gründe für eine Steuererhöhung. Die Schuldenbremse verhindert, dass man auch in Zukunft, wie es bei der Deutschen Einheit oder der Krisenbekämpfung erfolgt ist, über Schulden finanzieren kann. Unsere Bildung ist unterfinanziert. Wir sind im internationalen Vergleich nicht an der Spitze. Unsere Infrastruktur darf nicht verfallen, sondern muss weiterentwickelt werden.

Wir haben große Aufgaben. Die Verkehrsinfrastruktur, die Energiewende und der Ausbau der Breitbandnetze gehören dazu. Wir müssen auch die Finanzen der Kommunen in Ordnung halten. Nur zu sparen reicht leider nicht. Sparen trifft oft auch die Armen und Schwachen, und dafür wollen wir einen solidarischen Beitrag der reichen und starken Menschen in unserem Land. Deswegen soll der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer ab 100 000 € bei Ledigen und ab 200 000 € bei Verheirateten auf 49 % festgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn das Einkommen – Frau Aras hat es vorhin schon erklärt – von 100 000 € bei Ledigen und 200 000 € bei Verheirateten in Baden-Württemberg das Einkommen der breiten Mittel-

schicht ist, dann leben wir in einem Paradies. Dann kann sich diese Mittelschicht auch beteiligen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wenn das so ist!)

Wir werden auch die Kapitalertragsteuer unter die Lupe nehmen. Ihr Satz liegt gerade bei 25 %. Er soll auf 32 % erhöht werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Na super! Dann werden die versteuerten Ersparnisse noch mehr versteuert!)

Kapital darf nicht niedriger besteuert werden als Arbeit. Denn genau das ist mittelstandsfeindlich und verhindert Investitionen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Bei einem Prozent oder einem halben Prozent Zins?)

Wir wollen auch große Vermögen – sie werden im internationalen Vergleich in Deutschland weit unterdurchschnittlich besteuert – stärker besteuern und damit die Bildungsinvestitionen, die vor allem das Land stemmen muss, bezahlen. Da sind wir uns mit den Grünen einig. In unserem Wahlprogramm – ich zitiere es – steht z. B.:

Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des ... Mittelstands, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.

Ich verweise dazu auf das Schreiben des Ministerpräsidenten und des Finanzministers an ihre Parteivorsitzenden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haußmann?

Abg. Klaus Maier SPD: Ja, bitte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Kollege Maier, Sie haben gerade gesagt, Sie würden in dieser Diskussion darauf achten, dass der Mittelstand nicht zusätzlich belastet werde. Herr Kollege Hauk hat dazu ganz kurz das Thema Krankenversicherung angesprochen. Wie bewerten Sie, dass die SPD vorhat, die Beitragsbemessungsgrenze des Arbeitgeberanteils bei den Krankenversicherungsbeiträgen abzuschaffen, sodass insbesondere in Baden-Württemberg wesentliche Verteuerungen für die Arbeitgeber durch die Beiträge zur Krankenversicherung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mehr als 3 937 € pro Monat verdienen, entstehen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch zurzeit gedeckelt! Das ist doch gar nicht mehr 50 : 50!)

Abg. Klaus Maier SPD: Genau, erstens ist das gedeckelt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Zweitens: Die Beitragsbemessungsgrenze muss angepasst werden. Die Beitragsbemessungsgrenze ist ein Instrument, das in manchen Fällen zu Ungerechtigkeiten führt. Wir müs-

(Klaus Maier)

sen hier eine Anpassung vornehmen; da haben Sie recht. Das gehört auch zu unserem Programm.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ist das mittelstandsförderlich? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!)

Eine Baustelle vor allem rechtlicher Art ist die Erbschaftsteuer. Hier wurde nichts gemacht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat einfach zugewartet. Sie hat den Steuersatz bezogen auf große Vermögen gesenkt, aber Missbrauchsmöglichkeiten wie die Gründung von „Cash-GmbHs“ nicht unterbunden. Das werden wir mit der Steuerdiskussion anstoßen und nach der Wahl angehen.

Die heutige Debatte wäre überflüssig, bestünde nicht eine weitere Gerechtigkeitlücke: die Steuerhinterziehung, der Steuerbetrug und die aggressive Steuervermeidung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn man bereit, ist das laut MP doch in Ordnung!)

Würde man diese Steuervermeidung, die vor allem durch Offshore-Leaks publik wurde, bekämpfen – das haben wir gehört –, würde dies auch ein Programm für mittelständische Unternehmen sein; denn international tätige Konzerne schaffen ihre Gewinne aus Deutschland weg, sie schaffen sich Wettbewerbsvorteile und gefährden mit Billigkonkurrenz den Mittelstand.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Bravo!)

Diese Problematik hat die schwarz-gelbe Bundesregierung vollkommen verschlafen. Der Handlungsbedarf in Europa und weltweit ist enorm.

Meine Damen und Herren, wenn Rot-Grün im September dieses Jahres das Steuer in Deutschland übernimmt, wird unser Steuersystem gerechter gestaltet.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ha! „Steuer übernimmt“!)

Steuerbetrug und Steuerhinterziehung werden konsequent bekämpft, und international wird Druck ausgeübt, um die vielen Steuerschlupflöcher zu schließen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kavallerie!)

Nur damit können wir zum Wohl aller und besonders des Mittelstands die Staatsverschuldung zurückführen und die öffentlichen Haushalte wieder auf eine sichere Grundlage stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Schmid das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ist er jetzt bei den Grünen? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Stellvertreter!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal etwas Ordnung in die Debatte bringen.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Vielen Dank! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nach den letzten zwei Reden ist das auch nötig!)

Die Landesregierung ist die Landesregierung, und Parteitagebeschlüsse sind Parteitagebeschlüsse.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! – Zuruf von der SPD: Richtig! – Abg. Peter Hauk CDU: Und es gibt keine Identität zwischen den Personen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Für die Landesregierung kann ich voller Überzeugung sagen:

(Anhaltende Unruhe)

Der Wechsel vor zwei Jahren war gut für den Mittelstand in Baden-Württemberg,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Selten so gelacht wie gerade eben! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Witzbold!)

weil wir uns nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausgeruht haben, sondern heute die Voraussetzungen schaffen für eine gute Zukunft, für Bildung und Betreuung, für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

für Forschung und Entwicklung, für sozialen Zusammenhalt, für nachhaltiges Wachstum, für solide Finanzen. Dafür stehen wir. Sie waren gegen jeden dieser Punkte – dagegen, dagegen, dagegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

All diese für unser Land Baden-Württemberg, für den Mittelstand in Baden-Württemberg wichtigen Vorhaben haben eines gemeinsam: Sie lassen sich nur mit einem handlungsfähigen Staat verwirklichen. Der Mittelstand in Baden-Württemberg weiß dies ganz genau.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir, die Landesregierung, nehmen aber auch die Bedenken und Einwände unseres Mittelstands zu den aktuellen steuerpolitischen Debatten ernst.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Zur Kenntnis!)

Wie es der Zufall will, wollte die CDU schon am letzten Plenartag eine Debatte zur Steuerpolitik durchführen; sie ist aber kurzfristig ausgefallen. Genau zu diesem Zeitpunkt ist auf meinem Schreibtisch ein Brief eingetroffen, dessen Absender

(Minister Dr. Nils Schmid)

VDMA-Präsident Dr. Thomas Lindner war. Ich würde gern einmal aus diesem Brief zitieren. Er beginnt folgendermaßen:

Sehr geehrter Herr Minister,

wir bedanken uns für Ihre Initiative in Sachen geplanter Vermögensteuer.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht für die Einführung! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Er fährt fort:

Wir sehen in Ihrer Argumentation ein Zeichen dafür, dass Sie die Leistungsfähigkeit der Unternehmen in Baden-Württemberg sehr realistisch einschätzen und ihre Probleme kennen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der will also die Einführung, oder was?)

Schreibt dies ein Mittelstand, der kurz vor dem Ende ist, Herr Rülke und Herr Hauk?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lesen Sie doch einmal den Brief ganz vor! Sehr selektiv! – Abg. Peter Hauk CDU: Ganz vorlesen!)

Ich habe einfach einmal einen Tipp für Sie, sehr verehrte Kollegen von der Opposition: Vielleicht sollten Sie öfter direkt mit dem Mittelstand sprechen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau!)

statt sich im stillen Kämmerlein Apokalypsen hinzugeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Ich habe nicht nur vom VDMA Post erhalten, sondern auch von den Familienunternehmen. Auch von den Familienunternehmen wurde die Initiative von Ministerpräsident Kretschmann und mir ausdrücklich unterstützt. Auch sie danken uns dafür – ich zitiere aus diesem Brief –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie lange gilt denn Ihr Versprechen? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Welchen Erfolg haben Sie auf Ihrem Parteitag gehabt? Null!)

dass wir eine Lanze für die Familienunternehmen in Deutschland brechen. Jetzt frage ich Sie: Was werfen Sie dieser Landesregierung überhaupt vor?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat doch eine Verfallszeit von zehn Tagen gehabt!)

Ich höre nur Aufregung nach dem Motto: Je schwächer die Argumente, desto platter die Polemik. Aber auch das kann die Fakten nicht übertönen. Sie sind eindeutig: Diese Landesregierung macht Politik für den Mittelstand und für die Mitte unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir sind ja alle die Mitte!)

Wir poltern und polemisieren nicht, sondern wir handeln. Wir stellen uns – bei aller Notwendigkeit, die Einnahmeseite zu stärken – schützend vor den Mittelstand. Deshalb will ich jetzt nicht auf Wahlprogramme eingehen, sondern ganz konkret auf die Positionen und Initiativen der Landesregierung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, natürlich! Was denn sonst? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sind Ihnen die Beschlüsse schon peinlich?)

Punkt 1: Einkommensteuer. Wir, die Landesregierung, haben im Bundesrat zur Einkommensteuer klar die Position vertreten, dass ein Spitzensteuersatz von 49 % für Alleinstehende erst ab einem – wohlgemerkt – zu versteuernden Einkommen von 100 000 € und für Verheiratete ab einem zu versteuernden Einkommen von 200 000 € gelten soll.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Das ist unsere Haltung! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist die Politik der Landesregierung!)

Zweitens dürften Sie festgestellt haben, dass die Landesregierung keine Initiativen unternommen hat, um bereits bestehende Ehen vom Ehegattensplitting auszunehmen.

Bei der Erbschaftsteuer ist die Haltung der Landesregierung ebenfalls klar. Wir stehen hinter dem in der Großen Koalition mühselig ausgehandelten Kompromiss mit der Verschonung des Betriebsvermögens.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Deshalb haben wir im Bundesrat Initiativen ergriffen, um Schlupflöcher – Stichwort „Cash-GmbHs“ – zu schließen. Wir sind diejenigen, die – übrigens im Unterschied zur Programmatik der FDP in ihrem Wahlprogramm – diese Verschonung des Betriebsvermögens bei der Erbschaftsteuer aufrechterhalten wollen, weil die mittelständischen Familienbetriebe in unserem Land Planungssicherheit brauchen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Der Ministerpräsident und ich haben in einem gemeinsamen Brief klargestellt, dass die Vermögensteuer nicht zulasten des Mittelstands gehen darf. Übrigens wurden Arbeiten an einem Gesetzentwurf zu einer möglichen Wiedereinführung der Vermögensteuer gestoppt, weil genau diese Frage der konkreten Ausgestaltung, wie man die hohen Privatvermögen trifft, ohne die Substanz der mittelständischen Unternehmen zu erfassen, noch einer Klärung zugeführt werden muss.

(Abg. Winfried Mack CDU: Haben Sie das vorher noch nicht gewusst, als Sie das initiiert haben? Das hätten Sie doch früher wissen müssen!)

Es wird auch noch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu der Frage von Verschonungsregelungen erfolgen. In diesem Sinn ist die Haltung der Landesregierung völlig klar: Gibt es keine Verschonung von mittelständischen Betrieben, werden wir einer Wiedereinführung der Vermögensteuer im Bundesrat nicht zustimmen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Blattschuss!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Politik der Landesregierung ist klar. Wir sprechen nicht über den Mittelstand, sondern wir sprechen mit dem Mittelstand. Ich habe das auf einem Steuergipfel getan. Der Ministerpräsident spricht mit den mittelständischen Unternehmen. Die Mitglieder der Regierung

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und die Fraktionsvorsitzenden!)

und natürlich auch die Fraktionsvorsitzenden

(Zuruf von der SPD: Jeder Abgeordnete! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn es der Fraktionsvorsitzende der SPD macht, dann haben sie wenigstens einen vernünftigen Ansprechpartner!)

und die Kollegen aus den Regierungsfractionen sprechen mit unseren mittelständischen Unternehmen intensiv und partnerschaftlich über diese durchaus nicht einfachen Fragen. Wir haben bei manchen natürlichen Differenzen durchaus auch große Übereinstimmung gefunden, wenn es darum geht, den Mittelstand vor einer Substanzbesteuerung zu schützen.

Denn ich bin gerade bei diesen Herausforderungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik von einem überzeugt: Nur Dialog bringt uns weiter.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Siehe Filderdialog!)

Polemik und Hysterie führen dagegen ins Abseits.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, mein Eindruck ist ohnehin: Wäre es Ihnen um eine wirklich aktuelle Debatte gegangen, dann hätten Sie das Thema „Steuergerechtigkeit und Steuerbetrug“ auf die Tagesordnung setzen müssen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Denn das ist das Thema, das die Menschen, das die Mitte unserer Gesellschaft in diesen Tagen und Wochen wirklich umtreibt, und es ist eine zentrale soziale Frage unserer Zeit. Aber diese Debatte, sehr verehrte Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, scheuen Sie wie der Teufel das Weihwasser, und das aus gutem Grund, denn Sie waren es, die das Steuerabkommen mit der Schweiz gegen alle Vernunft durchdrücken wollten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Zu Recht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie verschenken Milliarden!)

Was haben wir uns nicht alles an Beschimpfungen anhören müssen! Doch eines ist klar – der Fall Hoeneß zeigt es erneut –:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie verschenken Milliarden!)

Dieses miserable Abkommen abzulehnen war goldrichtig und dient der Steuergerechtigkeit in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie nehmen Verjährungen billigend in Kauf!)

Statt Amnestie und damit Totalverjährung für die Straftaten der Vergangenheit und Anonymität erwartet Steuerhinterzieher jetzt der lange Arm des Gesetzes. Das muss doch der Grundkonsens in allen politischen Parteien sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Es kann nicht sein, dass Millionen ehrlicher Steuerzahler Tag für Tag arbeiten und Geld an das Finanzamt abführen, während die anderen, gemeine Steuerkriminelle, unser Gemeinwesen schädigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie lassen das durch Verjährung zu!)

Umso mehr freue ich mich, dass auch dank der Ablehnung des Steuerabkommens durch diese Landesregierung heute mehr denn je gilt: Für Steuerkriminelle gibt es keine Anonymität mehr. Sie müssen mehr denn je damit rechnen, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist auch gut so, denn Steuerhinterziehung ist keine lässliche Sünde und kein Kavaliersdelikt, sondern eine schwere Straftat zum Leidwesen unserer Gesellschaft.

Wenn wir schon über Verjährung reden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Wir handeln auch als Landesregierung für das Ziel, dass Steuerstraftäter nicht länger auf einen Verjährungsrabatt hoffen können. Denn Baden-Württemberg hat ein Gesetz zur Bekämpfung von Steuerstraftaten im Bundesrat auf den Weg gebracht, um die Frist für die strafrechtliche Verfolgung von allen Fällen von Steuerhinterziehung auf zehn Jahre zu verlängern. Damit ist klar: Diese Landesregierung geht mit aller Kraft gegen Steuerbetrüger vor. Das ist eine gute Nachricht für die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, für den Mittelstand in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Schluss noch eine Anmerkung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Bei allem Dissens in der Sache sollten wir eines nicht vergessen: Nur wer kompromissfähig ist, ist auch demokratiefähig. Das heißt auch, dass man sich nicht in ideologischen Schützengräben verbarrikadieren darf. Wir in Baden-Württemberg wollen keine amerikanischen Verhältnisse. Wir wollen keine verfeindeten Lager, die sich unversöhnlich, unfähig zum Kompromiss gegenüberstehen.

Deshalb sehe ich mit großer Sorge, dass sich CDU und FDP/DVP in der Aussage, jegliche Steuererhöhung in Zukunft ablehnen zu wollen, einig waren. Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, wir brauchen keine baden-württembergische „Tea Party“, die in der Sache schwört, nie auch nur eine Steuer erhöhen zu wollen,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Immerhin ist der Bund mit seiner Haushaltskonsolidierung weiter als Sie!)

und im Stil dann allzu häufig weit über die Grenzen des guten Geschmacks hinausgeht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb sollten wir diese Debatten hart in der Sache, verbindlich im Ton, bereit zum Kompromiss in Bundesrat und Bun-

(Minister Dr. Nils Schmid)

destag führen; denn die Menschen dieses Bundeslands möchten mit Maß und Mitte, ja sie wollen gut regiert werden. Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung für unser Land, für unsere Demokratie. Deshalb ist Steuergerechtigkeit als Basis für den Zusammenhalt des Gemeinwesens so wichtig. Wer für diese Mitte sprechen möchte, wer für die Mitte unserer Gesellschaft sprechen möchte, sollte sich nicht selbst an den Rand stellen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Rülke. – Ihnen bleiben zehn Sekunden.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass der Finanzminister zum Inhalt der heutigen Debatte überhaupt nichts gesagt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Nichts in der Birne! – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Sie haben nichts zu sagen! Das ist das Problem!)

Er hat nur festgestellt, dass er zu den Programmen der Grünen und seiner eigenen Partei überhaupt nichts sagen möchte, weil sie ihm nicht angenehm sind. Das hat er gesagt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Vielleicht muss man Ihnen mal sagen, dass wir ein Parlament sind! – Zurufe von den Grünen und der SPD: Zehn Sekunden!)

Ich stelle nochmals fest, Herr Ministerpräsident: Nach all dem, was Sie in der Öffentlichkeit und bei Parteitag zu diesem Thema gesagt haben, erwartet dieses Haus, dass Sie heute hier Stellung beziehen und sich nicht wegducken – so wie im Fall Cohn-Bendit, also immer dann, wenn es Ihnen unangenehm ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Rülke, ich komme jetzt Ihrem Wunsch ausdrücklich entgegen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das freut uns! – Gegenruf von den Grünen: Aber nicht deshalb!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lese mit Überraschung, dass ich hier dauernd meine Meinung ändere.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Wir auch!)

Der Kurs der Landesregierung ist seit Beginn unserer Regierungszeit klar vorgegeben und allen bekannt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mehr Steuern!)

Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag:

Es ist ... zur nachhaltigen Finanzierung der zentralen öffentlichen Aufgaben, vor allem im Bildungsbereich, im Sinne des sozialen Ausgleichs, dass Spitzenverdiener und Personen mit einem sehr hohen Privatvermögen einen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag für das Gemeinwesen leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Deshalb unterstützen wir im Bundesrat Initiativen zur stärkeren Beteiligung von großen Privatvermögen zur Finanzierung von Landesaufgaben sowie zur Anhebung des Spitzensteuersatzes, ...

Daher haben wir auch schon im Bundesrat gemeinsame Initiativen zur Anhebung des Spitzensteuersatzes eingebracht. Im Koalitionsvertrag legen wir uns auch eindeutig darauf fest, die Eigenkapitalversorgung des Mittelstands als wichtige Voraussetzung für unseren Wohlstand und die Krisenfestigkeit des Landes zu gewährleisten. Diesen Kurs behalten wir weiterhin bei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Was tun Sie?)

Wir wackeln hier überhaupt nicht.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Deshalb habe ich zusammen mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister vor den jeweiligen Bundesparteitagen den bekannten Brief an die Parteiführungen von SPD und Grünen geschrieben. Darin haben wir eine ganz klare rote Linie gezogen, um den Mittelstand in Baden-Württemberg zu schützen und das Rückgrat zu stärken. Die Kernbotschaft heißt: keine Substanzbesteuerung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Werden Sie damit ernst genommen? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Hatten Sie da Sorgen?)

Dieser Brief gilt nach wie vor.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dieser Brief enthält nicht nur irgendeine Aussage, sondern darin heißt es:

Eine Besteuerung von Vermögen darf nur dann eingeführt werden, wenn eine wirksame Sicherung von Betriebsvermögen gewährleistet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eindeutig!)

Ohne eine solche Ausgestaltung wird das Land Baden-Württemberg im Bundesrat einem entsprechenden Gesetzesentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Also! – Glocke der Präsidentin)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Die Parteivorsitzenden von SPD und Grünen haben uns darauf geantwortet und gesagt, dass wir in der Sache recht haben, dass sie das auch so sehen und dass das gewährleistet wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pröfrock?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich möchte erst noch mit dem Gedanken fortfahren und ihn zu Ende bringen. – Dementsprechend sind diese Schranken in unser Parteiprogramm aufgenommen worden. Diese Schranken bewirken, dass keine unzumutbaren Belastungen entstehen, die die Investitionskraft unserer Unternehmen gefährden, und eine Substanzbesteuerung ausgeschlossen wird.

Diese Resultate werden von den Spitzenkandidaten meiner Partei mitgetragen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Regierungsamtliches Ablesen!)

und aufgrund dessen kann man sagen, dass das, was wir vorgetragen haben, durchaus wirksam war. Es hat Niederschlag in unserem Parteiprogramm gefunden. Das ist nachher bei der Ausgestaltung der Gesetze im Einzelnen wichtig. Darauf wird es natürlich immer ankommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es ist klar – auch in dem Brief haben wir das ganz klar geschrieben; das steht in dem Brief –,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Haben Sie ihn auch abgeschickt?)

dass wir uns für Steuererhöhungen einsetzen. Auch damit haben wir nicht hinter dem Berg gehalten. Das wussten auch diejenigen aus dem Mittelstand, die uns darauf geantwortet haben. Deswegen setzen wir diesen Kurs fort.

Nun kann man natürlich sagen, es ist in der Tat ungewöhnlich, wenn Parteien vor einem Wahlkampf Steuererhöhungen in ihren Programmen darstellen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat Frau Merkel auch schon gemacht!)

Wir gehen aber mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land ehrlich um.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

FDP und CDU schließen Steuererhöhungen aus.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Frage ist doch: Brauchen wir sie?)

Sie müssten allerdings erklären, Herr Kollege Hauk,

(Abg. Peter Hauk CDU: Brauchen wir sie?)

wie das funktionieren soll, wenn Sie die Ausgaben zugleich steigern wollen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben!)

Das ist doch ein eklatanter Widerspruch. Die FDP hat am vergangenen Wochenende rund 25 kostenträchtige Punkte in ihrem Wahlprogramm beschlossen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Wir haben aber nirgendwo einen Hinweis darauf gefunden, wie teuer diese Projekte werden und wie die FDP sie finanzieren möchte.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Auf Pump!)

Sie wollen die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur weiter ausbauen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie nicht?)

die steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ausbauen, Lebenspartnerschaften der Ehe gleichstellen. Sie wollen Barrierefreiheit in allen Bereichen und die Gebäudesanierung ausbauen. Das sind alles gute Ideen, aber wie finanzieren Sie das bei gleichzeitiger Haushaltssanierung?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, eben! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage des Kollegen Pröfrock?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja, bitte schön.

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Ministerpräsident, Sie haben dargestellt, dass Sie einen Brief geschrieben haben. Ich kenne das von Parteitag so, dass man Änderungsanträge stellt. Wie viele Änderungsanträge haben Sie auf dem Bundesparteitag der Grünen gestellt?

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was soll denn diese Frage?)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Jede Menge, Herr Kollege. Jede Menge Änderungsanträge haben wir eingebracht, und die sind in das Programm eingearbeitet worden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Ein Beispiel! – Unruhe)

– Es ist wirklich hochinteressant, dass sich jetzt schon andere Parteien darum kümmern, welche Anträge wir auf unseren Parteitag einbringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wenn Sie schon Briefe schreiben!)

Aber bitte, wenn es Sie interessiert, kann Ihnen sicherlich jemand haargenau verklickern, welche Anträge da von uns eingebracht worden sind.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wissen Sie es nicht, oder was?)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Darüber hinaus – ich komme zur FDP zurück – fordern Sie die Erhöhung der Freibeträge für Kapitalerträge und weitere dramatische Steuererleichterungen. Sie steigern die Ausgaben, senken die Einnahmen und wollen den Haushalt konsolidieren: Wie wollen Sie das machen?

(Abg. Peter Hauk CDU: So wie Schäuble!)

Wir sagen aber, was wir wollen, wir sagen, was es kostet, und wir sagen, wie es finanziert werden soll.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt schauen wir uns einmal diese angeblich so dramatischen Steuererhöhungen an. Dabei wird man sehen, dass das, was Sie hier veranstalten, ein ziemlicher Sturm im Wasserglas ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum schreiben Sie dann Briefe?)

Spitzensteuersatz: Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 % macht Sinn.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Wir haben das ausdrücklich so gestaltet, dass eine erhebliche Anhebung des Grundfreibetrags um rund 400 € vorgesehen ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Erheblich! Bei einem Einkommen von 50 000 €!)

Wissen Sie, was das bedeutet? Ich sage Ihnen jetzt, was das bedeutet.

(Zuruf von der CDU: Ja, was?)

Ohne diese Anhebung läge das Aufkommen bei 6,7 Milliarden €. Mit dieser Anhebung liegt es aber nur bei 4,1 Milliarden €. Daran sehen Sie, dass über 2 Milliarden € in die Entlastung eingehen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Entlastung! Entlastung von der Steuererhöhung!)

bis der Spitzensteuersatz überhaupt zu wirken beginnt. Das heißt – die Kollegin Aras hat das ja schon gesagt –: Die Erhöhung betrifft gerade einmal 7 % der Einkommensteuerzahler, nämlich die Spitzenverdiener.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist einfach eine Tatsache. Das heißt, der absolute Großteil der Bevölkerung wird davon überhaupt nicht betroffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Das ist nicht wahr! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Allerdings – auch das hat Ihnen die Kollegin Aras schon gesagt – darf man dabei das Bruttoeinkommen nicht mit dem steuerpflichtigen Einkommen verwechseln.

(Zurufe von der CDU)

Man darf auch nicht Grenzsteuersätze mit den Durchschnittssteuersätzen verwechseln. Bei einem Single mit einem Brut-

toeinkommen von 90 000 € erhöht sich der Durchschnittssteuersatz von 30,3 auf 31,6 %.

(Abg. Manfred Groh CDU: Und der Spitzensteuersatz?)

Also, meine Damen und Herren, bleiben wir doch bitte einmal auf dem Teppich. Man sieht schon am Gesamtaufkommen, das erzielt wird, dass das Ganze gar nicht so gewaltig ist.

(Zuruf von der CDU: Warum machen Sie es dann? – Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Winfried Mack CDU)

Deswegen können Ihre Rechnungen gar nicht stimmen.

Jetzt kommen wir zum Ehegattensplitting. Durch das Ehegattensplitting haben Verheiratete in Deutschland bisher im Durchschnitt einen Steuervorteil von etwas über 1 600 €.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist eine beträchtliche Steuerentlastung und eine Steuerbevorteilung, die in vielen Fällen unberechtigt und auch ungerecht ist. Deswegen wollen wir das abschmelzen und durch eine Kindergrundsicherung ersetzen – das lassen Sie nämlich weg – und zugleich in Institutionen investieren.

Das heißt, wir haben einen Familienbonus, der tatsächlich denen zugutekommt, die als Familie finanzielle Belastungen auf sich nehmen, also nicht nur durch den Trauschein Steuern sparen. Wir wollen deswegen weg von einer unnötigen Bevorteilung von Verheirateten hin zu einer notwendigen Unterstützung derjenigen, die Verantwortung für Kinder übernehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

40 % derer, die vom Ehegattensplitting profitieren, haben überhaupt keine Kinder, und 30 % derer, die Kinder haben, nämlich die Alleinerziehenden, haben überhaupt nichts von diesem Vorteil. Das ist etwas, was wir korrigieren wollen, indem wir in die notwendigen Infrastrukturen investieren und zugleich mit der Einführung der Kindergrundsicherung etwas für die Familien tun.

Das ist also das, worum es geht.

Zur Vermögensabgabe: Wir haben eine enorme Verschuldung; die ist bekannt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und Sie erhöhen sie noch!)

Hinzu kommen weitere Risiken aus der Bankenrettung und Ähnlichem mehr. Deswegen wollen wir eine Vermögensabgabe einführen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Da unterscheidet sich unsere Position von der der Sozialdemokraten. Die wollen eine Vermögensteuer. Da besteht also ein Unterschied zwischen den Parteien.

Belastet werden sollen Menschen, die über ein Vermögen von über 1 Million € verfügen. Über zehn Jahre verteilt sollen die-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

se jährlich 1,5 % ihres Vermögens zahlen. So können wir die Schulden erheblich reduzieren.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Für Betriebsvermögen wird ein Freibetrag von 5 Millionen € gewährt. Zusätzlich wird die Abgabe auf maximal 35 % des Ertrags der Unternehmen begrenzt.

Jetzt muss man schauen – das ist auch Inhalt unseres Briefes –, dass die Ausgestaltung nachher im Detail sachgerecht erfolgt, damit die Ziele, die wir in dem Brief formuliert haben – etwa dass Betriebe nicht überlastet werden dürfen –, erreicht werden können. Das ist der Sinn des Vorhabens. Das alles machen wir nicht aus Jux und Tollerei. Wir wollen den Menschen nicht zusätzliche Steuern aufbürden, weil wir lustig sind, sondern wir müssen drei Ziele erreichen: Wir müssen die Schuldenbremse einhalten, wir müssen investieren,

(Abg. Peter Hauk CDU: Machen Sie doch mal was!)

und wir müssen konsolidieren. Darum geht es; aber das wollen Sie jetzt nicht hören.

(Abg. Winfried Mack CDU: Doch!)

Allein im Land haben wir einen Sanierungsstau von 4 Milliarden € bei Hochschulen und Unikliniken und von 12 Milliarden € im Bereich der Bundes- und Landesstraßen. Bei den Schienenverkehrswegen – das haben wir beim Generalverkehrsplan gesehen – brauchten wir 10 Milliarden €, 1 Milliarde € haben wir. Das sind alles Tatsachen. In Deutschland wird zu wenig investiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Klaus Herrmann CDU: In Stuttgart 21 wird investiert!)

Meine Damen und Herren, mir ist völlig klar, unsere mittelständische Wirtschaft muss investieren können. Sie befindet sich in einem harten globalen Wettbewerb.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Die Unternehmen müssen viel in Forschung und Entwicklung investieren können. Sie brauchen eine gute Eigenkapitalausstattung,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

um in diesem harten globalen Wettbewerb bestehen zu können.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ist das ein Antrag?)

Deswegen verstehe ich, dass aus der Wirtschaft erst einmal Proteste gegen solche Steuererhöhungspläne kommen. Ich habe dafür Verständnis.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gehört werden heißt nicht erhört werden!)

Aber wohin ich auch immer komme – gerade bei der Wirtschaft –, höre ich die harten Ansagen, dass wir z. B. bei der Verkehrsinfrastruktur mehr machen müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Egal, in welchen Landkreis ich komme, egal, zu welcher IHK ich komme, überall höre ich diese Wünsche.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Weiß Herr Herrmann das auch?)

Wir hören, dass Stuttgart jetzt zur Stauhauptstadt der Republik wird und Ähnliches mehr. Ich muss mit Unternehmern sogar Einzelgespräche führen, wenn es darum geht, ihre Betriebe richtig an die Verkehrsinfrastruktur anzubinden.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Überall höre ich Wünsche. Diese Wünsche sind zum großen Teil durchaus berechtigt und nachvollziehbar.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Ich höre dieselben Wünsche, was unsere Bildungsinfrastrukturen betrifft. Ich höre auch Ihre Wünsche nach mehr Ganztagschulen. Man benötigt bundesweit etwa 10 Milliarden €, um das zügig durchzuplanen. Das sind die Wünsche, und auch das muss ich berücksichtigen, wenn ich etwas für unseren Mittelstand und unsere Wirtschaft tun möchte. Das gehört ebenso dazu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie fordern in Ihrem Wahlprogramm eine Aufstockung von Forschungsförderprogrammen bei den Unternehmen um 5 % jährlich. Wie soll man das ohne zusätzliche Mittel finanzieren? Das müssen Sie uns einmal erzählen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Das sagen sie nicht!)

Der Ruf nach gut ausgebildeten Fachkräften, nach einer breit aufgestellten Forschungslandschaft und Innovationsförderung, nach einer exzellenten Verkehrsinfrastruktur verlangt Investitionen in Milliardenhöhe. Dieses Geld fällt nicht vom Himmel. Dieses Geld kommt vom Staat, und der Staat kann es nur durch Steuereinnahmen generieren. Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind doch gegen neue Straßen!)

Wir müssen diesen Spagat schaffen, zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren, dabei unseren Mittelstand nicht zu überlasten und die Schuldenbremse einzuhalten. Diesen Spagat muss man hinbekommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben doch die Schuldenbremse in Baden-Württemberg abgeschafft! Stimmt doch alles nicht, was Sie sagen!)

Das versuchen wir ganz ernsthaft. Wir wissen, dass das nicht einfach ist und dass es hinterher in den Details noch erheblicher Nachsteuerung bedarf. Diese ist gewährleistet; dies werden wir auch so machen.

Ich will Ihnen eines noch sagen: Auch in einer Partei muss man Kompromisse machen. Das ist nun einmal so.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: So weit denkt die CDU nicht!)

Solche Kompromisse habe ich gemacht, und zu diesen Kompromissen stehe ich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Anders funktioniert innerparteiliche Demokratie nicht; das ist nicht nur in meiner Partei so, sondern das ist in anderen Parteien auch so. So ist eben die Welt. So funktioniert die Demokratie; solche Kompromisse muss man machen, und die habe ich gemacht. Ich habe rechtzeitig interveniert, und ich habe das erreicht, was zu erreichen war. Insofern stehe ich zu diesen Kompromissen und wackele da nicht groß herum.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn Sie jetzt jedes Wort auf die Goldwaage legen wollen, dann sage ich Ihnen: Natürlich ist eine solche Balance nicht vollkommen. Etwas anderes habe ich überhaupt nicht gesagt. Aber wenn Sie meinen, Sie seien in der Lage, vollkommene Balancen herzustellen, dann sind wir sehr gespannt, welche Antworten Sie gleich geben werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Gut!)

In den Wahlkampf zu ziehen und zu sagen: „Wir machen keine Steuererhöhungen“, ist das Allereinfachste. Aber auf die Fragen, wie der Haushalt konsolidiert wird und wie die Wünsche erfüllt werden können, geben Sie dann bitte auch eine Antwort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sind sehr auf Ihre Balance gespannt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und zwar auf die vollkommene Balance!)

Jedenfalls müssen wir versuchen, eine Balance hinzubekommen. Wir brauchen ein starkes Gemeinwesen mit guten Infrastrukturen bei der Kinderbetreuung, bei der Bildung und in unserer Forschungslandschaft; wir brauchen eine gute Verkehrsinfrastruktur und gute Strukturen auch in allen anderen Bereichen.

Wir müssen auch für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sorgen. Das versuchen wir mit großem Ernst. Der Mittelstand und die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass die Landesregierung dies so tun wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort nun Herrn Kollegen Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Ratlosigkeit des Ministerpräsidenten kommt zum Ausdruck, dass er an die Kraft einer sozialökonomischen Marktwirtschaft nicht glaubt. Höhere Steuereinnahmen erzielt man nicht durch Steuererhöhungen, sondern man erzielt sie dadurch, dass man die steuerlichen Rah-

menbedingungen so gestaltet, dass sich Wettbewerb entfalten kann, dass höhere Einkommen sowie höhere Gewinne generiert werden, sodass sich automatisch auch bei gleichbleibenden Steuersätzen höhere Steuereinnahmen erzielen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ja lächerlich! 4 Milliarden € mehr?)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal die letzten vier Jahre an. Vor vier Jahren lag das Steueraufkommen in Deutschland bei jährlich 500 Milliarden €. Heute, vier Jahre später, sind es 600 Milliarden € – ohne eine einzige Steuererhöhung. Für das Jahr 2017 wird ein Steueraufkommen von 700 Milliarden € prognostiziert – ohne Steuererhöhungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das kommt auf die Wirtschaftskraft an!)

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich daneben auch den Haushaltskonsolidierungskurs des Bundes an. Vor vier Jahren, in der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise, betrug die Neuverschuldung 80 Milliarden €.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aber hallo!)

Heute liegt die Neuverschuldung bei 7 Milliarden €; für das nächste Jahr wird ein ausgeglichener Haushalt erwartet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sagen Sie einmal etwas über die Steuereinnahmen!)

Herr Kollege Dr. Schmid, Haushaltskonsolidierung schafft man dadurch, dass man zusätzliche Einnahmen nicht verbrät und konsumiert, sondern dadurch, dass man mit ihnen den Haushalt konsolidiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Investitionen in den Straßenbau sind nötig! Das ist doch nicht „Geld verbraten“!)

Meine Damen und Herren, deshalb sind wir schon über einiges verwundert, was Sie, Herr Ministerpräsident, hier gesagt haben. Jetzt wollen wir einmal schauen, wie es sich tatsächlich verhält. Was steht im grünen Wahlprogramm, an dem Sie mitgewirkt haben und zu dem Sie offensichtlich Änderungsanträge gestellt haben, die angeblich eingearbeitet wurden? Wir finden diese Anträge aber nicht.

Ich beziehe mich einmal auf die Aussage von Jürgen Trittin in den „Tagesthemen“ am 26. April. Er sagte – ich zitiere, Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis –:

Ich muss mich über manche öffentlichen Diskussionen wundern. Es gibt hier auf diesem Parteitag keinen einzigen Antrag, der möchte, dass wir die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zurücknehmen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Es gibt keinen einzigen Antrag, der dafür plädiert, dass die von uns im Bundestag übrigens einstimmig eingebrachte Vermögensabgabe zurückgenommen wird.

So viel zum Thema Substanzbesteuerung.

(Peter Hauk)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das kann doch gar nicht sein! – Weitere Zurufe)

Das heißt,

– so Jürgen Trittin –

da wird geredet, aber niemand will ernsthaft die Beschlusslage der Grünen zurücknehmen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ah ja! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Und es freut mich,

– so Trittin weiter –

dass diese Punkte mit riesigen Mehrheiten, um nicht zu sagen einstimmig, durchgehen werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das wird uns jemand erklären müssen!)

Ich verstehe Ihre Aussagen, Herr Ministerpräsident Kretschmann, nicht; denn Sie hatten ja vorhin gesagt, Sie hätten jede Menge Änderungsanträge eingebracht, die alle in das Programm eingearbeitet worden seien.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ach ja!)

Meine Damen und Herren, noch einmal zum Thema Spitzensteuersatz. Ich habe vorhin dargelegt: Das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen in Baden-Württemberg im Jahr 2012 beläuft sich auf 52 000 €. Sie haben recht: Wenn man die Freibeträge abzieht, die Sie mit Ausnahme des Werbungskostenfreibetrags weitgehend abschaffen wollen

(Zuruf von den Grünen: Was?)

– ja, so ist es; Sie müssen sich schon dazu bekennen –, dann trifft es im Durchschnitt fast jeden, tatsächlich aber etwa ein Drittel aller Einkommensbezieher, die Einkommen nicht über Transfereinkommen erhalten – sprich Rente oder Hartz IV –, sondern Arbeitseinkommen erwirtschaften – ein Drittel in Baden-Württemberg. Da zu sagen, das sei nur ein kleiner Randbereich – das seien die sogenannten Reichen –, ist schon Demagogie und Hohn.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Man muss sich einmal vergegenwärtigen, was das Wort Spitzensteuersatzerhöhung bedeutet. Dann kommt die Vermögensabgabe von 1,5 % auf die Substanz – Betriebsvermögen wie Privatvermögen.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

– Mit einem Freibetrag von 1 Million €.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Muhterem Aras: 5 Millionen €!)

Nach der Vermögensabgabe, die Sie zehn Jahre erheben wollen, wollen Sie die Vermögensteuer einführen. Dann wollen Sie die Grundsteuer am Verkehrswert, am Marktwert orientieren und nicht mehr am Einheitswert.

Meine Damen und Herren: Die Grünen, der neue Mieterschreck in Stuttgart! Am Verkehrswert, am Marktwert orientiert wird die Höhe der Grundsteuer entsprechend steigen. Der Eigentümer als Vermieter wird die Grundsteuer auf die Mieter umlegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist das Leben!)

Sie wollen die Abgeltungsteuer – Stichwort Kapitalertragsteuer – deutlich erhöhen. Wenn man sieht, dass etwa 30 % bis 40 % des Privatvermögens immer noch auf Sparbüchern lagern, heißt das bei einer derzeitigen Verzinsung von 0,5 % oder weniger: Sie treiben die Menschen in eine Vermögensentwertung. Das Vermögen wird schon jetzt entwertet. Sie treiben sie weiter in die Entwertung hinein, wenn Sie für die geringen Kapitalerträge aus Sparbüchern und anderen Vermögensanlagen die Kapitalertragsteuer erhöhen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie wollen die Beitragsbemessungsgrenze bei der Krankenversicherung im Rahmen Ihrer Bürgerversicherung – alle Handwerker, alle Selbstständigen, alle Beamten müssen dort einzahlen, was verschwiegen wird – von derzeit 47 000 € auf zukünftig 65 000 € erhöhen. Das bedeutet im Extremfall eine Mehrbelastung von über 2 000 € für die Bezieher der Einkommen zwischen 47 000 € und 65 000 €. Hinzu kommt, dass beide Ehegatten krankenversicherungspflichtig werden. Das heißt, es gibt keine Mitversicherungsmöglichkeit mehr. Wenn diese aber entfällt, erwachsen daraus weitere Belastungen.

Ich kann fortfahren: Dann kommt die Hubraumsteuer für Dienstwagen. Bei der Gewerbesteuer sollen Zinsen und Mieten einberechnet werden; dadurch erhöht sich diese.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Verlierer – jetzt kommen wir wieder zu den Zahlen; die Rechnung stammt nicht von mir, sondern vom Institut der deutschen Wirtschaft – ist bereits, wer in Baden-Württemberg ein Einkommen von 4 800 € brutto im Monat erzielt. Das ist das wahre Gesicht der grünen Ideologie, der grünen Steuerorgien, die Sie hier beschreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, mit all dem werden Sie Ihrer Philosophie gerecht – Sie haben es selbst gesagt –: Der Staat muss handeln. Ihr Verständnis ist ein Staatsverständnis. Sie vertrauen nicht auf Wettbewerb und Innovation, sondern Sie vertrauen einzig und allein darauf, dass der Staat die nötigen Investitionen für die Rahmenbedingungen tätigen muss. Damit begreifen Sie Steuern als Mittel zum Steuern, als Mittel zur Lenkung und Bevormundung. Das ist ein gigantisches, gewaltiges Erziehungsprogramm, ein Umerziehungsprogramm, das Sie uns mit dem grünen Wahlprogramm in Baden-Württemberg und in Deutschland zumuten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine Damen und Herren, der importierte Orangensaft soll höher besteuert werden, auch die Milch soll höher besteuert werden, weil die Landwirtschaft mit Viehhaltung ja ökologisch bedenklich ist.

(Peter Hauk)

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Auch Fast Food soll höher besteuert werden, die Schnittblumen, die aus dem Ausland importiert werden, sollen höher besteuert werden, die Dienstwagen sollen höher besteuert werden, das Fleisch soll höher besteuert werden.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Unruhe)

– Herr Ministerpräsident, vielleicht haben Sie es nicht gelesen, aber ich entnehme das alles Ihrem Programm, das Sie vor Kurzem verabschiedet haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt dann Umweltabgaben auf Plastiktüten und dergleichen mehr. Das heißt, Sie lenken und wollen die Menschen nach Ihrem Bild nicht freiheitlich ihr Umfeld gestalten lassen, sondern wollen sie bevormunden. Das ist ein Umerziehungsprogramm, das es noch nicht gegeben hat.

(Vereinzelt Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, dann muss man auch die Frage stellen: Stimmt das überhaupt?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Stimmt es, dass Sie die zusätzlichen Milliarden, wie Sie vorher behauptet haben, wirklich für Bildung und Infrastruktur sowie für den Schuldenabbau ausgeben wollen? Ist diese Annahme überhaupt richtig? Auch dazu liefert Ihr Wahlprogramm die Antwort. Das Wahlprogramm sagt aus: Grundsicherung 5 Milliarden €, geschätzt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wollen Sie die nicht?)

– Das ist jetzt eine gute Frage, ob wir das nicht wollen. Das ist die garantierte Einheitsrente, die Mindestsockelrente. Sie sind bereit, dafür zunächst einmal 5 Milliarden € auszugeben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es geht um die Grundsicherung der Kinder!)

Dann kommen Sie mit der Grundsicherung für Kinder, Kostenpunkt wahrscheinlich 14 Milliarden €.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Dann kommt das Thema Infrastruktur, das Sie gar nicht ansprechen. Davon ist überhaupt nichts zu finden. Auch von Bildung ist überhaupt nichts zu finden, nirgendwo.

(Widerspruch der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Nein, das steht einfach nicht drin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bildung ist Ländersache!)

In puncto Ausgabenziele steht gar nichts drin. Für den sozialen Konsum gibt es sogar Berechnungen der Grünen, wonach hierfür rund 60 Milliarden € ausgegeben werden sollen. Meine Damen und Herren, wo wollen Sie es denn ausgeben? Denn nicht einmal Ihr grüner Minister hier im Land ist bereit, für

Straßenbau, für Verkehrsinfrastruktur, für Schienenverkehrswege Geld auszugeben. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer hat denn die Sanierungsmittel für die Landesstraßen verdoppelt, Herr Hauk? Sie oder wir? Meine Güte!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ferner wollen Sie die 450-€-Jobs abschaffen, wahrscheinlich als besonderes „Förderinstrument“ für Handel, Gastronomie und Tourismus in Baden-Württemberg. Auch das kommt hinzu.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

– Das ist Ihre Absicht; so steht es drin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man all dies betrachtet, sieht man: Sie sind nicht, wie Sie von sich selbst sagen, ein „Robin Hood“, der an die Reichen herangeht und umverteilt, damit der Staat seine notwendige Infrastruktur bezahlen kann, sondern Sie sind der Sheriff von Nottingham, der den Leistungsträgern dieser Gesellschaft in die Kasse greift, der sie regelrecht ausraubt und der ihnen auch noch vorschreiben will, wie sie zu leben haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: „Ausraubt“!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern bleibt festzustellen, dass Sie das, was Sie in Ihren Briefen vorher angekündigt haben – – Der Herr Finanzminister hat stolz daraus zitiert. Er hat mitgeteilt, was er alles an Lobesschreiben bekommen habe. Wir hätten uns darüber ja gefreut, aber wir fragen, Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister: Wo sind Ihre Taten?

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir alle wissen, dass Taten sich nicht nur im Handeln einer Regierung niederschlagen, sondern dass für das Handeln einer Regierung ein Stück weit auch Parteitagsbeschlüsse maßgeblich sind. Wir hätten erwartet, dass Sie dort Ihre Taten zeigen, dass Sie dort sprechen und dass Sie sich nicht zwei Tage in Berlin aufhalten und dort nur schweigen und am Ende Lob über die gefundene „ordentliche“, „richtige“ Balance, wie Sie es genannt haben, ausschütten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war nur „Berliner Luft“!)

Meine Damen und Herren, wir stellen fest, dass dies nicht das erste Mal war, dass Sie, Herr Ministerpräsident, umgefallen sind oder Ihre Meinung am Ende nicht zählt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie hat nichts gezählt beim Filderdialog. Sie haben die Menschen ausdrücklich ermuntert, sich zu beteiligen, und das Ergebnis haben Sie verworfen. Ihre Meinung hat nichts gezählt beim Thema „Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen“; dies konnten Sie in Ihrer Partei und beim Koalitionspartner nicht durchsetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

(Peter Hauk)

Sie hat nichts gezählt beim Thema Stuttgart 21, einem Projekt, das Ihr Verkehrsminister vermutlich noch immer taktisch blockiert.

(Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Vermutlich ist er deswegen gerade wieder nicht da!)

Von einer echten Akzeptanz einer Volksabstimmung kann nicht die Rede sein.

Den vorläufigen Höhepunkt liefern Sie jetzt mit Ihrem Wackelkurs beim Thema Steuererhöhung.

Der „Spiegel“ hat Ihr Verhalten nach dem Parteitag der Grünen, wie ich meine, treffend kommentiert. Frau Präsidentin, ich zitiere abschließend:

Doch Kretschmann hat an diesem Wochenende in Berlin gezeigt, dass er ein ziemlich mittelmäßiger Politiker ist – und auch kein besonders ehrlicher. Er hat den Rebellen gegeben, aber den Aufstand weder richtig geprobt noch ihn zu Ende geführt. Er hat sich als Heckenschütze aufgeführt – der aber letztlich nur mit Platzpatronen feuerte.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Süß! Das ist ja süß! – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch zwölf Sekunden!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Ministerpräsident, meinen Dank dafür, dass Sie hier an dieser Stelle das Wahlprogramm der Grünen erläutert

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und ein klares Bekenntnis abgegeben haben. Ich erkenne das durchaus an. Anders als Ihr Finanzminister, der sich um das Thema „Wahlprogramme von Grün und Rot“ herumgedrückt hat,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

haben Sie eine klare Position bezogen. Sie haben – ich zitiere – gesagt:

... zu diesen Kompromissen stehe ich.

Sie haben deutlich gemacht, dass Sie das, was der Parteitag der Grünen beschlossen hat, auch vertreten. Somit sind wir einen deutlichen Schritt weiter. Sie haben erläutert, was auf dem Parteitag beschlossen wurde, und Sie haben dargelegt, warum Sie diese Beschlüsse für richtig halten und was Sie sozusagen in der Folge dieser Beschlüsse umzusetzen gedenken.

Damit haben wir Klarheit im Landtag von Baden-Württemberg, aber auch Mittelstand und Mittelschicht haben diese Klarheit. Ich kann nur hoffen, dass jetzt das, was am heutigen Tag gesagt wurde, gilt und dass Sie nicht bei nächster Gelegenheit vor Wirtschaftsvertretern wieder anders reden. Ich denke, die Protokolle des heutigen Tages sind dann aktenkundig.

Ich halte das, was Sie erläutert haben, für falsch. Aber immerhin ist es eine klare Position, auf deren Basis sich die Menschen in diesem Land bei der Bundestagswahl entscheiden können. Sie wie auch die Kollegin Aras haben erklärt, im Grunde sei von Ihren Plänen kaum jemand betroffen; sie betreffen höchstens 7 % der Bevölkerung.

(Zuruf: 9 %!)

Frau Kollegin Aras hat uns vorgerechnet, dass praktisch gar kein Unternehmen in Baden-Württemberg mehr als 50 000 € Ertrag habe.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das sind die Zahlen des Bundesfinanzministeriums! Kann ich Ihnen gern schriftlich geben! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Meine Damen und Herren, entweder es ist so, wie Sie behauptet haben – dann stelle ich mir aber die Frage, warum Sie die Beschlüsse treffen, wenn gar nichts dabei herauskommt –,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

oder es ist so, wie es andere berechnet haben, dass nämlich wesentlich mehr Unternehmen und wesentlich mehr Leistungsträger unserer Gesellschaft von diesen Beschlüssen betroffen sind.

Noch einmal: Ich habe vorhin, in meinem ersten Redebeitrag, überhaupt keine eigene Berechnung, überhaupt keine Berechnung vonseiten der FDP vorgelegt. Ich habe nur Ihre eigenen Leute zitiert: Sigmar Gabriel, Frau Scheel,

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Sie haben auch keine eigenen Vorschläge gemacht!)

Herrn Oberbürgermeister Palmer. Außerdem habe ich Steuerexperten zitiert. Diese Leute – nicht ich, nicht die FDP und auch nicht die CDU – haben Ihnen vorgerechnet, welche Konsequenzen die Beschlüsse haben, die Sie auf Ihrem Parteitag verabschiedet haben.

Es ist jetzt klar: Der Ministerpräsident bekennt sich ganz klar zu diesen Beschlüssen. Man wird sehen, wen sie betreffen und in welchem Maß diese Beschlüsse auf die Menschen und die Unternehmen, insbesondere den Mittelstand in unserem Land, wirken.

Sie haben dann, Herr Ministerpräsident, die Frage gestellt: Wie soll das funktionieren, was die FDP beschlossen hat? Wie soll es funktionieren, ohne Steuererhöhungen politische Programme umzusetzen? Herr Ministerpräsident, Kollege Hauk hat es Ihnen vorgerechnet. Vor vier Jahren haben sich die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen noch auf eine Größenord-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

nung von 500 Milliarden € belaufen. Aktuell, im Jahr 2012, waren es 617 Milliarden € an Steuereinnahmen der öffentlichen Hand, und, Herr Ministerpräsident, das ganz ohne Steuererhöhungen, wenn man einmal von der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes absieht, die Sie vorgenommen haben; diese fällt gesamtstaatlich jedoch nicht ins Gewicht.

Es ist eben ein Irrglaube, zu denken, man könne die Einnahmen des Staates nur und am besten dadurch erhöhen, dass man die Steuersätze immer weiter hochschraubt. Graf Lambsdorff wusste früher schon: Wer glaubt, dass höhere Steuersätze automatisch zu Steuermehreinnahmen führen, der glaubt auch, dass ein Zitronenfalter Zitronen faltet. Meine Damen und Herren, das ist einfach nur Unfug.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es war Gerhard Schröder, es war Rot-Grün, die vor etwa zehn Jahren den Spitzensteuersatz gesenkt haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Warum haben Sie denn den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 % gesenkt?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war gut so!)

Warum sind die Steuereinnahmen in den folgenden Jahren nicht gesunken, sondern gestiegen?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Der Grund liegt doch offen auf der Hand. Meine Damen und Herren, die Steuereinnahmen sind deshalb gestiegen, weil wir Wachstum haben, weil wir aktuell 42 Millionen Menschen in Beschäftigung haben –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

so viel wie nie zuvor –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

weil die Arbeitslosenquote bei einem Wert liegt, von dem man vor zehn Jahren nur träumen konnte. Es ist doch deutlich geworden, dass eine wachstumsbelebende Politik in diesem Land letztlich dazu führt, dass auch die Steuereinnahmen steigen und dass man dann beispielsweise die Investitionen in die Infrastruktur, die Sie zu Recht gefordert haben, auch umsetzen kann.

Es ist ein Irrglaube, zu denken, dass dann, wenn man die Steuern erhöht, die Einnahmen sprudeln, man höheres Wachstum hat, die Leute freudig leisten und der Mittelstand dann nicht abwandert. Das Gegenteil ist der Fall: Wir brauchen ein wirtschaftsfreundliches Klima in diesem Land. Ich sage das voller Anerkennung für die damalige politische Leistung. Die Agenda 2010 der Regierung Schröder war ein Beitrag dazu, aber das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung war auch ein Beitrag dazu. Die Menschen wurden entlastet, sie wurden nicht zusätzlich belastet.

Deshalb ist es, glaube ich, ein durchaus richtiges und zielführendes politisches Programm, wenn Union und FDP sagen: Wenn diese Bundesregierung in der gleichen Konstellation

fortgesetzt wird, gibt es keine neuen Belastungen für die Menschen. Dann werden wir auch weiterhin Wachstum haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es ist richtig, Herr Ministerpräsident: Sie haben diese Steuererhöhungen bereits im Koalitionsvertrag angekündigt. Das, was im Koalitionsvertrag steht und was Sie zitiert haben, führt ganz eindeutig in die Richtung, dass man die Einführung einer Vermögensteuer will. Man will eine Vermögensteuer. Jetzt erklären Sie und erklärt auch Ihr Koalitionspartner immer: Wir machen die Vermögensteuer so, dass die Wirtschaft nicht belastet wird. Das, was der Grünen-Parteitag beschlossen hat, ist schon etwas anders. Wir haben heute schon gehört, dass Herr Gabriel das auch gemerkt hat.

Sie sagen, das Eigenkapital des Mittelstands werde verschont. Aber, Herr Ministerpräsident, die Vermögensabgabe, die der Grünen-Parteitag beschlossen hat, und auch die folgende Vermögensteuer verschonen eben nicht das Eigenkapital des Mittelstands. Da können Sie an Lyrik in Ihre Präambel hineinschreiben, was Sie wollen.

Sie haben heute hier erklärt, die Ausgestaltung dessen, was da beschlossen wurde, sei offen. Herr Ministerpräsident, vieles in diesem Parteitagsschluss der Grünen ist sehr konkret – Sie haben es ja auch zitiert –, beispielsweise die Begrenzung auf 35 % beim Betriebsvermögen, die Sie der Wirtschaft sozusagen als Bonbon gewähren wollen. Das ist eben keine Verschonung, sondern das wird in der Praxis sehr eindeutig zu Belastungen führen. Das steht heute schon fest. Das ist eine ganz konkrete Aussage Ihres Parteiprogramms, meine Damen und Herren.

Sie reden immer von der roten Linie. Sie reden davon, dass es einen Unterschied gebe zwischen dem, was auf Parteitag beschlossen wird, und dem, dem Sie dann im Bundesrat zustimmen würden. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie an dieser Stelle deutlich machen, wo Sie im Bundesrat nicht zustimmen. Die SPD hat in der Vergangenheit – auch schon auf dem Parteitag – immer erklärt: „Wir stimmen dann nicht zu, wenn eine Vermögensteuer möglicherweise Unternehmen belastet.“ Alles, was wir bisher von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wissen – das haben wir am Beispiel Erbschaftsteuer auch wieder gesehen –, ist, dass eine Differenzierung zwischen betrieblichem Vermögen und privatem Vermögen verfassungswidrig ist. Deshalb werden Sie diese Vermögensteuer nicht hinbekommen.

Deshalb hätten wir uns von vornherein schon Ihre Ablehnung gewünscht oder zumindest im SPD-Programm ein klares Bekenntnis: Wenn das Bundesverfassungsgericht die Vermögensteuer nicht zulässt, dann wird es keine Vermögensteuer geben. Das haben Sie hier an dieser Stelle versprochen. Im SPD-Programm steht anderes. Da stehen Gummiparagrafen drin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das haben alle gesagt in der Zwischenzeit!)

– Sagen kann man viel, Herr Drexler.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das merkt man an Ihnen!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sagen kann man viel; entscheidend ist, was schwarz auf weiß in Ihrem Programm steht. In Ihrem Programm, Herr Drexler, steht halt etwas anderes als das, was Sie hier immer erzählen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dasselbe gilt für die roten Linien und die Lyrik des Ministerpräsidenten. Denn mit dem, was in Ihrem Grünen-Parteiprogramm steht, ist eindeutig klar, dass Ihre Vermögensabgabe eben doch den Mittelstand belastet, dass sie zu einer Belastung der Wirtschaft in Baden-Württemberg führt. Sonst hätten Sie beispielsweise dieses 35%-Ziel anders fassen müssen. Dazu ist kein Änderungsantrag von Ihnen auf dem Grünen-Parteitag bekannt.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Menschen in Baden-Württemberg wissen jetzt, was sie im Fall eines rot-grünen Wahlsiegs erwartet

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eines roten auch!)

an steuerlichen Maßnahmen im Bereich der Einkommensteuer, der Vermögensteuer und insbesondere auch der Erbschaftsteuer. Da freuen sich die baden-württembergischen Mittelständler, die Familienunternehmen ganz besonders. Dann, Herr Finanzminister, wollen wir einmal sehen, welche Briefe Sie von den Wirtschaftsvertretern bekommen. Heute finden Sie ja noch einzelne Sätze, die Sie hier zitieren können; den Rest lassen Sie weg. Aber dann werden Sie wahrscheinlich auch solche einzelnen Sätze nicht mehr finden. Ich glaube, es herrscht jetzt Klarheit. Der Bundestagswahlkampf kann kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Frau Vorsitzenden! Der Fraktionsvorsitzenden!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Wähler wissen, was sie erwartet, wenn sie die Grünen wählen. Was sie erwartet, wenn sie die FDP wählen würden, wissen sie nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Das wussten sie bei der letzten Wahl nicht, und bei dieser Wahl wissen sie es auch nicht. Vor der letzten Wahl hatten Sie sehr vieles versprochen. Sie hatten versprochen, sich an die Reform der Grundsteuer, der Grunderwerbsteuer zu machen. Sie wollten die Einkommensteuer einfacher und gerechter machen.

All das ist nicht passiert. Fehlanzeige!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Alles auf Papier geschrieben! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit wann ist denn die Grunderwerbsteuer Bundessache?)

Nichts ist passiert. Das Einzige, was passiert ist, Herr Kollege Rülke, ist, dass Sie bei der Mehrwertsteuer eine weitere Ausnahme geschaffen haben, nämlich einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gegen eine Spende!)

Das ist das Einzige, was Sie von den vollmundigen Ankündigungen in Ihrem Wahlprogramm hinbekommen haben. Ich finde, das ist ziemlich wenig, um hier große Töne zu spucken, meine Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Da die Wählerinnen und Wähler mittlerweile wissen, dass sie sich nicht darauf verlassen können, dass Sie nach der Wahl das tun, was Sie vor der Wahl versprechen, fallen die Umfrageergebnisse entsprechend aus, meine Damen und Herren. Der Ministerpräsident hat aus Ihrem Bundestagswahlprogramm bereits zitiert, wofür Sie mehr Geld ausgeben wollen: für die Forschungsinfrastruktur, einen schnelleren Internetzugang, moderne Verkehrswege, ein bezahlbares Mobilitätsangebot, bezahlbaren Wohnraum, den Flughafenausbau, Infrastruktur und vieles mehr. In diesen Bereichen wollen Sie mehr Geld ausgeben. Wo Sie mehr Geld einnehmen möchten, sagen Sie nicht. Sie sagen auch nicht, wie Sie den Schuldenabbau, von dem Sie immer sprechen, betreiben möchten. Meine Herren von der FDP, Sie führen die Wählerinnen und Wähler hinters Licht. Das tun wir Grünen nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben den Blick nicht nur auf das Heute gerichtet, sondern wir denken immer langfristig, wir denken in langen Horizonten und langen Linien. Das zeichnet auch das Programm der Grünen aus, meine Damen und Herren. Falls Sie die Umfrageergebnisse gelesen haben, die nach dem Parteitag veröffentlicht wurden, wissen Sie, dass zwei Drittel der Befragten die Steuerpläne der Grünen – wie sie in dem Wahlprogramm dargestellt sind – für unterstützenswert halten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist aber eine Scheininterpretation! – Abg. Peter Hauk CDU: Das heißt, Sie sind auch dafür!)

Zwei Drittel der Befragten haben Zustimmung zu unseren Plänen signalisiert. Daher ist vollkommen klar, dass die Mehrheit in dieser Gesellschaft erkannt hat, dass es so, wie es bisher unter Schwarz-Gelb auf Bundesebene gelaufen ist, nicht weitergehen kann.

(Beifall bei den Grünen)

Die Mehrheit der Bevölkerung hat erkannt, dass wir so nicht weitermachen können, dass nämlich die Lücke zwischen denen, die wenig verdienen, und denen, die sehr viel verdienen, immer größer wird und dass auch die Lücke zwischen denen, die nichts haben oder die Schulden haben, und denen, die sehr vermögend sind, immer weiter auseinandergeht. Das können wir nicht länger hinnehmen; das wollen wir ändern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der OECD-Vergleich zeigt, dass in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich schneller und weiter auseinander-

(Edith Sitzmann)

gegangen ist als in anderen Ländern. Das ist keine gute Grundlage für eine solidarische Gesellschaft, wie wir sie uns wünschen. Daher brauchen wir bei der Verteilung von Einkommen und bei der Verteilung von Vermögen mehr Gerechtigkeit. Die Vorschläge, die wir gemacht haben, werden zu mehr Gerechtigkeit führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will das noch an ein paar Zahlen deutlich machen. Wir stellen fest, dass das verfügbare Jahreseinkommen in Deutschland von 1999 bis 2009 beim ärmsten Zehntel der Bevölkerung um 10 % gesunken und beim reichsten Zehntel der Bevölkerung um 17 % gestiegen ist. Das macht die Situation deutlich. Wir wissen auch hinsichtlich der Vermögensverteilung, dass das reichste Prozent der Bevölkerung über 35 % des gesamten Vermögens verfügt.

Wir finden, dass wir es denjenigen, die über sehr hohe private Vermögen verfügen, zumuten können, einen Anteil am Schuldenabbau zu leisten.

Es geht um den Schuldenabbau, den wir mit der Vermögensabgabe finanzieren wollen. Das halten wir für einen richtigen Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Wer es glaubt!)

Wenn wir über das Thema Schulden reden, kann ich Ihnen auch noch eine Zahl nennen: Die Staatsverschuldung in Deutschland ist unter Schwarz-Gelb von 2008 bis 2011 von 1,6 Billionen € auf über 2 Billionen € gestiegen. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sind wir mittlerweile bei einem Anteil von 81 %. Sie stellen sich dann hin und sagen: „Wir brauchen keine Steuererhöhungen, weil sich das alles schon von selbst regelt.“ Die Politik, die Sie auf Bundesebene gemacht haben, beweist genau das Gegenteil, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Vor Kurzem ist der Mittelstandspreis der Union Mittelständischer Unternehmen verliehen worden.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie wissen, diese Mittelstandsvereinigung vertritt in Deutschland 70 000 mittelständische Betriebe. Preisträger – Herr Hauk, Sie wissen das – war niemand von der CDU, auch niemand von der FDP, Herr Rülke, diesmal leider auch niemand von der SPD – das war im Jahr zuvor der Fall –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie beim Theodor-Heuss-Preis!)

nein, in diesem Jahr war Preisträgerin Kerstin Andreae, Spitzenkandidatin der Grünen in Baden-Württemberg für die Bundestagswahl.

(Abg. Peter Hauk CDU: Bei der Preisverleihung fiel sogar der Ministerpräsident auf!)

Sie hat den Mittelstandspreis für ihren langjährigen Einsatz für den deutschen Mittelstand und eine zukunftsfähige Wirt-

schafts- und Finanzordnung in unserem Land bekommen. Sie hat ihn dafür bekommen, meine Damen und Herren, dass sie Ökologie und Ökonomie immer gemeinsam denkt und Reformen nur zusammen mit den Unternehmen auf den Weg bringt. Genau so werden auch wir es halten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das war der Werbeblock gegen Erler und für Andreae!)

Das, was Sie hier versuchen, wird Ihnen nicht gelingen. Es ist völlig klar, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen den Mittelstand, unser Unternehmertum fest im Blick haben. Wir wissen, der Mittelstand ist das Fundament für Arbeitsplatzsicherheit in Baden-Württemberg, das Fundament für Beschäftigung, für Innovationen, für Wohlstand. Dass unsere Unternehmen so gut aufgestellt sind und ihre Produkte weltweit gefragt sind, das verdient unsere Wertschätzung. Wir werden alles dafür tun, dass die Unternehmen in unserem Land auch in Zukunft gut aufgestellt sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das bedeutet – das ist hier schon mehrfach betont worden, und ich möchte es an dieser Stelle noch einmal sagen –, dass wir sehr genau darauf achten werden, dass unsere Unternehmen in ihrer Substanz nicht beeinträchtigt werden, dass sie in ihrer Substanz in Bezug auf ihr Eigenkapital und ihre Investitionsfähigkeit auch in Zukunft nicht beeinträchtigt werden. Genau das ist das, was wir in unserem Wahlprogramm hervorgehoben haben, das ist das, was der Ministerpräsident und der Finanzminister in ihrem Brief deutlich gemacht haben, und das ist das, wofür wir uns in Baden-Württemberg auch einsetzen werden.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Klaus Maier und Claus Schmiedel SPD)

Für uns geht es um die Verbindung von Gerechtigkeit, Leistungsfähigkeit und Investitionsfähigkeit. Diese drei Ziele Investitionsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit müssen wir zusammen denken, dann wird Baden-Württemberg auch in Zukunft ein erfolgreiches, ein sehr erfolgreiches Bundesland bleiben.

(Beifall bei den Grünen)

Selbstverständlich –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

ich glaube, Sie können sich noch daran erinnern, wie es ist, wenn man in eine Wahl geht, wenn man die Wahl gewinnt und wie der Prozess weitergeht – hoffen wir, dass nach der Wahl SPD und Grüne auf Bundesebene gemeinsam eine Mehrheit haben werden. Dann werden wir in Koalitionsverhandlungen eintreten. Dann wird auch sehr genau verhandelt werden, was wir uns für die nächsten vier Jahre auf Bundesebene im Einzelnen an Reformen vornehmen.

Dabei, meine Damen und Herren, ist eines ganz klar – um noch einmal auf das Thema Vermögen zurückzukommen –: Es wird nicht eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer geben. Es wird eine Einigung geben müssen, wie man auch diejenigen, die über ein hohes Privatvermögen verfügen,

(Edith Sitzmann)

am Abbau der Schulden beteiligen kann. Es kann also nur eines von beiden geben. Es wird keine Substanzbesteuerung für den Mittelstand in Baden-Württemberg geben. Dafür werden sich hier in diesem Haus alle einsetzen.

Ich bin mir sehr sicher, dass wir dann zu einer Koalitionsvereinbarung, zu einem Regierungsprogramm kommen werden, das Maß und Mitte beweist und das die Balance wahrt zwischen den Aufgaben, die wir im Sinne der Zukunftsfähigkeit einerseits, der Haushaltskonsolidierung andererseits und der Gerechtigkeit erledigen müssen.

Zu den Zahlen, die Sie, Herr Hauk, in den Raum gestellt haben: Ich weiß nicht, woher Sie diese Berechnungen haben. Man muss noch einmal deutlich machen,

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

was im Grünen-Wahlprogramm steht. Es geht darum, ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen – das ist nicht mit dem Bruttoeinkommen gleichzusetzen; das Bruttoeinkommen liegt ein gutes Stück höher –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind doch alles Kindereien!)

von 60 000 € den Spitzensteuersatz auf 45 % zu erhöhen – das bedeutet nicht 45 % auf das gesamte zu versteuernde Einkommen, sondern es ergeben sich Durchschnittswerte daraus, die Frau Aras schon genannt hat – und ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 80 000 € auf 49 % zu gehen.

Wenn Sie Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln herangezogen hätten, wäre deutlich geworden, dass es bei sehr vielen Menschen nicht zu einer Belastung, sondern zu einer Entlastung kommt. Beispielsweise bei einem Ehepaar – Alleinverdiener, zwei Kinder, brutto 4 000 € im Monat – würde es zu einer monatlichen Entlastung um 52 € kommen. Die Einkommensgruppe, die auch Sie angeführt haben, wird eben nicht belastet, sondern entlastet.

Bei 6 000 € brutto im Monat – Doppelverdiener, ein Kind – kommt es zu einer Entlastung um 70 € pro Monat. Erst bei den höheren Einkommen ergeben sich Belastungen, die sich aber meines Erachtens in einem vertretbaren Rahmen halten.

Nehmen wir noch einmal das schon genannte Ehepaar – Doppelverdiener, ein Kind, ein Bruttoeinkommen von 10 000 € im Monat –: Die Mehrbelastung würde ganze 5 € betragen –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wahnsinnig viel!)

5 € im Monat!

Wenn man sich diese Tatsachen anschaut, erkennt man, dass das, was Sie hier aufzuziehen versuchen, völlig übertrieben, völlig an den Haaren herbeigezogen ist und überhaupt nicht den Tatsachen entspricht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Fazit meiner Ausführungen: Wir haben ein Wahlprogramm vorgelegt, das ehrlich ist, das sagt, wo wir mehr ausgeben wollen und wie wir mehr Einnahmen generieren wollen, und das auch deutlich macht, wie wir den Haushalt konsolidieren wollen und einen Beitrag zum Schuldenabbau leisten wollen.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir unseren Mittelstand extrem wertschätzen und auf seine gute Arbeit angewiesen sind. Deshalb darf es keine Substanzbesteuerung geben. Wir sehen aber auch, dass es unter den Aspekten der sozialen Gerechtigkeit durchaus vertretbar ist, diejenigen, die über hohe Privatvermögen verfügen, mehr an der Finanzierung des Staates zu beteiligen. Das werden wir tun.

Wir hoffen, dass die Umfrageergebnisse, die jetzt positiv sind, in den nächsten Monaten so bleiben und wir einiges von dem umsetzen können, was wir uns vorgenommen haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rülke, Sie haben dem Finanzminister vorgeworfen, dass er die Position der Landesregierung hier vertreten hat. Das Parlament ist der Ort der Auseinandersetzung der Opposition mit der Politik der Landesregierung oder der Politik der Koalition, aber nicht in erster Linie mit Parteipolitik, mit Parteiprogrammen. Man muss sich mit der realen Politik beschäftigen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist das virtuell? Stimmt das alles gar nicht?)

Sie haben in Ihr Bundestagswahlprogramm 2009 hineingeschrieben: Steuersenkungen auf breiter Front. Was ist übrig geblieben? Die „Mövenpicksteuer“. Das ist real.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Nehmen wir die CDU. Sie lassen Frau Schütz ein Parteipapier schreiben mit dem Titel „Frauen im Fokus“, und der Landesvorstand verabschiedet es. Dann machen Sie sich an die Aufstellung der Europawahlliste: unter elf Spitzenleuten eine Frau.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Wahnsinn!)

Nicht „Frauen im Fokus“, sondern „Frauen im Orkus“ – weggespült.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt haben Sie eine These vertreten, die lautet: Am besten ist es, wenn man an der Steuerschraube nicht dreht. Dann kommen von allein mehr Steuern rein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da kommt nicht mehr Geld rein! Das stimmt nicht! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine Tatsache!)

Sie haben Bezug auf Gerhard Schröder genommen – guter Kanzler – und darauf hingewiesen, dass er in der rot-grünen Koalition den nominalen Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 % gesenkt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stimmt das nicht?)

(Claus Schmiedel)

– Doch, das hat er. – Aber man müsste die Frage stellen: Weshalb hat der Steuerzahlerbund vorher nicht aufgeheult? Weshalb gab es keine Proteste der Spitzenverdiener? Denn bei 53 % müsste doch täglich jemand auf den Barrikaden sein. Ganz einfach, weil dieser nominale Spitzensteuersatz von niemandem, der hohe Einkommen erzielt hat, gezahlt wurde. Denn bei den Reichen in den Villenvierteln in Hamburg hat das Finanzamt nichts einkassiert, sondern Geld ausbezahlt, weil man so viele Steuerumgehungstatbestände hatte. Die wurden gleichzeitig eingedampft. Deshalb war es möglich, den nominalen Satz bei gleichen Einnahmen zu senken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt wollen Sie wieder erhöhen!)

Jetzt kommt die zweite Beweisführung, dass man nicht an der Steuerschraube drehen müsse, dass es von allein gehe.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schmiedelsche Beweise sind immer kritisch!)

Das ist Trick 17. Sie nehmen als Bezugsjahr das Krisenjahr 2009 und sagen: „Jetzt schauen wir einmal auf das Jahr 2009: Steueraufkommen in Deutschland 500 Milliarden €. Dann schauen wir auf jetzt: 600 Milliarden €. Da sieht man: Wir leben ja im Steuerparadies.“

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jetzt nehmen wir das Jahr 2008: 609 Milliarden €.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Immer noch weniger!)

2012 lag das Aufkommen bei 613 Milliarden €. – Das ist immer noch weniger, aber das deckt noch nicht einmal den Inflationsausgleich. Das heißt, wir haben bis heute gerade einmal die Krise überwunden.

Deshalb hat der Ministerpräsident doch völlig recht. Sie können vor dieser Steuerentwicklung im Bund ausgeglichene Haushalte erreichen. Aber Sie können nicht gleichzeitig die wichtigen Aufgaben der Infrastruktur, der Bildung und der sozialen Sicherheit darstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen brauchen wir für diese Aufgaben zusätzliche Steuereinnahmen.

Jetzt muss man die Frage stellen: Ist das vertretbar? Ich finde, Sie, Herr Kollege Hauk, haben mit den Begriffen „ausrauben“ und „Raubzüge“ verbal danebengegriffen. Es ist ein bisschen FDP-Terminologie, dass man sagt: „Steuern sind per se schlecht.“

(Zuruf von der CDU)

Das sollten Sie sein lassen. Schauen Sie hin, was wir z. B. mit einer Steuer auf das private Vermögen beschlossen haben.

Nehmen wir einmal an, die Familie H.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aus O.!)

hat 5 Millionen € privates Vermögen. Das Ehepaar erhält einen Freibetrag von 4 Millionen €. Es hat 1 Million € mit 1 % zu versteuern. Das sind 10 000 €. Eine Steuererhebung in Höhe von 10 000 € gerechnet auf ein Privatvermögen von 5 Millionen € kann man doch nun wirklich nicht als „Raubzug“ bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was ist mit Familie H. aus M.? Das wäre auch interessant!)

Wenn man nun die Auswirkungen der von uns beschlossenen Erhöhung des Spitzensteuersatzes betrachtet – diese soll ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 100 000 € bei einem Alleinverdiener bzw. 200 000 € bei einem Ehepaar in Kraft treten –, dann stellt man fest, dass dies nicht etwa ein Drittel aller Steuerzahler betreffen wird, sondern weniger als 3 % der Steuerpflichtigen, nämlich die Bezieher von Spitzen-einkommen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist also alles sehr maßvoll,

(Zuruf von der CDU: Das wird sich zeigen!)

aber diese Maßnahmen sind nötig.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was sagt Herr Gabriel dazu?)

Des Weiteren werfen Sie uns vor, wir würden die Investitionskraft des Mittelstands schwächen. Das ist nun kompletter Blödsinn. Inzwischen haben es alle hier gesagt – der Ministerpräsident hat es gesagt, der Finanzminister hat es gesagt, die Fraktionsvorsitzende der Grünen hat es gesagt, der Fraktionsvorsitzende der SPD hat es gesagt –: Es wird keine Substanzbesteuerung von betrieblichen Vermögen geben. Wer soll es denn noch sagen? Das ist gegen uns gar nicht durchführbar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In eurem Wahlprogramm sollte es drinstehen!)

Das geht gar nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Was wir im Gegenteil beschlossen haben und machen werden, ist, dafür zu sorgen, dass die Thesaurierung von Gewinnen erleichtert wird. Denn wir müssen die Investitionskraft stärken; wir müssen also die Möglichkeit stärken, Gewinne steuerfrei zurückzulegen, um den Mittelstand, auch angesichts von Basel III, unabhängiger von den Banken zu machen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Das ist Mittelstandsförderung!)

Das ist die Herausforderung; denn nur so ist der Mittelstand auch in Zukunft investitionsfähig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb gilt unter dem Strich – das zeigt auch das Mittelstandsbarometer –: Nirgendwo fühlt sich der Mittelstand so wohl wie unter Grün-Rot in Baden-Württemberg. So einfach ist das.

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bravo! – Abg. Wolfgang Drexler SPD zu CDU und FDP/DVP: Da seht ihr ganz schlecht aus! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Was die Auszeichnungen für den Mittelstand angeht – okay. Aber die Goldene Ehrennadel des Baden-Württembergischen Handwerkstags hat immerhin ein Sozialdemokrat bekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die CDU-Fraktion ist ganz bleich geworden! Da sehen sie schlecht aus!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Vereinzelt Beifall)

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, gebe ich Folgendes bekannt: Die Fraktionen sind übereingekommen, Punkt 7 – die Erste Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/3239 – heute von der Tagesordnung abzusetzen. Dieser Gesetzentwurf wird am 19. oder 20. Juni erneut auf die Tagesordnung kommen.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:02 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:03 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg fort.

Unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß Herrn Generalkonsul Tamás Mydlo vom Generalkonsulat der Republik Ungarn in München. Zusammen mit zwei weiteren ungarischen Vertretern stattet er dem Landtag einen Besuch ab. Die ungarischen Gäste sind insbesondere am Tagesordnungspunkt 3 unserer heutigen Sitzung interessiert.

Sehr geehrter Herr Generalkonsul Mydlo, sehr geehrte Herren, ich wünsche Ihnen einen interessanten Aufenthalt im Parlament. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen – Drucksache 15/3378

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, meine Damen und Herren! Es ist schön, einmal wieder hier vorn zu stehen.

„Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen“ ist das Thema der heutigen Debatte, zu der mich meine Fraktion gebeten hat, hier als Redner der SPD Stellung zu nehmen. Das tue ich sehr gern, weil ich glaube, dass das Thema hier in den Landtag gehört und wir gut beraten sind, gerade heute, einen Tag vor dem Europatag, Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben in wenigen Tagen den Monat Juni. Schauen wir einmal 24 Jahre zurück: Im Jahr 1989 gab es die Szenen, die wir alle noch gut in Erinnerung haben, als der ungarische Außenminister Gyula Horn und der österreichische Außenminister Alois Mock an einer Stelle der Grenze den Zaun niedergelassen haben. Damit begann eine Entwicklung, die für Deutschland eine glückliche Entwicklung war. Deswegen danken wir auch denen, die in Ungarn für uns Sympathie gehabt haben und die uns auf diesem Weg geholfen haben. Wir werden diesen Dank nicht wegen Irritationen, die wir heute zum Thema machen, vergessen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Peter Hauk CDU: Haben Sie Irritationen?)

Das gehört zu unserem gemeinsamen Fundus. Auch der Fraktionsvorsitzende der CDU hat dazu sicherlich seine Meinung, wenn er die Tageszeitung aufschlägt.

Ich selbst glaube auch, dass es heute hier im Parlament nicht um eine unkundige Einmischung geht. Der Landtag von Baden-Württemberg debattiert regelmäßig über europapolitische Themen. Er diskutiert auch in seinem Europaausschuss darüber. Wir machen kein Scherbengericht, sondern wir sind der Meinung, dass wir heute offen über die Situation reden sollten und dass uns der Dialog weiter begleiten wird.

Wir machen uns aber Sorgen, gerade weil wir eng und partnerschaftlich zusammenarbeiten wollen. Deswegen ist die heutige Debatte wichtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt kommt es, Herr Hauk: Wenn wir Europa nicht zentralistisch denken, sondern – so, wie wir es uns vorstellen – föderal denken, ist vollkommen klar, dass es in Europa nicht den politischen Durchgriff auf alle Ebenen geben wird

(Abg. Peter Hauk CDU: Und darf!)

– und geben darf. Es ist klar, dass es weder politisch noch administrativ sozusagen eine reine Hebelwirkung gibt. Wir leben aber umso mehr von einem Diskurs und von einem gemeinsamen Verständnis dessen, was die Grundlagen von Europa sind und was die Ausrichtung von Europa ist. Auch aus diesem Grund machen wir uns auch Gedanken über das, was in Ungarn passiert. Deswegen sage ich: Im Hinblick auf den morgigen Europatag ist das, was wir heute tun, eine praktizierte europäische, politische Öffentlichkeit. Genau das ist es, was die Bürger von uns erwarten: eine europäische Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Peter Hofelich)

Klar ist, dass der Souverän des Landes Baden-Württemberg dies in freier Entscheidung macht. Deswegen ist vollkommen klar, dass das Thema dieser Debatte des heutigen Tages von der sozialdemokratischen Fraktion in keiner Weise zu rechtfertigen ist, sondern es passt zum heutigen Tag.

Die Sorge spielt bei dem, was wir in den Zeitungen lesen, eine große Rolle. Sie spielt eine Rolle bei Herrn Barroso, der sich in einem Brief zu den Verfassungsnovellen geäußert hat, die in Ungarn im Parlament in den letzten Monaten und Jahren in einer hohen Dichte vorgenommen wurden und die nicht nur für Ungarn, sondern auch für die europäische Öffentlichkeit von Bedeutung sind. Sie spielt eine große Rolle bei Frau Reding, die sich in drei Briefen an den ungarischen Ministerpräsidenten gewandt hat, in denen sie ihre Sorge geäußert und erklärt hat, in letzter Konsequenz könnte als Ultima Ratio auch ein Vertragsverletzungsverfahren infrage kommen.

Die Sorge spielt eine Rolle im Europäischen Parlament, in dem nun eine Beratungsgrundlage des Berichtstatters vorliegt – 54 Seiten stark –, die eine Auflistung dessen enthält, was aus europäischer Sicht bedenklich ist, und in der dargestellt wird, dass es als Ultima Ratio zur Anwendung von Artikel 7 kommen kann. Das hat auch beim Klima im Land eine Rolle gespielt. Außenminister Guido Westerwelle hat sich vor dem Jüdischen Weltkongress geäußert. Wir sind der Meinung, dass er dort eine gute Rede gehalten hat. Wir hätten uns gefreut, wenn sich im Anschluss an diese Rede auch der ungarische Ministerpräsident in ähnlicher Konsequenz geäußert hätte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen sage ich an dieser Stelle, auch wenn es nicht im Zentrum des heutigen Debattentags steht: Wenn es um die Abwehr von Antisemitismus geht, gilt gerade für die Parlamente in Europa, dass die Abwehr von Antisemitismus keine Zuständigkeiten und keine Grenzen kennt, sondern nur Entscheidung und Klarheit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Weil uns der Dialog wichtig ist, möchte ich an dieser Stelle gern auf einige Punkte eingehen. Darauf haben wir alle, aber auch unsere Gäste, einen gewissen Anspruch. Wir glauben, dass die europäische Öffentlichkeit in dem herzustellen ist, was wir, das Land Baden-Württemberg, in unserem Verhältnis zu Ungarn mit großen historischen Verflechtungen und aktueller Zusammenarbeit in der Donaumaumstrategie bewerkstelligen können.

Wir glauben, dass das, was Gegenstand der besorgten Briefe ist – nämlich die Frage, wie das Justizwesen in Ungarn aussieht; ich erinnere an den möglichen Eingriff in die Zuordnung von Gerichtsverfahren, den wir nicht nachvollziehen können; es geht auch um die Frage, in welcher Verfassung die Medien in Ungarn sind, die Situation an den Hochschulen und die Chancengerechtigkeit bei den Wahlen, auch bei den anstehenden Europawahlen –, Anlass zur Sorge gibt. Wir wollen unsere Stimme erheben, dass in diesen Fragen in Ungarn auch eine Umkehr in der öffentlichen Diskussion stattfindet und dazu die politisch Verantwortlichen ihren Teil beitragen.

Wir glauben, dass es im politischen Klima Ungarns schwierige Tendenzen gibt, sicherlich auch unter dem Druck der Wirt-

schaftskrise. Wir sind dabei, zu sehen, dass sich in Ungarn ein Teil der Jugend, was die Parteienpräferenz angeht, in eine völlig falsche Richtung orientiert. Deswegen glauben wir, dass dafür in der Tat der Dialog, der angemahnt wird, notwendig ist. Wir sehen aber auch mit Spannung, dass es die Venedig-Kommission des Europarats sein wird, die Mitte Juni zu den Verfassungsnovellen ihre Meinung sagen wird. Wir werden von uns aus, vom Parlament aus Gelegenheit haben, das Gespräch mit den ungarischen Parlamentariern zu suchen, wenn hoffentlich diese klare Haltung der Venedig-Kommission gegeben ist.

Über all dem steht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir mit einer offenen und klaren Sprache sagen, dass wir eine Verletzung von Grundrechten – Grundrechte, die wir über Deutschland hinaus für wichtig halten – nicht akzeptieren wollen und dass wir das auch im Gespräch klar zur Sprache bringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir denken darüber hinaus, dass wir im Donaumaum manches an guten zivilgesellschaftlichen Initiativen fördern können. Ich erinnere an das, was bereits erfolgt ist. Der Minister hat ja eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Ich erinnere daran, dass wir die Freiheit von Kunst und Wissenschaft hochhalten. Wir haben das auch bei einem Literatentreffen gemacht. Wir glauben, dass es wichtig ist, die Freiheit von Medien und Presse in den Donaumaum zu tragen. Wir freuen uns, dass in Ulm ein Treffen mit Journalisten stattgefunden hat. Wir können uns vorstellen, dass ein weiteres Treffen in Budapest stattfinden kann.

Wir glauben, dass der Austausch der kommunalen Selbstverwaltung eine wichtige Sache ist. Wir kennen auch das Mahnschreiben des Präsidenten des Rates der Donaustädte und -regionen, Ulms Oberbürgermeister Ivo Gönner, an seinen Kollegen in Budapest zur Situation in Ungarn, und wir glauben, dass es wichtig ist, weiterhin einen Austausch der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Städten zu haben. Ferner ist die Idee einer neuen Urbanität in einem alten Kulturraum wie dem Donaumaum wichtig.

All das wird dazu beitragen, dass wir im Donaumaum in der Lage sind, mit Ungarn im Gespräch zu sein.

Wir glauben, dass es wichtig ist, dass wir insgesamt in Europa eine Debatte führen – gerade auch mit den wichtigen Ländern Zentraleuropas wie Ungarn –, bei der es darum geht, was eigentlich in diesem neuen Spannungsfeld in Europa – auf der einen Seite sind alle irgendwie vom europäischen Geist getragen, auf der anderen Seite gibt es aber eine Überdehnung der Institutionen in Europa, die von der Bevölkerung, den Bürgerschaften in unseren Ländern nicht mehr so mitgetragen wird oder nicht mehr so akzeptiert wird – getan werden kann, um Wege anzubieten, die über die rein ökonomische Dimension der Europäischen Union und Europas hinausgehen.

Dazu muss die Frage gestellt werden: Wie sieht es mit den Menschenrechten in Europa aus, und wie sieht es damit aus, dass sich Europa auch dafür verantwortlich fühlt, die Menschenrechte in die Welt zu tragen? Dafür braucht man einen gemeinsamen Diskurs. Ferner muss die Frage gestellt werden: Wie sieht es mit den Grundrechten in der Demokratie aus? Sind die Demokratien, die wir in Europa haben, auch Modell für neu hinzukommende Demokratien oder Länder, die sich

(Peter Hofelich)

wandeln? Schließlich die Frage: Wie sieht der soziale Zusammenhalt in Europa aus als eine Grundbedingung auch für Toleranz und für Minderheitenrechte?

All das ist eine spannende Debatte, die wir mit Ungarn führen wollen. Wir wissen, dass dieser Dialog Geduld voraussetzt, aber diese Geduld muss auch gepaart sein mit Klarheit und mit Entschiedenheit sowie mit Offenheit. Ein offenes Wort nützt dem europäischen Fortschritt mehr als nur die Illusion, dass es bereits, wenn man eine Schönwettereuropafront hat, ausreichen würde, die ganze Sache zu heilen. Das tut es nicht. Wir sind für Offenheit und Klarheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich am Ende dieses Beitrags unserer Fraktion sagen: Wir haben es am heutigen Tag für wichtig gehalten, uns materiell und politisch mit einem Thema Europas zu befassen, das aktuell ist und das uns Sorge bereitet, bei dem wir aber auch die Perspektive nach vorn sehen, weil wir im Gespräch sind und weil wir auch im Gespräch bleiben wollen. Baden-Württemberg wird hier in Bescheidenheit seinen Beitrag in diese großen Themen der Menschenrechte, der Demokratie, des sozialen Zusammenhalts einbringen können, aber Baden-Württemberg hat auch ein Recht, selbstbewusst seinen Beitrag zu liefern. Deswegen ist dies heute für uns auch ein Tag des Selbstbewusstseins und eine Debatte des Selbstbewusstseins.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir feiern morgen den Europatag, und ich denke, er erinnert an die Anfänge der europäischen Einigung. Europa ist ein Erfolgsmodell. Wir haben Frieden, Freiheit, Wohlstand, Rechtssicherheit und vor allem auch die längste Friedenszeit in der modernen Geschichte diesem Europa zu verdanken. Wenn ich daran denke, meine ich: Wir müssen immer auch daran erinnern, dass die Teilung des Kontinents überwunden wurde und dass damit auch die mittel- und osteuropäischen Staaten zu diesem Europa hinzugekommen sind und dass gerade in diesem Zusammenhang ein Land einen ganz besonders großen Anteil hat. Das ist Ungarn, das sind unsere ungarischen Freunde. Dafür sind wir den Freunden aus Ungarn immer noch zu großem Dank verpflichtet. Das will ich auch heute an diesem Tag sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dass die Teilung Europas beendet und damit auch der Eiserne Vorhang durchtrennt wurde, bedeutet auch, dass die Grundrechte nicht nur in Westeuropa, sondern in ganz Europa erst möglich geworden sind. Auch das muss man in diesem Kontext sehen. Ich glaube, es gibt ein Bundesland – und das ist Baden-Württemberg –, das gerade mit den ungarischen Freunden immer ganz eng zusammengearbeitet hat. Gyula Horn wurde schon angesprochen. Ich erinnere an die Aktivitäten am Anfang der Regierungszeit von Lothar Späth, die Regierungszeit von Erwin Teufel, auch an die nachfolgenden Landesre-

gierungen. Ich erinnere an die Einrichtung der ersten Gemischten Kommission. Inzwischen haben wir fünf Gemischte Kommissionen. Die erste Gemischte Kommission war eine mit unseren ungarischen Freunden. Das war ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fellbach!)

Meine Damen und Herren, diese erste Gemischte Kommission war auch Vorbild für die anderen Gemischten Kommissionen. Daraus ist auch viel Begegnung erwachsen. Neben Frankreich haben wir die meisten Städtepartnerschaften mit Ungarn. Fast jede Gemeinde hat eine Städtepartnerschaft mit Ungarn aufgebaut. Das ist Begegnung von Menschen.

Hinzu kamen viele Schulpartnerschaften, Vereinspartnerschaften, eine rege Kooperation der Hochschulen. Ich nenne auch die Andrassy-Universität. Ich füge deshalb hinzu: Auch die erwähnte Donauraumstrategie hat nicht erst, wie in der Stellungnahme zum Antrag beschrieben, im Juni 2011 mit dem ungarischen Ratspräsidentenbeschluss begonnen. Sie hat durch Initiative Baden-Württembergs begonnen, und zwar schon 2006/2008. Ich bin deshalb ein Zeitzeuge, weil wir im Ausschuss der Regionen im Oktober 2008 den Durchbruch geschafft haben und damals die Kommissarin gesagt hat: Das ist eine gute Sache, der sich das Europaparlament, der Deutsche Bundestag, Rat und Kommission angeschlossen haben. Darauf sollten wir stolz sein. Deswegen auch mein Appell an die Landesregierung: Die Donauraumstrategie ist eine Idee Baden-Württembergs. Gäbe es sie nicht, hätte man sie erfinden müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit komme ich auch auf das Thema zu sprechen, welches wir heute auf der Tagesordnung haben. Es ist überhaupt keine Frage – Ich danke deshalb dem Kollegen Hofelich für die heutige Tonlage. Sie hat sich angenehm unterschieden von der des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag. Das will ich hier einmal ganz deutlich sagen. Ich finde, auch in den Außenbeziehungen macht der Ton die Musik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir alle kämpfen für die Bewahrung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, und zwar in jeder Hinsicht; da stehen wir auch hinter der Bundesregierung und hinter Außenminister Westerwelle. Das ist überhaupt keine Frage. Aber ich will hinzufügen, dass, wenn Zweifel bestehen, dies natürlich zu Recht überprüft wird.

Europa ist eine Wertegemeinschaft. Wir wollen, dass hier die Grundrechte geachtet werden. Aber die Prüfung muss auf sachlicher Grundlage erfolgen, und sie muss auch mit Verantwortung erfolgen. Warum sage ich das? Es wird so getan, als gäbe es schon Ergebnisse. Ich warne hier – wenn wir die Sorgen teilen – vor Vorverurteilungen. Warum warne ich vor Vorverurteilungen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben zu Recht gehört, dass die Venedig-Kommission im Auftrag des Europarats ihre Ergebnisse erst im Juni bekannt gibt. Das ist der erste Punkt.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Zweitens: Barroso und die Kommission haben noch nicht entschieden, ob ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet wird. Das gehört zur Vollständigkeit dazu.

Drittens: Ich habe hier ein Gutachten von Herrn Professor Scholz. Er ist ein renommierter –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Den kennen wir!)

– Übrigens ist Maunz/Dürig/Herzog/Scholz noch immer ein anerkannter deutscher Kommentar zum Völkerrecht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch
CDU: Tja, da muss man halt Jurist sein, um das zu wissen!)

Ich will Ihnen sein Ergebnis nicht vorenthalten, sondern zitieren.

(Minister Franz Untersteller: Das ist der Gleiche, der den EnBW-Deal für gut hielt! – Unruhe)

Zusammenfassend, Herr Kollege Untersteller, sagt er zu der Frage der Verfassungsänderungen – ich zitiere –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der Name ist Programm!)

... dass alle Neuerungen oder Änderungen mit der ungarischen Verfassung selbst und ebenso mit dem europäischen Recht in vollem Umfange vereinbar sind. Die Vierte Verfassungsnovelle ist als uneingeschränkt rechtmäßig zu qualifizieren.

So der Verfassungsrechtler.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt. – Glocke des Präsidenten)

Damit will ich zum Ausdruck bringen: Wir sollten uns nicht nach den Außenbeziehungen richten – diese sind übrigens Sache der Bundesregierung –,

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

sondern auf der Ebene einer exzellenten Zusammenarbeit mit Ungarn vorangehen. Übrigens hat Audi in Győr eine Produktion. Wir haben viele exzellente Städtepartnerschaften.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege!

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir sollten uns aus Respekt vor der Arbeit der Kommission und mit Verneigung vor dem, was Herr Nils Schmid heute gefordert hat, nicht dazu verleiten lassen –

Nur der Dialog bringt uns weiter.

Das hat der ungarische Botschafter gesagt. Das unterstützen wir.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege!

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist auch richtig. Das gilt erst recht für die Beziehungen. Unsere guten Beziehungen mit Ungarn wollen wir nicht durch solche Aktivitäten in-

frage stellen, sondern wir wollen heute sagen: Wir sind für Demokratie, für Rechtsstaat, für Menschenrechte, aber auch weiterhin für gute Beziehungen mit engen Freunden in Ungarn.

(Beifall bei der CDU – Abg. Werner Raab CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Filius das Wort.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will mich zunächst bei der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass sie passend zum Europatag dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat. An der Entwicklung in Ungarn wird ebenso wie an der Entwicklung in Rumänien derzeit die Tragfähigkeit des europäischen Modells gemessen.

Baden-Württemberg, eine Partnerregion im Donaauraum, steht in der Pflicht, auf besorgniserregende Fehlentwicklungen hinzuweisen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es liegt mir fern, einem EU-Mitgliedsstaat ein bestimmtes politisches Modell vorschreiben oder Ungarn belehrend von oben herab behandeln zu wollen. Das europäische Motto heißt zu Recht: Einheit in Vielfalt. Diese Vielfalt ist extrem wichtig.

Es gilt aber auch die Einheit, dokumentiert in der Einhaltung der EU-Verträge. Wir können nicht ignorieren, dass die EU-Kommission die Vertragseinhaltung seitens Ungarns bezweifelt. Wie aus der Stellungnahme der Landesregierung hervorgeht, sind die Beziehungen zu Ungarn vielfältig und gut. Wir arbeiten mit ungarischen Partnern und politischen Freunden seit vielen Jahren eng zusammen. Wir wissen um die besondere Leistung dieses Landes hinsichtlich des Falls des Eisernen Vorhangs und sind dafür sehr dankbar.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Heimatstadt Ulm hat durch die Donaukooperation seit Mitte der Neunzigerjahre engste Kontakte zu kulturellen und wissenschaftlichen Projekten in Ungarn. Ich selbst bin Erster Vorsitzender des Vereins Fortschritt, der die Privatschule Fortschritt betreibt, die nach der Pädagogik des Ungarn Dr. András Pető arbeitet und ungarische Fachkräfte beschäftigt.

Im Rathaus von Budapest wurde 2009 der Rat der Donaustädte und -regionen mit dem Ulmer Oberbürgermeister als Präsidentenmitglied gegründet. Der berühmte Schriftsteller und Friedenspreisträger György Konrád ist ständiger Gast auf dem Ulmer Donaufest. Aber gerade Konrád ist ein Beispiel dafür, wie wachsam wir bei den aktuellen Entwicklungen in Ungarn sein müssen. Konrád wird, auch wegen seiner jüdischen Herkunft, wieder angefeindet, weil er offen vor den demokratiefeindlichen, autoritären und antieuropäischen Stimmungen und Tendenzen in seiner Heimat warnt. Die autoritären Tendenzen sind augenfällig, seit die Fidesz-Partei eine Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament erhalten hat und dabei ist, alle Beschränkungen der Macht zu beseitigen. Mit ihrer letzten Verfassungsänderung greift sie die Unabhängigkeit der Justiz ebenso an wie die Meinungs- und Pressefreiheit.

Nachdem das Verfassungsgericht in den vergangenen zwei Jahren mehrere Gesetze der Regierung Orbán aufgehoben hat,

(Jürgen Filius)

wurde das Gericht – so kann man sagen – an die Kandare gelegt. Wenn das ungarische Parlament morgen beschlösse, Frauen und Arbeitslosen oder ethnischen Nicht-Ungarn das Wahlrecht zu entziehen, dürfte das Verfassungsgericht aktuell nur prüfen, ob die Abgeordneten zur fraglichen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurden.

Es kann nicht angehen, dass für den Masterstudiengang in europäischer und internationaler Verwaltung an der 2001 gegründeten deutschsprachigen und von Baden-Württemberg mit unterstützten Andrassy-Universität außerhalb der Akademie für Militär und Verwaltung keine staatlich finanzierten Studienplätze mehr vergeben werden dürfen. Es ist ein eklatanter Verstoß gegen die europäische Freizügigkeitsregelung, dass alle Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Stipendien in Ungarn vertraglich verpflichtet werden, nach Studienabschluss die doppelte Zeit der Dauer des Bezugs des Stipendiums in Ungarn zu arbeiten. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Änderungen auf Dauer Bestand haben.

Persönliche Rechte und Freiheiten, Gewaltenteilung, Bindung der vollziehenden Gewalt an das Recht, das sind europäische Grundwerte. Diese dürfen nicht ausgehöhlt werden, denn sonst scheitert Europa.

Wir in Baden-Württemberg können und müssen zweierlei tun: Soweit es Begegnungen und Verhandlungen mit offiziellen Regierungsvertretern gibt, gerade im Rahmen der europäischen Strategie für den Donauraum, sollten wir unsere Bedenken offen vortragen und um Erklärung bitten – was ich mit Blick auf unsere heutigen Gäste tue.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sollten mit den ungarischen Abgeordneten, die zur ersten Donauparlamentarierkonferenz am 11. und 12. Juli nach Ulm kommen, das Gespräch suchen. Wir müssen darüber hinaus enge Kontakte zu den Partnern und Freunden aus dem Kreis des Kulturlebens und der Zivilgesellschaft in Ungarn halten. Als Beispiel – es wurde schon erwähnt – will ich das Journalisten- und Medientreffen anführen, welches im vergangenen Jahr in Ulm stattfand und nunmehr in Ungarn, in Budapest, seine Fortsetzung finden wird.

Das alles sollten wir tun, weil wir uns als Partnerland Ungarns verstehen: an der Donau, in Europa.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gerade weil uns Ungarn am Herzen liegt, müssen wir unsere Stimme erheben und auf Missstände hinweisen. Lassen Sie uns gemeinsam immer wieder dafür werben: Wer Mitglied der EU ist, der muss Antisemitismus bekämpfen, sich zu europäischen Grundwerten bekennen und diese in der Praxis einhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hierfür lassen Sie uns gemeinsam im Grundkonsens aller Demokraten streiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, in der Europapolitik finden die Fraktionen sehr oft gemeinsame Positionen, und wirkliche Streitigkeiten sind dort eher eine Seltenheit. So ist es heute beim Thema Ungarn hoffentlich auch. Das haben wir heute schon zum Teil gehört.

Wir sind uns einig, dass Ungarn umsteuern muss, wenn Ungarn in der EU bleiben will. Uneinigkeit besteht aufgrund der Stellungnahme der Landesregierung im Hinblick auf die Konsequenzen, die auf Landesebene zu ziehen sind. Die neue ungarische Verfassung und weitere Gesetzesvorhaben der Regierung Orbán bedrohen die Unabhängigkeit der demokratischen Institutionen.

Die FDP hat von Anfang an vor einer Abkehr Ungarns von den Prinzipien der europäischen Rechts- und Wertegemeinschaft gewarnt. Zum Beginn des Jahres 2012 ist in Ungarn eine neue Verfassung in Kraft getreten. Mit dieser Verfassung verschafft sich die Regierung erheblichen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des obersten Verfassungsgerichts, dem darüber hinaus die Begutachtung der Haushaltspolitik entzogen wird.

(Zuruf von der SPD)

Die Wahlkreisreform begünstigt massiv die regierende Partei von Ministerpräsident Orbán. Institutionelle Unabhängigkeit ist ein Kern des Rechtsstaats. Wer daran rüttelt, gefährdet den Wesensgehalt der Wertegemeinschaft der Europäischen Union.

Die Unabhängigkeit von Presse, Justiz und Notenbank sind entscheidende Charakteristika, die einen demokratischen Rechtsstaat ausmachen. Die Mehrheitsfraktion in Ungarn verabschiedet derzeit Gesetze, deren Wesensgehalt die Rechts- und Wertegemeinschaft der EU verletzen könnte. Wir halten die Einschränkungen der Kompetenzen des Verfassungsgerichts für eine gefährliche Schwächung der demokratischen Gewaltenteilung. Europa ist eine Wertegemeinschaft. Dies muss sich auch nach innen in der Verfasstheit der einzelnen Länder zeigen.

Die Revision des Grundgesetzes ist trotz begründeter Mahnungen der europäischen Partner beschlossen worden. Dass damit die gesamte Rechtsprechung des Gerichts seit der Wende vor über 20 Jahren faktisch abgewertet wird, halten wir weiterhin für eine bedenkliche Entwicklung.

Außenminister Westerwelle – dies wurde auch schon erwähnt – hat diese Punkte in Gesprächen mit dem ungarischen Staatspräsidenten János Ader thematisiert. Nun muss geprüft werden, ob in Ungarn eine systematische Verletzung der europäischen Rechtsstaatsprinzipien vorliegt.

Dass Regelungen, die das Verfassungsgericht in den letzten Monaten für ungültig erklärt hat, in den Verfassungsrang erhoben und damit der Beurteilung durch das höchste Gericht entzogen werden, ist nicht nur juristisch fragwürdig; es ist auch eine gefährliche Schwächung einer demokratischen Gewaltenteilung.

Ungarn muss seinen europäischen Partnern nun klarmachen, dass es die Sorgen um die Unabhängigkeit der Justiz und die

(Leopold Grimm)

Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit im Land ernst nimmt. Die Liberalen im Europäischen Parlament haben deutliche Worte der Kritik gefunden. Die jüngsten Gesetze erinnerten an die kommunistische Vergangenheit Ungarns. Der Vorsitzende der Europadelegation der FDP, Alexander Graf Lambsdorff, sprach sich in der „Financial Times Deutschland“ für stärkere Einflussmöglichkeiten der EU-Kommission gegenüber Mitgliedsländern aus, deren demokratische Entwicklung Anlass zur Sorge bereitet.

In den vergangenen zwei Jahren ist jedoch deutlich geworden, dass Ministerpräsident Orbán nach jeder Mahnung durch die EU Besserung gelobt, nur um dann weitere Grundrechte zu beschneiden. Damit sollte Schluss sein.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD)

Wir erkennen an, dass die Landesregierung auf die Bundeszuständigkeit verweist. Andererseits erwarten wir auch im Rahmen der Zusammenarbeit deutliche Worte gegenüber den ungarischen Kollegen.

Speziell bei der Donauraumstrategie ist es zwar grundsätzlich richtig, dass dies ein sehr langfristig angelegtes Vorhaben ist. Ich finde allerdings, dass es sich die Landesregierung zu leicht macht, wenn sie meint, tagesaktuelle politische Entwicklungen spielten keine Rolle.

Nein, wir können nicht die Augen vor dem verschließen, was in Ungarn passiert. Nein, wir dürfen die demokratisch gewählte Regierung nicht als „Betriebsunfall der Geschichte“ abtun und so weitermachen wie bisher. Baden-Württemberg sollte seine Möglichkeiten und Zuständigkeiten – die hat es auch bei der Donauraumstrategie – auch nutzen. Denn gerade mit den vielfältigen, kleinteiligen Projekten im Rahmen der Donauraumstrategie erreichen wir die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die bei der nächsten Wahl eine Entscheidung zu treffen haben. Ich glaube, diese Menschen verstehen unsere Sorgen im Hinblick auf die demokratische Entwicklung in Ungarn vielleicht eher als die derzeitige ungarische Regierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! All dem, was hier bereits erwähnt wurde, was uns mit Ungarn verbindet, möchte ich ausdrücklich zustimmen und beipflichten.

Es gibt eine besondere Beziehung zwischen Baden-Württemberg und Ungarn – insbesondere zwischen den Schwaben in Baden-Württemberg entlang der Donau und Ungarn. Es gibt sowohl im Hinblick auf die Zeit der Wende als auch auf die Entwicklung seit dem Fall des Eisernen Vorhangs einen historischen Grund für eine große Dankbarkeit gegenüber Ungarn.

Es gibt viele aktive, lebendige Städtepartnerschaften. Wir haben – ich durfte das vor Kurzem beim Bundesschwabenball mit Deutschen aus Ungarn erleben – ein Signal der Aussöh-

nung gesetzt, auch in Baden-Württemberg. Dafür bin ich der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn ausdrücklich dankbar. Wir haben gezeigt, dass auch die Wunden des Zweiten Weltkriegs und die Wunden, die der Eisernen Vorhang und der Kommunismus und Sozialismus in Ungarn geschlagen haben, überwunden werden können.

Wir haben eine Gemischte Regierungskommission, die, Herr Kollege Reinhart, kein Erfolgsbeispiel war, sondern nach wie vor eines ist. Sie arbeitet, sie ist aktiv, und wir arbeiten auch weiter.

Im Rahmen der Donauraumstrategie haben wir zahlreiche Projekte, die wir gern mit Ungarn durchführen. Wir arbeiten gern mit Ungarn zusammen, auch bei der Andrassy-Universität. Beim Aufbau eines Kontaktpunkts der Europäischen Investitionsbank waren wir erst vor Kurzem aktiv. Wir haben ein Literaturfestival durchgeführt. Es gibt unzählige gute Kontakte.

Gerade weil das so ist, ist uns, ist mir wichtig, dass klar wird: Ziel all dieser Kontakte, all dieser Unterstützung, der gesamten Zusammenarbeit ist ein gedeihliches Miteinander. Das darf aber keine Rechtfertigung dafür sein, welcher politische Kurs in Ungarn eingeschlagen wird. Diese Zusammenarbeit ist wichtig und gut, aber sie rechtfertigt in keinsten Weise den politischen Kurs, der momentan von der Regierung in Ungarn eingeschlagen wird. Gerade weil wir diese intensiven Kontakte haben, ist es aber wichtig, dass wir uns mit dem Kurs der dortigen Regierung auseinandersetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn wir Kritik an Entscheidungen in Ungarn üben – das will ich auch dazusagen –, so ist das ausdrücklich keine Kritik am ungarischen Volk. Es ist auch keine Kritik am ungarischen Patriotismus. Ich finde es schwierig, wenn die ungarische Regierung immer wieder jegliche Kritik an ihren Maßnahmen als eine Kritik an Ungarn als solches, an der Bevölkerung, dem Nationalstolz oder dem nationalen Erbe darstellt. Das ist es ausdrücklich nicht. Regierungspolitik in anderen Ländern, gerade in Europa, kann und muss auch kritisiert werden dürfen. Es kommt dabei auf die Tonlage an. Man muss dann aber auch die ganze Bandbreite der Politik dieser Regierung mit benennen. Das kündigt weder Freundschaft auf, noch ist es ein Angriff auf ungarische Identität oder gar die Nation.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir müssen sehen, dass mit der nach relativ kurzer Zeit vorgenommenen Vierten Verfassungsänderung in Rechte, in Rechtsstaatlichkeit in einer Art und Weise eingegriffen wird, die uns im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Justiz, die Pressefreiheit, die Grundrechte bestimmter gesellschaftlicher Gruppen große Sorgen bereiten muss. Es kann nicht sein, dass ein Verfassungsgericht nur noch die Kompetenz hat, formal eine Rechtmäßigkeit zu überprüfen, und keine Aussage zu den Inhalten mehr machen darf.

(Minister Franz Untersteller: Absurd!)

Es kann nicht sein, dass eine vom Ministerpräsidenten persönlich ernannte Leiterin des Nationalen Justizamts die Vollmacht erhält, bestimmte Fälle an bestimmte Gerichte zu verweisen. Das untergräbt das Recht auf eine unabhängige Justiz.

(Minister Peter Friedrich)

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Wahlkampf nur noch in öffentlichen Medien, die gleichzeitig wieder einer starken staatlichen Kontrolle unterliegen, stattfinden kann, dann schränkt dies auch die Möglichkeiten einer demokratischen Wahlkampfauseinandersetzung ein.

Es kann auch nicht sein, dass bestimmte soziale Gruppen – in diesem Fall Obdachlose – rechtmäßig verfolgt werden können, wenn sie sich auf öffentlichen Flächen aufhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir lehnen einen Eingriff in die Meinungsfreiheit in dem Sinn ab, dass eingegriffen werden darf, wenn die Würde der ungarischen Nation verletzt sei. Wir lehnen es auch ab, dass in die Finanzautonomie der Universitäten bei der Vergabe von Studienplätzen – dies wurde schon erwähnt – eingegriffen werden kann. Aus unserer Sicht ist dies ein schwerwiegender Eingriff in die Freiheit von Wissenschaft und Lehre.

Es ist richtig: Dies wird jetzt überprüft, und es wird sich herausstellen, ob es eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn bedarf. In diesem Sinn möchten wir keine Vorverurteilung; da stimme ich Ihnen zu, Kollege Reinhart.

Ich will aber doch sagen, dass es politisch höchst bedenklich ist, wenn sich eine Regierungspartei mit einer solch starken Mehrheit die Verfassung auf den eigenen politischen Leib schneidet. Das ist eine Entwicklung, die wir in keinem Land Europas dulden können und deswegen auch zu Recht kritisieren.

Es reicht nicht, allein das formal Rechtliche zu überprüfen. Ich finde, wir müssen auch im Blick haben, welche Veränderungen sich in der politischen Kultur in Ungarn gleichermaßen ergeben. Denn die Rechtsveränderungen sind das eine. Die Frage, ob eine Verfassung dann auch gelebt wird, ob Rechtsstaatlichkeit, Parlamentarismus und Demokratie gelebt werden, ist eine andere. Gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte wissen wir, dass Parlamentarismus und Verfassung allein nicht auf Dauer Demokratie garantieren, sondern es bedarf auch aktiver Demokratinnen und Demokraten, die sich für den Erhalt der Demokratie und der Menschenrechte einsetzen und auch einsetzen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Leopold Grimm FDP/DVP)

Deswegen ist es gut, wenn Premierminister Orbán beim Jüdischen Weltkongress klare Aussagen zum Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus macht. Aussagen allein reichen in diesem Fall aber nicht mehr, wenn man sieht, dass gleichzeitig Rechtsextremismus und Antisemitismus bis tief in die Alltagskultur und in die politische Alltagskultur vorgedrungen sind und es keine Maßnahmen der Regierung und des Parlaments dagegen gibt. Wenn im Parlament unwidersprochen gefordert wird, jüdische Mitbürger sollten wieder auf Listen erfasst werden und es solle erfasst werden, welche jüdischen Mitarbeiter in Ministerien und in der Verwaltung arbeiten – das war eine Forderung, es ist kein Beschluss; ich weiß das wohl –, dann bedarf es des politischen Widerspruchs der demokratisch Gewählten und der Regierung zu solchen Forderungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen bitte ich sehr darum und würde mich auch freuen, wenn die ungarische Delegation, über deren Anwesenheit ich mich sehr freue, das weiterberichtet. Es wäre wichtig, dass nicht nur verbale Aussagen gemacht werden, sondern wir auch sichtbare Maßnahmen sehen, die sich gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus in Ungarn wenden, wie wir sie für jedes andere europäische Land auch fordern, wo sich solche Tendenzen zeigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich halte es auch für sehr schwierig, wenn wir im Rahmen der Donauraumstrategie beraten, wie wir in Europa zu einer gelingenden, erfolgreichen Romastrategie kommen, und es gleichzeitig offenen Antiziganismus auch durch Regierungsvertreter oder Abgeordnete der Regierungsparteien in Ungarn gibt. Das passt nicht zusammen. Wir wissen, die Roma sind die größte Minderheit in Europa, und es besteht in vielen Ländern – bei Weitem nicht nur in Ungarn – das Problem, dass es zu diskriminierendem, zu ausgrenzendem Verhalten kommt – auch durch Regierungsstellen.

Umso wichtiger ist es, dass gerade eine Regierung, mit der wir erfolgreich und gut in der Donauraumstrategie zusammenarbeiten und auch weiterhin zusammenarbeiten wollen, sich auch klar im eigenen Land zu den Rechten der Minderheiten bekennt und diese Rechte nicht nur für Minderheiten, denen man wohlwollend gegenübersteht, sondern für alle Minderheiten – gerade auch für Sinti und Roma in Ungarn – gelten.

Der Alltag von Sinti und Roma in Ungarn – auch in anderen Ländern, aber gerade auch in Ungarn – ist sehr schwierig. Es kommt tatsächlich zu Übergriffen und zu Diskriminierung, und es ist Aufgabe der Gemeinschaft der Demokraten in Ungarn, mit Unterstützung auch Baden-Württembergs im Rahmen der Romastrategie, dies zu verhindern und auch Menschen, die zu den Roma, zu den Sinti oder anderen Minderheiten gehören, gleiche Bürgerrechte und gleiche soziale Rechte in Ungarn zu ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich finde es gut, dass wir in der Debatte weit weg von irgendwelchen Scherbengerichten sind. Ich finde es auch gut, dass wir weit weg von irgendwelchen parteipolitischen Zuspitzungen sind, die es immer über Parteifamilien, die auch da sind, gibt.

Ich halte es für wichtig für uns in Baden-Württemberg, dass wir die Zusammenarbeit mit Ungarn weiter intensiv betreiben. Ich glaube aber auch, dass es notwendig ist, diese Zusammenarbeit dazu zu nutzen, gerade wenn man es mit Freunden zu tun hat, die Freunde darauf hinzuweisen, dass wir der Überzeugung sind, dass der Weg, den Ungarn momentan geht, kein guter ist. Wir sind der Meinung, dass es gegenüber den jetzigen Vorschlägen und dem jetzigen Verhalten klarer Maßnahmen und Rechtsänderungen durch die ungarische Regierung bedarf, um die Wertegemeinschaft der Europäischen Union auch in Ungarn dauerhaft umzusetzen und Ungarn zu einem vollwertigen Mitglied auch in dem Sinn zu machen, dass

(Minister Peter Friedrich)

die Wertegemeinschaft der Europäischen Union für alle Länder in gleicher Weise und für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in allen Ländern der Europäischen Union gilt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/3378. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. März 2013 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksachen 15/3238, 15/3248

Berichterstatteerin: Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die einmalige Chance, weil der Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit mit „Bericht über aktuelle europapolitische Themen“ überschrieben ist und das Präsidium diesen Punkt auf die Tagesordnung genommen hat, an prominenter Stelle über die Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren. Darüber freue ich mich zusammen mit den anderen entwicklungspolitischen Sprechern. Ich glaube, es gibt auch einiges Positive zu berichten, was sich hier im Land Baden-Württemberg getan hat.

Die entwicklungspolitischen Leitlinien, die aus einem Dialogprozess sehr vieler Gruppen in Baden-Württemberg entstanden sind, liegen dem Parlament jetzt vor. Es hat am 5. Februar eine Beschlussfassung im Kabinett gegeben. Zuvor gab es noch Auseinandersetzungen zwischen dem Wirtschaftsminister und Herrn Friedrich, inwieweit jetzt eine entwicklungspolitisch freundliche Außenwirtschaftsförderung tatsächlich in die Leitlinien implementiert werden kann. Ich gratuliere Ihnen herzlich, Herr Friedrich, dass Sie sich durchgesetzt haben.

Im Übrigen bin ich auch der Meinung, dass die baden-württembergische Wirtschaft schon längst weiter ist als der Wirtschaftsminister mit seiner ursprünglichen Auffassung. Ich glaube, Außenwirtschaftsförderung muss sich immer an entwicklungspolitischen Zielen orientieren, weil der Mittelstand, die Industrie in Baden-Württemberg auch sehr nachhaltig aufgestellt sind und auch zukünftig die Märkte im Blick haben.

Deswegen ausdrücklich herzlichen Glückwunsch! Ich glaube, das ist ein gutes Signal all derjenigen, die sich um das Thema Entwicklungspolitik kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Tobias Wald CDU)

– Vielen Dank. Das erlebe ich öfter in allen Wahlperioden, dass ab und zu mehr Applaus von der linken als von der rechten Seite kommt.

(Heiterkeit – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Von der CDU kam gar keiner!)

– Das sage ich ja bewusst. Da gab es Reden zur Parlamentsreform und zur Wahlkreisreform. Diese sind alle nachlesbar.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Daran erinnere ich mich noch!)

Das waren Sternstunden des Parlaments.

(Heiterkeit)

Darauf bin ich heute noch stolz.

Die Grundsätze der Entwicklungszusammenarbeit sind, glaube ich, richtig gewählt. Wir starten auch nicht bei null, sondern wir haben ein riesengroßes Engagement bürgerschaftlicher Gruppen in Baden-Württemberg. Es hat eine hohe Tradition bei uns in Baden-Württemberg, dass die Menschen über den Tellerrand hinausblicken. Viele Kommunen, viele Unternehmen engagieren sich. Die Kirchen, die Kirchengemeinden sind im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aktiv. Wir haben Schul- und Krankenhauspartnerschaften. An unseren Universitäten wird viel Wert darauf gelegt, auch Wissen zu transportieren. Deswegen glaube ich, dass wir hier eine gute Bündelung dessen haben, was sich in Baden-Württemberg über Jahrzehnte entwickelt hat. Wir können auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land stolz sein.

Wir können auch stolz darauf sein, dass wir es geschafft haben, seit 20 Jahren mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit maßgebliche Impulse zu setzen, dieses entwicklungspolitische Wirken zu bündeln, zu koordinieren und damit auch das Parlament in die Rolle zu bringen, aktiv Entwicklungspolitik zu betreiben. Das ist etwas Außergewöhnliches, was in vielen anderen Bundesländern eher über Regierungshandeln und nicht über das Parlament gemacht wird.

Die Stellung des Parlaments im Stiftungsrat ist, glaube ich, wichtig. Deswegen müssen wir bei der Umsetzung der entsprechenden Leitlinien aufpassen, dass die koordinierende, unterstützende, helfende Funktion der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit, die jetzt seit 20 Jahren existiert, weiterhin aufrechterhalten wird. Das ist ein wichtiges Signal. Sie hat Erfahrung in der Koordination, sie hat Manpower, sie hat auch Erfahrung in all dem, was wir in der Vergangenheit zum Thema Burundi aufgebaut haben.

Die in den Leitlinien enthaltenen Grundsätze sind mit zwei Kernbereichen umschrieben. Der eine ist, dass die Entwicklungszusammenarbeit als Gemeinschaftsaufgabe definiert wird. Dazu habe ich die vielen Gruppen und Initiativen, die es bei uns gibt, erwähnt. Der zweite Punkt ist, dass regionales Handeln auch globale Auswirkungen hat. Das bedeutet,

(Dr. Bernhard Lasotta)

dass Entwicklungshilfe als ein Kernbereich, als eine Querschnittsaufgabe aller Bereiche der Landesregierung, der Ministerien, aber eben auch des Parlaments gesehen werden muss.

Am 15. September letzten Jahres fand die Schlusskonferenz zur Vorstellung der entwicklungspolitischen Leitlinien statt. Bei der jetzigen Behandlung im Parlament gibt es keine entsprechende Beschlussfassung. Ich finde es zunächst einmal wichtig, dass wir signalisieren, dass wir hinter den zentralen Punkten der Leitlinien stehen, weil diese ja nicht isoliert im Raum stehen, sondern gemeinsam entwickelt wurden. Daran waren auch viele Abgeordnete aus allen Fraktionen dieses Landtags beteiligt.

Wir müssen aber genauso deutlich anmahnen – das ist vielleicht auch etwas stärker unsere Rolle als Opposition –, dass es nicht bei diesen Leitlinien bleibt, sondern der Landeshaushalt tatsächlich mit den entsprechenden Geldmitteln ausgestattet, unterfüttert wird, damit diese Grundsätze unterstützt und realisiert werden können.

Da appelliere ich an die Regierungsfractionen, hier deutlich mehr zu tun. Es gab eine Aufstockung der entsprechenden Mittel im Bereich des Staatsministeriums auf 1 Million €. Aber es gibt genauso Bereiche, in denen die Mittel komplett gestrichen wurden. Ich nenne z. B. das Internationale Institut für Berufsbildung in Mannheim. Da waren wir uns einig, dass die Qualität, die dort geliefert wurde, nicht stimmte.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Das habt ihr gesagt, dass die Qualität nicht stimmt!)

– Moment! Sie, die grün-rote Landesregierung, haben es geschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Wir haben es ja nicht kritisiert. Was ich heute hier kritisiere und auch schon früher kritisiert habe, ist, dass Sie die Mittel einfach auf null zurückgefahren haben. Wenn wir der Auffassung sind, gute Entwicklungshilfe leisten zu müssen, wenn wir der Auffassung sind, dass wir die Leute nicht nach Mannheim zu holen brauchen, wo eine schlechte Qualität in der Ausbildung bestanden hat, sondern vor Ort eine entsprechende Qualifizierung vornehmen müssen, dann müssen auch Geldmittel dafür im Haushalt bereitgestellt werden. Einfach die Mittelausstattung auf null zurückzufahren und zu sagen: „Wir machen alle ein bisschen mehr im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und finden alles toll, was jetzt definiert wurde und auf dem Papier steht“, ist zu wenig.

Sie haben mit diesem Dialogprozess eine enorme Erwartungshaltung bei den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg geweckt. Diese haben sich engagiert eingebracht. Sie haben eingefordert: „Liebe Landesregierung, lieber Landtag, ihr habt mitgewirkt, die Grundsätze stehen,“ – daran kann man den einen oder anderen Punkt kritisieren; das will ich hier gar nicht machen, weil die große Linie stimmt – „aber dann muss auch spürbar sein, dass die entsprechenden Richtlinien umgesetzt werden, dass der Landeshaushalt mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wird, damit man auch wirklich sagen kann: In Ordnung, hier sind entsprechende Verbesserungen gege-

ben.“ Diese Kritik kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen.

Genauso ist im Bereich des Landwirtschaftsministeriums der Zuschussansatz von 85 000 €, der noch im Haushaltsplan enthalten war, komplett gestrichen worden, und es hat keinen Ersatz gegeben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Leider will die CDU ja keine Steuererhöhungen!)

Man muss also genau hinschauen. Wenn man die Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe sieht, müssen sich alle Ministerien daran beteiligen, und dann muss man das auch mit entsprechenden Haushaltsmitteln unterfüttern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das bürgerschaftliche, kirchliche und kommunale Engagement in unserem Land ist wichtig. Wir wollen die Koordinierung durch das Land. Wir unterstützen die entsprechenden Leitlinien. Wir fordern Sie auf, stärker in die Umsetzungsphase zu gehen.

Vor allem fordern wir, dass das Parlament auch beteiligt wird, wenn es um den Ausbau der Partnerschaft mit Burundi geht. Sie planen ja, dass es auf staatlicher Ebene zu dieser Partnerschaft kommt. Wir fordern, dass die Historie und die Tradition des Parlaments, das ja über 20, 25 Jahre hinweg – aufbauend auf den guten Verbindungen aus der Zeit des ehemaligen Landtagspräsidenten Erich Schneider –, über Krisen hinweg, über den Bürgerkrieg hinweg diese Partnerschaft getragen hat, fortgeführt werden, indem auch das Parlament in diesen Prozess mit eingebunden wird und es parallel zu einer staatlichen Partnerschaft auch eine Partnerschaft der jeweiligen Parlamente gibt. Ich verstehe nicht, warum zu dem entsprechenden Antrag, der dem Präsidium schon lange vorliegt, noch keine Entscheidung möglich gewesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Parlament hat zusammen mit der Bürgerschaft und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit diese Partnerschaft getragen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich finde es auch wichtig – das ist der letzte Gedanke, den ich anführen will; das ist auch ein europapolitisches Thema –, zum Ausdruck zu bringen, dass wir, die Europäer, die Entwicklung in Afrika zu lange unterschätzt haben. Ich stelle selbstkritisch fest, dass wir, die Europäer, uns alle viel stärker in Afrika hätten engagieren müssen. Das sollten wir nicht nur den Chinesen überlassen. Das betrifft auch das Thema Menschenrechte. Ich glaube, dass man die Entwicklung, die jetzt in Nordafrika abläuft, bei einem stärkeren Engagement der Europäer hätte anders steuern können.

Auch deswegen ist es sehr wichtig, dass Baden-Württemberg weiter in die Entwicklungshilfe, in die Entwicklungszusammenarbeit, in die Partnerschaft mit Burundi investiert. Dafür möchte ich Sie alle begeistern und dazu aufrufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner das Wort.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Entwicklungspolitische Arbeit ist Politik des Wandels und die Verpflichtung, Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Prozess „Welt:Bürger gefragt!“ hat das Staatsministerium gezeigt, wie Bürgerbeteiligung gut und zielorientiert gelingt. Im Dialog mit der Zivilgesellschaft, mit Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Kommunen, der Wirtschaft und auch der Wissenschaft wurde ausgelotet, wo die besonderen Potenziale und Fähigkeiten des Landes liegen und wo wir Baden-Württemberger uns engagieren können.

Ein wertvolles Ergebnis sind die vorliegenden entwicklungspolitischen Leitlinien. Die Kosten für diesen Beteiligungsprozess lagen bei ungefähr 118 000 €. Für die weitere kontinuierliche Begleitung der Zivilgesellschaft kommen künftig 10 000 € pro Jahr hinzu. Die eingesetzten Mittel haben sich bereit amortisiert.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Die durch den Prozess „Welt:Bürger gefragt!“ ausgelöste Dynamik mit Vorschlägen, Handlungsempfehlungen und Projektanträgen hat dazu geführt, dass in diesem Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von einer halben Million Euro nach Baden-Württemberg fließen. In diesem Zusammenhang sind als Stichworte das Promotorenprogramm Engagement Global und die Messe FAIR HANDELN zu nennen.

Mit Stolz und Anerkennung kann man allen Beteiligten nur eines sagen: Wo viele Akteure vertrauensvoll zusammenarbeiten, kann viel bewegt und erreicht werden.

Außerdem ist klar: Änderungen und Umsetzungen in der Entwicklungspolitik werden uns nur dann gelingen, wenn wir sie ressortübergreifend gestalten und angehen. Deshalb wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe ins Leben gerufen und werden nicht staatliche Akteure auch weiterhin die entwicklungspolitische Arbeit der Landesregierung begleiten. Dies geschieht dadurch, dass sich der Fachbeirat zweimal im Jahr trifft.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

– In der Schule würde Herr Röhm jetzt sagen: „Alle einmal zuhören, weil der Lehrer spricht.“ – Danke schön.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

Eine fruchtbare, erfolgreiche Entwicklungspolitik gelingt nur, wenn alle Beteiligten achtsam miteinander umgehen und die Selbstverständlichkeit akzeptieren, dass alle Menschen in der Welt dieselben Teilhaberechte haben.

(Beifall bei den Grünen)

Wir stehen in der Verpflichtung, die Zukunft lebendig und verantwortungsvoll zu gestalten – eine Zukunft, in der wir fair im Sinne von gerecht, solidarisch, ökologisch und sozial verträglich leben, arbeiten und konsumieren.

In unserer baden-württembergischen Entwicklungspolitik spielt der Dialog eine große Rolle. Er muss so geführt wer-

den, dass sich die Eigenverantwortung der Partnerländer festigt und die Partner Vertrauen in ihre eigene Kraft und in das eigene Können entwickeln. Afrika soll auf eigenen Beinen stehen können.

Im Prozess der Entwicklungspolitik müssen wir darauf achten, dass die jeweiligen Eigenheiten und Gegebenheiten unserer Partnerländer berücksichtigt werden.

Wenn wir – wie geplant – das Partnerschaftsabkommen mit Burundi im Herbst unterzeichnen, gilt es genau dies mit zu bedenken. Herr Lasotta, das ist, denke ich, nicht nur eine parlamentarische Aufgabe. Eine tatsächliche Partnerschaft beginnt von der Basis her. Da müssen alle mit einbezogen werden. Man sieht ja, was jetzt auch schon privat und durch Kirchen passiert. Das ist eine sehr wertvolle Arbeit,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Da widerspreche ich Ihnen nicht!)

und da haben wir die tragende Säule in diesem Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Über die SEZ und ihre Servicestelle haben wir eine gute Anlaufstelle, die den Austausch von Wissen und Hilfe mit Burundi koordiniert. Wir können dabei von der großen Erfahrung der SEZ in der Begleitung vieler Projekte der Zivilgesellschaft profitieren.

Gelungene Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi, Äthiopien, Ghana oder irgendeinem anderen Land ergibt sich nur, wenn auch wir hier umdenken, wenn auch wir hier in Deutschland und in Baden-Württemberg uns entwickeln.

Die entwicklungspolitische Aufklärung der eigenen Gesellschaft hat deshalb für uns und für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Das Wissen um globale Zusammenhänge – kurz globales Lernen – ist sehr wichtig. Wir wollen dieses Wissen in globalen Klassenzimmern und fächer- und jahrgangsübergreifend in den Lehrplänen der Schulen verankern. Die Bildung für nachhaltige Entwicklung muss sich als roter Faden durch den Bildungsplan ziehen. Dazu sind auch Anpassungen im Curriculum, in den Lehreraus- und -fortbildungen für alle Studiengänge nötig.

Kinder und Jugendliche, aber auch wir Erwachsenen sollen stärker die globalen Zusammenhänge unseres Tuns oder unseres Unterlassens als Verbraucherinnen und Verbraucher kennen und Verantwortung dafür übernehmen. Wir müssen zu kritischen Konsumentinnen und Konsumenten werden, und das nicht nur kurzfristig etwa nach einer Katastrophe, wie sie jetzt in einer Textilfabrik in Bangladesch passiert ist. Das heißt, lieber weniger Kleider kaufen, dafür aber welche, die unter ökologisch und sozial fairen Bedingungen produziert worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist ein wichtiges Lernziel, das sich gar nicht immer so einfach umsetzen lässt. Dies heißt dann auch Verzicht auf T-Shirts oder Hosen und auf Schnäppchen, wenn sie in Fabriken zur Versorgung des Weltmarkts zu Billigstpreisen und unter sozial und ökologisch katastrophalen Bedingungen produziert worden sind. Auch hier geht die Landesregierung einen guten Weg, wenn sie das öffentliche Beschaffungswesen

(Petra Häffner)

weiterentwickelt und partnerschaftlich und im Sinne fairen Handelns ein an ökologischen und sozialen Kriterien orientiertes Vergaberecht installiert.

Die Umsetzung der Leitlinien hat inzwischen begonnen. Da gebe ich Ihnen recht, Herr Lasotta: Nicht alles wird von heute auf morgen zu bewerkstelligen sein. Wir müssen da Schritt für Schritt vorangehen.

Dennoch: Das Promotorenprogramm, mit dem die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung im außerschulischen Bereich gestärkt wird, hat zum 1. April begonnen. Der Bund hat seine Zusage zum vorläufigen Maßnahmenbeginn gegeben. Das Land und der Bund finanzieren diese Maßnahme, mit der in Baden-Württemberg insgesamt elf Stellen finanziert werden. Damit fördern wir institutionell das Netzwerk im Land. Auch die Servicestelle Burundi bei der SEZ wird künftig über das Promotorenprogramm gefördert. Eine weitere ist geplant. Der DEAB, das EPiZ, Engagement Global und einige mehr: Viele Bewerbungen liegen vor. Bis zum Herbst sollen alle Stellen besetzt werden.

Die erste Landeskonferenz Entwicklungspolitik auf der diesjährigen Messe FAIR HANDELN und die Messe selbst waren ein voller Erfolg. Das Land bezuschusste die Messe FAIR HANDELN mit 75 000 € – also in gleicher Höhe wie im Vorjahr.

Erfreulich ist, dass die Messe Stuttgart durch faire Preise und differenzierte Standgebühren die Aussteller unterstützt hat. Die Messe hat sich als ein Ort der Begegnung, des Austauschs und der Ideenentwicklung vieler Engagierter herauskristallisiert.

Eine schwierige Entscheidung – Herr Lasotta ist eben schon darauf eingegangen – gab es zu treffen: Die notwendig gewordene Schließung des IfB in Mannheim hat uns alle nicht erfreut. Wir sehen in der beruflichen Bildung junger Menschen eine große Aufgabe und Chance für die Entwicklungspolitik, die gerade die Bundesländer mit ihrer Kompetenz in diesem Bereich wahrnehmen können. Ich denke, auch ein Ende, ein Neustart kann eine Chance sein, um hier neue Wege zu gehen.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sowie das Staatsministerium suchen nun mit entsprechenden Partnern nach neuen Strukturen für die Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Handwerksbereich. Gut ausgebildete Handwerker sind eine wichtige Basis für wirtschaftliche Entwicklung und damit von enormer Wichtigkeit. Das wissen wir hier in Baden-Württemberg sehr gut. Deswegen sehe ich uns auch in der Verantwortung, dass wir, das Land, Handwerksbetriebe und Unternehmen eine Plattform bieten. So können Produkte, aber auch technisches Know-how und Erfahrungen ausgetauscht und für die Entwicklungszusammenarbeit fruchtbar eingesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Mit dem Dialogprozess haben wir bei der Zivilgesellschaft und den entwicklungspolitischen Akteuren hohe Erwartungen geweckt. Das merken wir auch als Abgeordnete des Landtags. Wir erhalten verstärkt Anfragen aus der Zivilgesellschaft z. B. mit der Aufforderung, dass der Landtag die Global Marshall Plan Initiative unterstützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns das Anliegen der Global Marshall Plan Initiative mit unseren Zielen aus den entwicklungspolitischen Leitlinien zusammenführen und gemeinsam einen Antrag erarbeiten, um global auf eine ökologisch und sozial gerechte Zukunft hinzuwirken. Dies ist ein wichtiges Zeichen, um die entfachte Dynamik im Land zu unterstützen und zu zeigen, dass es uns ernst ist. Entwicklungspolitische Arbeit ist die Politik des Wandels und die Verpflichtung, Verantwortung zu übernehmen. Beginnen wir heute damit!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Rita Haller-Haid das Wort.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben heute schon ausführlich über Europa diskutiert, über die bestehenden Probleme und darüber, welche Verantwortung das Land Baden-Württemberg hier übernimmt. Ich denke, wir müssen jetzt noch einen Schritt weiter gehen und uns auch überlegen, welche Verantwortung wir in der Welt übernehmen. Wie schnell uns die Probleme außerhalb Europas einholen können, sieht man z. B. – wir haben das heute Morgen in Bezug auf Griechenland und andere Länder angesprochen – bei den Flüchtlingen, die dann bei uns landen und die für die Länder eine große Belastung bedeuten. Es wäre manchmal sinnvoller, außerhalb anzusetzen, bevor man da in der EU Programme fährt. Aber das nur ganz nebenbei.

Die Problemlagen in der Welt haben sich natürlich sehr verändert. Es gibt heute auf der einen Seite Schwellenländer, die uns mit ihrer wirtschaftlichen Dynamik fast überholen, und auf der anderen Seite gibt es Länder, die von dieser Entwicklung völlig ausgeschlossen sind und komplett abgekoppelt sind. Das stellt uns natürlich vor neue Herausforderungen. Dabei, Herr Lasotta, stimme ich Ihnen zu, dass wir bezüglich der Probleme Nordafrikas und anderer Länder, die Sie angesprochen haben, aktiver werden müssen, als wir es bisher vielleicht gewesen sind. Das geht uns alle an.

Grob vereinfacht kann man sagen: Wir stehen vor zwei Herausforderungen. Das ist zum einen die Frage, wie man dem Trend zu einer weiteren ökologischen Zerstörung begegnen kann, und zum anderen die Frage, wie wir es schaffen, zu mehr sozialer Gerechtigkeit in der Welt zu kommen.

Der Global Marshall Plan, der angesprochen wurde, ist sicher ein ganz wichtiges Thema. Wie ich gehört habe, hat der Finanz- und Wirtschaftsausschuss jetzt eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um das Anliegen der Global Marshall Plan Initiative zu unterstützen, die Millenniumsziele der Vereinten Nationen durchzusetzen. Das finde ich sehr gut. Der Ausschuss für Europa und Internationales wird sich da mit Sicherheit anschließen. Ich hoffe auch, dass wir dann gemeinsam eine Diskussion im Landtag darüber führen können, wie wir auch in Baden-Württemberg die Millenniumsziele umsetzen können und was wir dazu beitragen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Bei dieser schwierigen Gemengelage in der Welt kann man ganz grob auch sagen: Wir brauchen mehr Kooperation ins-

(Rita Haller-Haid)

gesamt zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Das war letztlich auch der Grund, warum man diesen Dialogprozess, der ein voller Erfolg ist, angestoßen hat. Herausgekommen ist eine einzigartige Vernetzung, und zwar, Herr Dr. Lasotta, nicht nach dem Motto „Wünsch dir was“. Genau so war es eben nicht, sondern es sind sehr realistische Vorschläge erarbeitet worden, die sich entsprechend umsetzen lassen.

Was das Geld anbelangt: Zum ersten Mal wurde der Topf wieder kräftig erhöht. Wir haben jetzt immerhin 1 Million €.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir waren durch die Vernetzung gleichzeitig in der Lage, zusätzliches Geld zu rekrutieren. Das, finde ich, ist das Entscheidende, auf das es ankommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Was ist seitdem passiert? Vor allem ist erkannt worden: Entwicklungszusammenarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, die nicht allein beim Staatsministerium ansetzt, sondern zu der auch alle anderen Ministerien Überlegungen anstellen; sie haben Beauftragte für dieses Thema und überlegen, was sie machen können.

Es gibt eine Geschäftsstelle im Staatsministerium. Es gibt einen Fachbeirat, der schon angesprochen worden ist. Ich bin sicher, dass jetzt auch in den Einzelministerien entsprechende Vorschläge erarbeitet werden.

Das Thema „Globales Lernen“ ist angesprochen worden. Das Kultusministerium ist dabei, dieses Thema mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren anzugehen. Es läuft also eine ganze Menge.

Was die Berufsbildung anbelangt: Auch bei dem betreffenden Zentrum in Mannheim muss es weitergehen. Heute Morgen im Rahmen der ersten Aktuellen Debatte ist das Thema „Duale Ausbildung“ bereits angesprochen worden: Wir unterstützen die Fachhochschule in Esslingen hinsichtlich der Ausbildung zu diesem Thema. Das gilt genauso für Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit. Da macht das Land eine ganze Menge, und es wird auch in Mannheim mit Sicherheit in irgendeiner Form etwas nachkommen. Auch darüber wird im Moment diskutiert.

Wie geht es in der Zukunft weiter? Wir müssen auch im Zusammenhang mit dem Vergabegesetz und einem möglichen Beschaffungsgesetz überlegen: Wie macht man das? Vor allem bedarf es dafür ganz eindeutig des Dialogs mit der Wirtschaft. Wenn man immer sagt, man müsse künftig die gesamte Produktionskette ins Auge fassen, ist das ja gut und richtig, aber in der Praxis gar nicht so einfach.

Genau aus diesem Grund wollen wir auch in den Dialog mit der Wirtschaft treten und uns dabei überlegen: Wie schaffen wir es, dass wir z. B. die ILO-Richtlinien stärker berücksichtigen? Da reicht es wahrscheinlich nicht aus, dass man sich künftig immer auf die Eigenauskunft der Betriebe verlässt, sondern vielleicht bedarf es dafür tatsächlich mehr.

Diese Diskussion müssen wir an entsprechender Stelle führen. Das gilt genauso im Zusammenhang mit der Initiative zum Global Marshall Plan, die im Moment vorbereitet wird.

Ein anderes wichtiges Thema ist die faire Beschaffung. Immer mehr Städte werden Fair-Trade-Stadt. Die erste liegt in meinem Wahlkreis. Das ist Rottenburg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die letzte war Ludwigsburg!)

– Die erste in Baden-Württemberg war Rottenburg. Darauf lege ich Wert.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Zu Burundi will ich noch etwas ansprechen. Im November wird eine Partnerschaftserklärung unterzeichnet. Es wird zu Burundi auch einen ganz wichtigen Schwerpunkt geben: Das ist das Gesundheitswesen. Im Bereich Gesundheit ist es natürlich beispielsweise wichtig, dass man mit den Leuten vor Ort ihre traumatischen Erfahrungen im Bürgerkrieg aufarbeitet. Das Deutsche Institut für ärztliche Mission – Difäm – hat viele Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Institut ist hierbei mit im Boot. Das halte ich für eine gute und wichtige Erfahrung.

Es gibt darüber hinaus in Burundi auch sehr viele duale Ausbildungsprojekte. Da können wir uns immer noch steigern – in vielen anderen Ländern auch. Aber auf die duale Ausbildung wird in diesem Zusammenhang sehr viel Wert gelegt. Das Land arbeitet da auch mit anderen Bundesländern zusammen, die uns dabei schon manche Erfahrung voraushaben. So kooperiert z. B. Rheinland-Pfalz sehr eng mit Ruanda als Betreuungsgebiet; die arbeiten aufs engste zusammen.

Zum Abschluss möchte ich mich noch einmal ganz herzlich bei allen bedanken, die an diesem Prozess mitgewirkt haben: bei den Kirchen, der SEZ, der GIZ und vor allem bei den vielen Initiativen, die sich beteiligt haben, sowie bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet. Ich bin mir sicher, dass die Zusammenarbeit, die jetzt in diesem Prozess begründet wurde, ein guter Anfang für eine hervorragende weitere Zusammenarbeit ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Besucher und wohl auch Zuhörer werden sich gewundert haben, dass sich hinter diesem Bericht über aktuelle europapolitische Themen die Entwicklungszusammenarbeit verbirgt. Daher ist auch meine erste wohlgemeinte Aufforderung, dass wir in Zukunft das Kind beim Namen nennen. Wir dürfen es auch nach außen präsentieren: Der Landtag spricht über Entwicklungszusammenarbeit. Das brauchen wir nicht zu verstecken, ganz im Gegenteil.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das war Zufall!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Europapolitik und ganz besonders im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit finden alle Fraktionen sehr häufig zueinander und haben gleiche Positionen.

(Andreas Glück)

Über das Zustandekommen der entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg wurde viel gesagt. Ich möchte an dieser Stelle gleich sagen: Wir begrüßen insgesamt sehr, dass diese Leitlinien zustande kamen – auch mit einer breiten Bürgerbeteiligung. In der Tat war das schon ein bemerkenswertes Verfahren und übrigens – das muss ich an dieser Stelle eben auch sagen – das erste Mal, dass es dieser Landesregierung überhaupt gelungen ist, die Politik des Gehörtwerdens einmal richtig durchzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

– Jetzt ist in dieser Rede eine einzige kritische Anmerkung dabei. Sie dürfen wieder herunterkommen. Es wird gleich wieder kuscheliger.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt wird es schwer!)

Was wir auch nicht vergessen haben, ist die Auseinandersetzung, die Sie innerhalb der Häuser hatten. Das gilt auch für den Streit zwischen Ihnen, Herr Minister Friedrich und Herr Minister Schmid. Es ging um den Satz: „Verbindliche Kriterien in der Außenwirtschaftsförderung sollen verhindern, dass aus Landesmitteln entwicklungsschädliche Projekte gefördert werden.“ In der Tat: Dieser Satz findet sich nun in den Leitlinien nicht wieder. Das ist aus unserer Sicht auch gut so.

Aus unserer Sicht bedeutet eine erfolgreiche Außenwirtschaft immer auch erfolgreiche Entwicklungspolitik. Wenn sich das Land an die Vorgaben des deutschen Außenwirtschaftsrechts hält, sind meiner Meinung nach weitere Vorgaben des Landes überflüssig. Abgesehen davon ist zu fragen: Wer bestimmt denn, was „entwicklungsschädliche Projekte“ sind?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Minister! Wer denn sonst?)

Daher ist es aus unserer Sicht ganz gut, dass der von mir zitierte Satz so nicht in den Leitlinien enthalten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, positiv ist die gesellschaftliche Beteiligung im Verfahren. Das habe ich bereits gesagt; das haben wir jetzt ausführlich gelobt. Dabei konnten nicht alle Wünsche, die geäußert wurden, im Prozess umgesetzt werden. Beispielsweise wurde der Gedanke nicht umgesetzt, die Kompensation aus CO₂-Emissionen zweckgebunden in die Entwicklungsarbeit zu investieren. Auch verbindliche Vorgaben bei der Beschaffung sind nicht 1 : 1 enthalten.

Frau Häffner, ich möchte auf das eingehen, was Sie gesagt haben. Sie wollen kritische Konsumenten. Ich gebe Ihnen absolut recht. Aber eines muss ganz klar sein: Wer kritische Konsumenten will, muss Aufklärungsarbeit leisten und darf keine gesetzlichen Vorgaben und Verbote schaffen. Ich halte es auch nicht für richtig, dass der Landtag beispielsweise beschließt, dass alle Kommunen dementsprechend zertifiziert beschaffen müssen.

(Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ich habe das im Vorfeld gesagt! Wenn Sie zugehört hätten!)

Ich möchte noch einmal unterstreichen: Wenn wir kritische Konsumenten haben wollen, dann geht das nur über Aufklärung.

Im Entwicklungsprozess war auch immer klar, dass Entwicklungspolitik zunächst einmal nicht die gesetzliche Aufgabe des Landes ist, sondern eine Bundesaufgabe, dass wir aber speziell im Bereich der Entwicklungsarbeit – wenn auch subsidiär – unsere Stärken ausspielen können: Bildung, Forschung und Wissenschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Jahre wurden immer wieder große Fehler gemacht. Es wurde den Menschen zu viel Handaufhalten vorgeworfen und zu wenig Tatkraft zugetraut.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hilfe zur Selbsthilfe!)

Der Schritt muss doch in Richtung wirtschaftliche Zusammenarbeit gehen. Kein Land der Welt kann ein anderes Land der Welt durch reine Transferleistungen weiterentwickeln.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das wird vom Volumen her überhaupt nicht ausreichen. Aber ab dem Augenblick, in dem man auf wirtschaftliche Zusammenarbeit abzielt, ist zunächst einmal finanziell das Volumen, das transferiert wird, viel größer. Dadurch, dass ein bilaterales Interesse besteht, ist das Ganze auch nachhaltiger und ist nicht nur ein Geben bzw. Nehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Niebel und Gönner! Ein Traum-paar!)

Speziell in der Entwicklungszusammenarbeit gab es immer einen Wust an Verwaltungsaufwand. In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass es gerade in Berlin von Vorteil war, dass unter Entwicklungsminister Niebel viele Institutionen zusammengeführt wurden. Das halte ich für absolut wichtig. Diese Entflechtung muss auch zukünftig unser gemeinsames Ziel sein.

Ich darf zum Abschluss noch von einer persönlichen Erfahrung berichten. Ich war 1997 für eine Hilfsorganisation drei Monate in Bosnien. Es ist geradezu abstrus, wenn man den Willen hat, hilfebedürftigen Menschen zu helfen, sich dann jedoch mit einem Verwaltungswahnsinn beschäftigen muss und deswegen nicht seiner eigentlichen Aufgabe nachkommen kann. Das ist sehr traurig. Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir uns wirklich alle am Riemen reißen und versuchen, diese Entflechtung hinzubekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Wir unterstützen die Regierung, wenn es um die entwicklungspolitischen Leitlinien geht, solange sie sich an das Subsidiaritätsprinzip hält und klar ist, dass die landespolitischen Kompetenzen eng gesteckt sind – auch wenn sie selbstverständlich vorhanden sind.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir heute im Parlament keinen Antrag vorliegen haben, diese Leitlinien zu beschließen. Ich denke, es ist ein großer Schritt, dass die Opposition die Regierungsarbeit lobt. Es ist jedoch natürlich eine Arbeit der Regierung. Auch vom Entwicklungsprozess her ist es so, dass zuerst die Regierung aktiv war und nicht das Parlament. Deswegen bin ich auch der Meinung, dass dementsprechend nicht das Parlament die Leitlinien beschließen muss.

(Andreas Glück)

Am heutigen Tag haben Sie zumindest ein kleines Kompliment der Opposition bekommen, und das dürfte für Sie vielleicht mehr sein als an vielen anderen Tagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jesses! Andreas, nicht so lieb!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Friedrich.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der strahlt jetzt noch wegen der Komplimente!)

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie ahnen gar nicht, wie viel Lob die menschliche Seele verträgt, ohne daran Schaden zu nehmen. Dieses Lob ist schon etwas Besonderes, und ich werde es mir speziell vermerken. Es wäre aber vielleicht auch etwas, was man sich zur Gewohnheit machen könnte. Ich glaube, es gibt noch andere Felder, in denen wir auch gute Arbeit leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war natürlich etwas Besonderes, dass wir diesen Prozess „Welt:Bürger gefragt!“ gestartet und durchgeführt haben. Es gab durchaus Bedenken. Auch ich hatte im Vorfeld Bedenken, ob es möglich ist, einen so breit angelegten Prozess so zu führen, dass am Ende tatsächlich etwas in sich Stimmiges steht. Es gab natürlich auch die Sorge, dass viele Wünsche damit geweckt werden und ob wir auch dem gerecht werden können, was damit an Erwartungshaltung ausgelöst wird.

Im Moment kann man sagen, es war ein großer Erfolg: über 1 500 Teilnehmer in den Workshops, über 2 000 Ideen und Vorschläge. Nicht alle Ideen haben Eingang in diesen Gesetzentwurf gefunden, aber doch ganz viele. Es ist, auch über die Art und Weise der Beteiligung, gelungen, dass es tatsächlich kein „Wünsch dir was“, kein Wunschzettel, sondern ein in sich abgestimmtes Konzept geworden ist. Es ist vor allem gelungen – das finde ich besonders gut –, dass wir damit tatsächlich wieder ein sehr breites Bündnis aus Politik, Zivilgesellschaft, Organisationen und Verwaltung geschaffen haben, das das Thema Entwicklungszusammenarbeit trägt. Es ist sehr wichtig, dass wir ein in der Gesellschaft breit verankertes Bündnis für eine neue Dynamik in der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Kosten wurden erwähnt. Es stimmt, ein solcher Dialogprozess, eine solche Beteiligung kostet Geld – diese Kritik hatten wir auch an anderer Stelle –, nämlich insgesamt 118 000 €. Ich will jedoch sagen, dass es zum jetzigen Zeitpunkt bereits gelungen ist, von Partnern, die wir durch den Prozess neu gewonnen haben, über 400 000 € neue Fördermittel nach Baden-Württemberg zu holen. Das heißt, der Beteiligungsprozess selbst hat nicht nur etwas gekostet, sondern er hat auch etwas gebracht, was sich ganz konkret in Euro und Cent ausdrücken lässt.

Das Kabinett hat die Leitlinien am 5. Februar verabschiedet, und damit haben wir für die Landesregierung einen Beschluss,

der die neuen Leitlinien widerspiegelt. Es ist damit auch klar, dass dies tatsächlich als Querschnittsaufgabe für die Regierung verankert ist. Querschnitt heißt in diesem Fall, dass alle etwas tun, und nicht, dass alle darauf warten, dass jemand anders etwas tut – was „Querschnitt“ auch manchmal heißen kann. Wir haben tatsächlich eine Verankerung quer über alle Verwaltungsbereiche.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben organisatorische Konsequenzen gezogen, auch aus den Forderungen, die durch die Bürger erhoben wurden. Wir haben jetzt eine Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit beim Staatsministerium eingerichtet, die inzwischen auch in einem eigenen Referat untergebracht ist – wir haben also eine deutliche strukturelle Verbesserung –, und wir haben eine entsprechende interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die diese Maßnahmen begleiten und widerspiegeln wird.

Unser Ziel ist, dass wir die Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit auch in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes einbauen, weil Entwicklungsarbeit und ein gerechtes, ein förderliches Außenverhalten immer auch Elemente von Nachhaltigkeit sind.

Es ist die Frage angesprochen worden: Brauchen wir beim Thema „Beschaffung und Vergabe“ Neuregelungen? Wir werden nächstes Jahr die Beschaffungsanordnung des Landes ohnehin neu fassen müssen. Dabei ist klar – so, wie wir beim Tarifreugesetz diesen Schritt auch schon gemacht haben –, dass wir soziale und ökologische Kriterien und auch Entwicklungskriterien in die sowieso gegebene Beschaffungsanordnung hineinnehmen.

Herr Glück, ich gebe Ihnen durchaus recht: Es geht nicht nur darum, gute Gesetze zu haben, sondern es geht vor allem darum, die Leute zu befähigen, diese auch anzuwenden und die damit verbundenen Möglichkeiten zu nutzen.

Wenn wir kritische Konsumenten wollen, heißt das für Verwaltungen und Kommunen auch, dass es die Möglichkeiten, die es im Vergaberecht gibt und die jetzt auch mit einer novellierten Beschaffungsanordnung bestehen, tatsächlich zu nutzen gilt und dass die Entscheider – diejenigen, die diese Beschaffungsentscheidungen treffen und Ausschreibungen machen – diese Instrumente bekommen.

Wir haben den Europapool – den es im Staatsministerium bereits gab – erweitert, sodass sich dessen Ausrichtung nicht nur auf europäische Themen beschränkt, sondern wir auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung zu Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, der internationalen Zusammenarbeit entsenden können. Im Moment ist beispielsweise eine Mitarbeiterin des Staatsministeriums bei der OECD in Paris. Sie arbeitet dort mit und sammelt Erfahrungen, die für uns wertvoll sind, die auch für sie persönlich wertvoll sind und die zu einer Qualitätsverbesserung auch für die Landesverwaltung führen.

Bereits angesprochen wurde das Institut für Berufsbildung in Mannheim. Es stimmt, wir haben eine Entscheidung getroffen, die zuvor lange liegen geblieben war. Wenn man sich dieser Angelegenheit früher angenommen hätte, hätte man möglicherweise auch zu anderen Entscheidungen kommen können. Das Gutachten mit Vorschlägen dazu, was man tun könn-

(Minister Peter Friedrich)

te, stammt von 2009. Dieser Zeitraum war inzwischen abgelaufen.

Aber wir haben – ich glaube, das ist eine gute Nachricht – inzwischen im Bereich der beruflichen Entwicklungszusammenarbeit ein gutes Bündnis etabliert, für das das Kultusministerium, das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und das Staatsministerium eine ganze Reihe von Bündnispartnern gewonnen haben. Die Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg sind dabei, der Handwerkstag, die Bundesagentur für Arbeit, die Baden-Württemberg Stiftung, Engagement Global, das Programm „weltwärts“, die GIZ und die EZ-Scouts des BMZ. Alle Akteure, die in diesem Bereich bereits tätig sind, sitzen also in einem gemeinsamen Bündnis zusammen. Wir arbeiten dabei an konkreten Projekten wie etwa die Multiplikatorenschulung für die berufliche Bildung, die Ausweitung des Baden-Württemberg-Stipendiums auch auf Auszubildende und Praktikanten aus Entwicklungsländern, der Ausbau des Berufsbildungszentrums in Kayanza in Burundi, unterstützt durch die Kammern, oder die Ausweitung des „weltwärts“-Programms auf den beruflichen Bereich.

Das, was früher das IfB als Auftrag hatte, wird jetzt über diesen Arbeitszusammenhang weiter bearbeitet. Zusätzliche Elemente kommen hinzu. Wenn ich sehe, was man sich vorgenommen hatte und was wir in dieser Arbeitsgruppe nun schon alles angeregt haben, bin ich mir sehr sicher, dass wir im Bereich der beruflichen Bildung innerhalb kurzer Zeit mehr anbieten konnten, als es in der früheren Struktur über das IfB der Fall gewesen ist.

Das zweite Element ist, dass wir es nicht nur als eine Querschnittsaufgabe, sondern sogar als eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe ansehen, die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg voranzubringen. Wir haben aus dem Bürgerbeteiligungsprozess gelernt und haben eine ständige Form der Beteiligung geschaffen. Dies erfolgt zum einen über den Rat für Entwicklungszusammenarbeit, der bei der Landesregierung installiert ist, wo alle großen Player, alle großen Akteure der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg mit am Tisch sitzen und uns in der Umsetzung der Leitlinien begleiten. Alle Multiplikatoren aus diesem Bereich sind darin aktiv, und wir können auch schon erste Erfolge vorweisen: Auf der Messe FAIR HANDELN hatten wir den neu installierten Weltmarktplatz, wo die Bundesorganisationen GIZ, Engagement Global, das baden-württembergische Staatsministerium, die Kirchen einen gemeinsamen Stand hatten, wie es ihn in dieser Form früher nicht gab, um dort auch die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

Die Messe FAIR HANDELN war auch in diesem Jahr wieder ein großer Erfolg. Die Dynamik dieser Messe ist gigantisch; das kann man nicht anders sagen. Dies hat inzwischen überhaupt nichts mehr mit einem einfachen Austausch zu tun – so, wie es früher einmal im Haus der Wirtschaft begonnen hatte –, sondern das ist inzwischen eine vollwertige Messe, ein wichtiges Element im Veranstaltungsprogramm der Landesmesse in Stuttgart und ein bundesweiter Leuchtturm.

Man muss sagen: Das ist wirklich ein großartiger Erfolg, den vor allem die SEZ ermöglicht hat. Wenn man sieht, wie viele Aussteller diesmal beteiligt waren, wie groß der Publikumszuspruch war, welch großes Programm auch mit der Bürgerbeteiligungskonferenz, die dort stattgefunden hat, geboten

wurde, kann man sagen: FAIR HANDELN ist ein riesiger Erfolg; diese Messe schärft das Profil des Landes Baden-Württemberg in der Entwicklungszusammenarbeit, und sie ist auch unter den Bundesländern ein Alleinstellungsmerkmal.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zu den Erfolgen zählt auch, dass wir in Baden-Württemberg als erstem Bundesland das Eine-Welt-Promotoren-Programm umsetzen können. Wir haben am 1. April damit begonnen. Insgesamt gibt es jetzt elf Stellen im Land, zum Teil finanziert über das Land, zum größeren Teil über den Bund, das BMZ und das Promotorenprogramm. Das bedeutet, dass wir in Baden-Württemberg an verschiedenen Stellen professionelle Unterstützung für die vielfältige entwicklungspolitische Landschaft an Initiativen, Gruppen, Kirchengemeinden, Vereinen, die sich engagieren, organisieren können.

Aus meiner Sicht besonders wichtig ist es, dass es gelungen ist, über den Rat für Entwicklungszusammenarbeit sehr schnell Einigkeit darüber herzustellen, wo diese elf Promotorenstellen angesiedelt werden: für den Bereich Wissenschaft, für den Bereich der Migranten – Diaspora –, sodass diese darin unterstützt werden, sich einzubringen, für das Burundi-Zentrum bei der SEZ. Wir haben einen großen Konsens.

Was noch wichtiger ist: Alle entwicklungspolitischen Akteure des Landes haben sich selbst dazu verpflichtet und gehen mit eigenem Engagement und eigenem Geld daran, dieses Programm umzusetzen. Ich glaube, das ist eine Professionalisierung, die weit über das hinausgeht, was wir in der Vergangenheit hatten. Es ist ein Angebot an Beratung, an Unterstützung, an Dienstleistungen für Kommunen, für Initiativen. Das ist bundesweit einmalig; da sind wir unter allen Bundesländern vorndran, und ich bin sehr stolz, dass uns das so gut gelungen ist.

In diesem Zusammenhang auch ein herzliches Dankeschön an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ohne das dies alles so nicht möglich wäre.

Meine Damen und Herren, wir haben es mit diesem Prozess insgesamt, meine ich, geschafft, dass nicht nur im Landtag und in der Regierung, sondern tatsächlich auch bei allen Trägern des entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg eine neue Dynamik entstanden ist. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit mit einem neuen Geschäftsführer wird sich auf einer Klausurtagung auch mit der Umsetzung der neuen Leitlinien beschäftigen und sich Fragen widmen wie: Was bedeutet das für uns? Was können wir tun? Ich glaube, die SEZ ist sehr gut aufgestellt. Sie leistet eine enorm wichtige Arbeit, und sie passt jetzt ihre Dienstleistungen, ihre Angebote – auch durch diesen Beteiligungsprozess – noch stärker an die Anforderungen der Entwicklungszusammenarbeit an.

Es ist uns in diesem Prozess daneben auch gelungen, dass die Verhärtungen oder Verkrampfungen, die es manchmal zwischen den verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft, zwischen den Stiftungen, innerhalb der Politik gab, zum Teil geglättet wurden. Man arbeitet zusammen und ist dabei erfolgreich; auch das hat dieser Prozess mitbewirkt.

Natürlich wünsche auch ich mir, dass wir mehr Geld für entwicklungspolitische Aktivitäten und Prozesse haben. Es ist

(Minister Peter Friedrich)

uns aber schon jetzt gelungen, einen deutlichen Mittelzuwachs hin zur Millionengrenze zu organisieren. Zudem setzen wir die Mittel als Kofinanzierungsmittel noch besser ein, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich nenne dabei nur das Promotorenprogramm; ich nenne die Fördermöglichkeiten im Land, die es jetzt auch durch den Bund gibt und in deren Rahmen es uns gelingt, inzwischen deutlich mehr als 1 Million € für entwicklungspolitische Maßnahmen einzusetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir beraten momentan das Abkommen mit Burundi, und wir tun auch das in einer neuen Form. Denn zum ersten Mal gehen wir, auch in Gesprächen mit Vertretern aus Burundi, so vor, dass wir von vornherein zivilgesellschaftliche Akteure mit an den Tisch holen und sie fragen: Was wollt ihr denn im Rahmen eines solchen Abkommens, einer solchen Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit Burundi haben?

Herr Dr. Lasotta, ich nehme Ihren Vorschlag gern auf, den Landtag stärker einzubinden, wenn es um das Abkommen zwischen der Republik Burundi und dem Land Baden-Württemberg bzw. um die Zusammenarbeit der Parlamente geht. Auch ich halte es für einen wichtigen Ansatz und begrüße es, wenn gesagt wird: Wir unterstützen das Parlament in Burundi in seiner parlamentarischen Arbeit. Dies muss nicht unbedingt heißen, dass damit viel Repräsentation verbunden ist, sondern es geht eher um praktische Hilfe zur Selbsthilfe, um praktische Zusammenarbeit. Dies wäre ein wertvoller Beitrag, und zwar genau im Sinne dessen, was wir als „Entwicklungszusammenarbeit zwischen Partnern auf Augenhöhe“ bezeichnet haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und vielen Dank für das Engagement aller, die dazu beigetragen haben, dass dieser Prozess so hervorragend geführt werden konnte, und die dafür sorgen, dass dies auch zukünftig gelingen wird.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 15/3248. Der Ausschuss für Europa und Internationales schlägt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 15/3248, abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes – Drucksache 15/3209

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 15/3377

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport ausführlich über die Novellierung des Fachkräftekatalogs beraten und diskutiert haben, steht heute in der zweiten Lesung die Beratung und Verabschiedung des geänderten Kindertagesbetreuungsgesetzes auf der Tagesordnung.

Was beinhaltet das neue Kindertagesbetreuungsgesetz? Zum einen erweitern wir den Fachkräftekatalog. Dies bedeutet, wir ermöglichen weiteren Berufsgruppen, in den Kindertagesstätten in unserem Land zu arbeiten, sodass dem steigenden Fachkräftebedarf entsprochen wird. Zum anderen hoffen wir aber auch, dass der Ausbau der Inklusion und der Integration dadurch weiter vorankommt und die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder von der Landespolitik unterstützt werden. Dabei dürfen wir aber nie vergessen, dass die Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder in der vorrangigen Verantwortung ihrer Eltern liegen.

Wenn die Eltern das Wertvollste, das sie haben, nämlich ihre Kinder, in die zeitweilige Verantwortung der örtlichen Kindertagesstätte geben, muss gewährleistet sein, dass die Kinder von pädagogisch qualifizierten Fachkräften betreut werden. Quantität auszubauen und Qualität zu sichern, das ist für mich das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts dieser wichtigen Aufgabe bedarf es in besonderem Maß der Sicherstellung der bislang bestehenden hohen Qualität der Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg.

Damit diese Qualität in der Kinderbetreuung auch nach der Gesetzesnovelle gewährleistet ist, haben die beiden Landtagsfraktionen von CDU und FDP/DVP, wie im Ausschuss angekündigt, einen Entschließungsantrag eingebracht. Die hohe Qualität in den Kindertageseinrichtungen kann nur durch das Instrument der systematischen Evaluation der Umsetzung der vorliegenden Gesetzesänderung gesichert werden. Die Landesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, unmittelbar nach den vollzogenen Änderungen des Kindertagesbetreuungsgesetzes mit den Trägervereinen sowie mit dem KVJS die konkrete Ausgestaltung der Evaluation abzustimmen.

Meiner Auffassung nach ist es zielführend, dem Landtag nach zwei Jahren einen Zwischenbericht und nach drei Jahren einen Abschlussbericht vorzulegen. So können wir prüfen, ob die Erweiterung des Fachkräftekatalogs zielführend war und der hohe Qualitätsstandard gesichert werden konnte. Aufgrund dieser Erkenntnisse können wir gegebenenfalls entsprechende Korrekturen vornehmen, um so die notwendige Qualität in den Kindertageseinrichtungen zu sichern.

(Tobias Wald)

Die Evaluation sollte folgende Bereiche in den Blick nehmen. Erstens: Genügt die von den Trägern in Eigenverantwortung vorgenommene Auswahl von geeigneten Personen den Anforderungen der Qualitätssicherung? Zweitens: Ist das vorliegende Qualifizierungskonzept für Fachkräfte sowie für Zusatzkräfte ausreichend, um die bisherige hohe Qualität wirklich zu sichern? Drittens: Ist das Qualifizierungskonzept mit 60 Fortbildungsstunden für die Leitungskräfte ausreichend, um die neuen Herausforderungen, die an sie herangetragen werden, zu bewältigen? Viertens: Genügt die Qualität des Leitungspersonals, um sämtliche im Orientierungsplan ausgewiesenen frühkindlichen Entwicklungsfelder unter besonderer Berücksichtigung der Sprachentwicklung zu sichern? Fünftens: Können die bestehenden Förder- und Betreuungskonzepte in den Kindertageseinrichtungen auch künftig auf solch hohem Niveau umgesetzt werden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, die CDU-Landtagsfraktion hat den Gesetzentwurf, wie von mir im Plenum am 20. März dieses Jahres angekündigt, konstruktiv und kritisch begleitet. Wir begrüßen es, dass der CDU-Antrag, auch die Berufsgruppe der Dorfhelferinnen und Dorfhelfer in den Fachkräftecatalog aufzunehmen, Zuspruch im Ausschuss gefunden hat und dort einstimmig angenommen wurde. Diese Berufsgruppe ist für die Arbeit in den Kindertagesstätten sehr gut gerüstet und geeignet.

Ich darf an dieser Stelle bei den beiden Regierungsfractionen um Zustimmung zu dem von uns eingebrachten Entschließungsantrag werben. Das bisherige Gesetzgebungsverfahren hat gezeigt, dass alle Fraktionen ein gemeinsames Interesse am weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung haben und dabei die notwendige Qualität nicht außer Acht lassen wollen.

Die von uns vorgeschlagene systematische Evaluation der Umsetzung des Betreuungsauftrags ist ein wichtiger Baustein, um die hohe Qualität nachhaltig zu sichern. So wird es möglich, dass unvorhergesehene Umsetzungsschwierigkeiten frühzeitig sichtbar und entsprechend korrigierbar werden.

Nachdem wir heute das Kindertagesbetreuungsgesetz für die Herausforderungen der Zukunft fit gemacht haben, sollten wir uns nun dem dritten Baustein in der Kinder- und Familienpolitik widmen, der Unterstützung der engagierten Tagesmütter und Tagesväter. Hier gibt es noch einiges zu verbessern. Packen wir es gemeinsam an.

Die CDU-Landtagsfraktion wird, wie im Ausschuss angekündigt, der Gesetzesnovelle zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass der Ausbau der Kleinkindbetreuung in Baden-Württemberg eine große Herausforderung für alle Akteure im Land darstellt. Wir haben daher in den vergangenen Jahren schon diverse Maßnahmen ergriffen, um diesen Ausbau im Land voranzutreiben und die notwendige Qualität in den Kindertageseinrichtungen

zu erreichen. Beispielsweise haben wir mit dem Pakt mit den Kommunen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Plätze im Land auch in diesem Jahr ausgebaut werden. Mit den 300 Millionen €, die in diesen Pakt hineingeflossen sind, wurde endlich der entscheidende Stein ins Rollen gebracht, damit im Land die notwendigen Plätze in der U-3-Betreuung geschaffen werden.

Wir haben mit der PIA, der praxisintegrierten Ausbildung, zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher gefunden. Mit einem Anteil von 15 % haben sich junge Männer für diesen Beruf entschieden. Das war in den vergangenen Jahren ein großes Manko. Wir haben damit eine Möglichkeit geschaffen, endlich neue Interessenten für die Ausbildung zu Erzieherinnen und Erziehern zu bekommen, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten zu können. Wir haben eine Stärkung der Tageselternvereine vorgenommen, die in diesem Bereich ebenfalls eine wichtige Rolle spielen werden.

Doch noch gibt es nicht genügend Plätze zur Deckung des Bedarfs. Wir wissen das. Wir haben daher mit den Veränderungen im Kita-Fachkräftecatalog Möglichkeiten geschaffen, damit neue Berufsgruppen in Kindertageseinrichtungen arbeiten können. Wir, die Fraktion GRÜNE, sind davon überzeugt, dass diese neuen Berufsgruppen in den kommenden Jahren eine immer wichtigere Rolle spielen werden, wenn das Thema Inklusion in den Kindertageseinrichtungen verstärkt Einzug hält, damit Kinder mit und ohne Behinderung gleichermaßen in der frühkindlichen Bildung unterstützt werden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Doch bei allen äußeren Zwängen ist es für uns Grüne ein wichtiges Anliegen, dass die Qualität in den Einrichtungen stetig verbessert wird und trotz der Herausforderungen nicht abfällt. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Träger, in den kommenden Jahren mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten verantwortungsbewusst umzugehen. Eine zentrale Rolle für die Qualität in den Einrichtungen spielen die Fachkräfte. Für Kinder und gerade für Kleinkinder in den ersten Jahren sind die Erfahrungen, die sie machen, zentral und entscheidend für die frühkindliche Entwicklung und damit für die gesamte Zukunft in ihrem Leben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Entscheidend ist für Kinder in diesem Zusammenhang nicht allein die Sprachförderung, die sie in den Kindertageseinrichtungen erfahren und wofür wir die Förderung ausgebaut haben, sondern entscheidend sind in den Kindertageseinrichtungen die Bindungen und Beziehungen, die Kinder in diesen Einrichtungen erfahren. Damit stabile Bindungen und Beziehungen aufgebaut werden können, sind sehr gut qualifiziertes Personal und ein sensibles Personalmanagement der Träger dieser Kindertageseinrichtungen erforderlich.

In dem vorliegenden Fachkräftecatalog wurden einige Erweiterungen vorgenommen, die von vielen Seiten gewünscht wurden und denen wir ebenfalls zustimmen können. Damit wird für die Träger eine größere Flexibilität geschaffen. Nun liegt es aber auch an den Trägern, damit verantwortungsbewusst umzugehen und davon mit Blick auf die Kinder Gebrauch zu machen.

(Sandra Boser)

Ich möchte noch etwas zum Verfahren sagen, gerade mit Blick auf den eingereichten Entschließungsantrag, Herr Wald. Wir haben vor drei Wochen im Ausschuss über das Thema Evaluation gesprochen. Die Staatssekretärin hat die Zusage gegeben, dass eine Evaluation durchgeführt wird. Es ist für mich daher unverständlich, dass dieser Antrag gestern Abend um Viertel vor sieben bei uns einging und keinerlei Absprachen mit uns, mit den Regierungsfractionen, im Vorfeld gesucht wurden, um gerade in dem Bereich, in dem wir doch eigentlich eine große Einigkeit haben und uns darüber im Klaren sind, dass wir Wege gemeinsam gehen können, einen gemeinsamen Entschließungsantrag einzubringen, sondern dass die Opposition den Antrag allein eingebracht hat.

Zu den Punkten, die Sie in Ihrem Entschließungsantrag ansprechen, sind wir vollkommen d'accord. Das haben wir schon im Ausschuss gesagt.

(Zuruf von der CDU: Sehr schön!)

Wir werden Ihrem Entschließungsantrag aufgrund von zwei Punkten aber nicht zustimmen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Warum nicht?)

– Ja, das werde ich erläutern, Herr Zimmermann. Kein Problem.

Da sind zum einen die Ausführungen in Abschnitt I Ihres Entschließungsantrags zu den Inhalten einer Evaluation. Wir halten es für geboten, dass diese Punkte auch mit denjenigen durchgesprochen werden, die die Evaluation durchführen.

In Abschnitt II Ihres Entschließungsantrags haben Sie Fristen für die Evaluation festgelegt: nach zwei Jahren einen Zwischenbericht und nach drei Jahren einen Abschlussbericht. Wir hingegen schlagen in unserem Antrag zwei Jahre und vier Jahre vor; denn dann hat man eine längere Zeitspanne nach dem Zwischenbericht, die es ermöglicht, Veränderungen zeitgerecht vorzunehmen, wenn man merkt, dass es Verschiebungen gibt. Ich halte es nicht für möglich, in einem nach drei Jahren vorzulegenden Abschlussbericht bereits die Veränderungen zu berücksichtigen, die man zur Verbesserung nach zwei Jahren vorgenommen hat. Deshalb schlagen wir vor, auf zwei und vier Jahre zu gehen.

Sie waren nicht bereit, mit uns einen gemeinsamen Antrag zu formulieren; deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen und einen eigenen Entschließungsantrag einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh! Beleidigt!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann meine Ausführungen in dieser zweiten Lesung relativ kurz halten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Heiterkeit des Abg. Tobias Wald CDU)

Denn die Herausforderungen, die zu dieser Gesetzesänderung geführt haben, haben wir im Plenum und im Ausschuss mehrfach besprochen. Wir müssen auf den Fachkräftemangel reagieren und dürfen gleichzeitig keine Abstriche bei der Qualität zulassen. Beides zusammen ist schon fast ein Ritt auf der Rasierklinge; zumindest ist es ein schwieriger Spagat. Es ist ein Spagat, in den nächsten Jahren ausreißend viele qualifizierte Fachkräfte zu haben. Herr Wald, ich bin Ihnen auch sehr dankbar für die Intonierung dessen, was wir als besonders wichtig empfunden haben, nämlich die notwendige Quantität und die gewollte Qualität miteinander zu verbinden.

Einige Maßnahmen sind auf den Weg gebracht worden – die Kollegin Boser hat sie schon genannt –: der Pakt für Familien, die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten und auch das Modell der praxisintegrierten Ausbildung.

In diesem Maßnahmenbündel ist die Öffnung des Fachkräftekatalogs ein weiteres Bausteinchen. Ich finde es ausgesprochen erfreulich, dass jetzt ein grundsätzlicher Konsens entstanden ist und er eigentlich schon die ganze Zeit bestanden hat, und zwar sowohl hier im Haus als auch im Feld der Trägerlandschaft draußen. Wir waren auch offen für Vorschläge Ihrerseits. So sind jetzt die Dorfhelferinnen als Ergänzung hineingenommen worden, verwaltungstechnisch ein bisschen umgearbeitet. Dazu gibt es einen gemeinsamen Beschlussantrag, der Ihnen vorliegt.

Wir haben – Frau Boser hat das auch genannt – im Ausschuss über die Sinnhaftigkeit und über die Notwendigkeit von Evaluation gesprochen. Es geht darum, auf die Auswirkungen zu schauen, die wir mit dieser Gesetzesänderung produzieren. Entsprechende Signale sind vom Ministerium geäußert worden.

Deswegen ist es irgendwie ein bisschen schade, dass wir nach wochenlanger, nach monatelanger intensiver parlamentarischer und außerparlamentarischer Bearbeitung dieses Themas diesen fast über Nacht nachgeschobenen Antrag vorliegen haben. Es ist richtig: Dieser Antrag trifft in der Intention unser gemeinsames, immer wieder auch beschriebenes Anliegen,

(Zuruf von der CDU: Dann stimmt doch zu!)

aber er schießt über das Ziel hinaus, weil er das operative Geschäft beschreibt. Dieses operative Geschäft können wir jedoch meines Erachtens getrost denen überlassen, die das auch betreiben werden, den zu beauftragenden Fachleuten und den Trägern, die da auch eine gewisse Rolle zu spielen haben.

Alles, was zu diesem Thema politisch zu beschließen ist, haben wir jetzt in einem eigenen kurzen und prägnanten Antrag formuliert, nämlich auf die Auswirkungen zu schauen, die die Gesetzesänderung einerseits auf die Fachleute und andererseits auf das Leitungspersonal haben wird, und zwar auf einer Zeitachse von vier Jahren. In zwei Etappen, nach zwei und nach vier Jahren, sollen die Ergebnisse der Evaluation dem Landtag vorgelegt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den für mich wichtigsten Gedanken am Schluss: Von dieser Gesetzesänderung darf nicht die Botschaft ausgehen, Kindergartenpädagogik könne jeder.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(Christoph Bayer)

Die Botschaft muss heißen: Wir wollen auf dem Weg von Kindergärten zu Familienzentren zusätzliche Potenziale erschließen. Wir wollen Multiprofessionalität als Chance für Qualitätsentwicklung nutzen. Das ist eine schwierige Operation, die nicht von allein gelingt. Deshalb brauchen wir verantwortungsvolle Träger und auch differenzierte Personalentwicklungskonzepte vor Ort. Wir brauchen auch – richtig – Qualitätscontrolling und Evaluation.

In diesem Sinn rechne ich mit der Zustimmung von Ihnen allen zum Gesetzentwurf im Allgemeinen und zu unserem Beschlussantrag im Besonderen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Landtagsfraktion begrüßt den Gesetzentwurf prinzipiell. Er ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, um dem Fachkräftemangel im Bereich der Kinderbetreuung entgegenzuwirken und um somit dem gesetzlichen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. August 2013 gerecht zu werden.

Wir sehen dieses Gesetz als einen wichtigen Schritt an. Allerdings muss uns auch klar sein, dass durch diese Gesetzesänderung allein der Fachkräftebedarf nicht völlig gedeckt werden kann. Das heißt, wir schließen uns in diesem Punkt den Forderungen und der Stellungnahme des Städtetags an.

Das grundsätzliche Problem des Fachkräftebedarfs können wir so nicht lösen; denn durch die Ausweitung des Pools an Fachkräften verändern wir ja nicht die absolute Zahl der Fachkräfte an sich. Vielmehr müssen wir sehen, dass nun mehrere Fachgebiete möglicherweise um die gleichen Fachkräfte konkurrieren.

Längst überfällig war die Erweiterung des Fachkräftepools durch Hochschulabsolventinnen und -absolventen, wobei die zunehmende Akademisierung jedoch auch die Frage nach einer besseren Vergütung der angesprochenen Fachkräfte aufwirft.

Einen großen Vorteil sehen wir in der Tatsache, dass nun die im Ausland erworbenen Abschlüsse besser berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich mich der Forderung meines Kollegen Jochen Haußmann anschließen, dass hierzu vom Integrationsministerium dringend ein Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen für Baden-Württemberg vorgelegt werden muss. Es kann nicht angehen, dass ausgerechnet das so dringend auf Fachkräfte angewiesene Land Baden-Württemberg hier die rote oder, besser gesagt, grünrote Laterne unter allen Bundesländern trägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meiner Fraktion ist es wichtig, nicht nur einfach den Pool der Fachkräfte auszuweiten oder durch Zusatzqualifikationen weiterzubilden. Uns ist es ein großes Anliegen, auch auf die entsprechend hohe Qualität zu achten. Alle meine Vorredner haben darauf auch entsprechend Wert gelegt.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle noch einmal auf den Antrag verweisen, den die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP/DVP gestellt haben, in dem wir fordern, zu überprüfen, wie sich die heutige Gesetzesänderung dann tatsächlich ausgewirkt hat, ob die erhoffte positive Wirkung eingetreten ist oder ob es Schwierigkeiten gab. Weil Sie, meine Vorredner von der Koalition, alle gesagt haben, dass die Richtung durchaus richtig ist und man sich da auch einigen könnte, finde ich schade, dass es letztlich wohl keine Einigung gibt. Springen Sie doch über Ihren Schatten, und stimmen Sie einmal einem Antrag der Opposition zu!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Wir begrüßen ganz ausdrücklich, dass es durch die Erweiterung des Fachkräftekatalogs nun zu einem deutlichen Bürokratieabbau kommt, da zukünftig keine Ausnahmeanträge mehr gestellt werden müssen. Die Träger vor Ort werden entsprechend entlastet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich betonen: Vergesst die Tageseltern nicht!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Noch werden sie in diesem Gesetzentwurf außen vor gelassen. Wir begrüßen daher sehr die Aussagen des Ministeriums über die Gespräche mit dem Verband der Tagesmüttervereine Baden-Württemberg e. V. und den Mütterzentren über einen entsprechenden Zugang zum Erzieherberuf. Gerade die Berufsgruppe der Tagesmütter und -väter hat sehr viele Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt und betreut bereits heute viele Kinder in unserem Land. Den Forderungen des Städtetags in diesem Zusammenhang schließen wir uns ausdrücklich an.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Staatssekretärin von Wartenberg.

Staatssekretärin Marion von Wartenberg: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bedanke ich mich ganz herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Diskussion über den Gesetzentwurf. Bereits die erste Lesung des Gesetzentwurfs war von großer Übereinstimmung geprägt, und im Bildungsausschuss wurden die gemeinsamen Positionen deutlich. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde die Berufsgruppe der Dorfhelferinnen und Dorfhelfer in den vorliegenden Gesetzentwurf aufgenommen.

Es war mir ein Anliegen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einerseits dem gesteigerten Bedarf an Fachkräften, aber andererseits auch den Anforderungen einer qualitativ guten Kindertagesbetreuung Rechnung trägt. Ich hatte – das ist jetzt in der Diskussion erwähnt worden – im Bildungsausschuss vorgeschlagen, dass wir nach einem Zeitraum von zunächst ein-

(Staatssekretärin Marion von Wartenberg)

mal zwei Jahren und dann vier Jahren eine wissenschaftliche Evaluation durchführen. Dieser Vorschlag wurde im Bildungsausschuss fraktionsübergreifend wohlwollend aufgegriffen. Ich habe vermittelt, dass wir ihn heute in der zweiten Lesung aufgreifen werden.

Was wollten wir und wollen wir mit dieser Evaluation? Wir werden einerseits die quantitativen Veränderungen der einzelnen Qualifikationen, die über die jährliche Kinder- und Jugendhilfestatistik abgebildet werden, in den nächsten Jahren verfolgen. Andererseits werden wir die genannten qualitativen Aspekte wissenschaftlich überprüfen lassen. Wir wollen wissen, ob und wie sich die Einstellungspraxis der Einrichtungen verändert. Mir ist besonders wichtig, Informationen über die Erfahrungen in den multiprofessionellen Teams, die sich bilden werden und bereits gebildet haben, zu erhalten. Im Mittelpunkt sollen dabei die Arbeitsprozesse, die Arbeitszufriedenheit der Teammitglieder, aber vor allem die Qualität der pädagogischen Arbeit stehen. In der Evaluation muss die zentrale Frage beantwortet werden: Wie gelingt es uns, die unterschiedlichen Qualifikationen und Kompetenzen zu einem Team zusammenzuführen, um so eine optimale frühkindliche Förderung und Bildung zu erreichen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sollte sich die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesbetreuungseinrichtungen deutlich verändern, dann müssen wir gegebenenfalls nachsteuern. Ich werde dann zu gegebener Zeit einen Vorschlag unterbreiten.

Nun zum Gesetzentwurf: Die Erweiterung des Fachkräftekatalogs um zusätzliche Qualifikationen wie Kindheitspädagoginnen oder Grund- und Hauptschullehrkräfte, Hebammen oder die genannten Dorfhelferinnen – wie im Bildungsausschuss beschlossen – lässt die Fachkräfteteams in den Einrichtungen vielfältiger werden.

Ein kurzer Rückblick: Im Jahr 2012 hatten rund 91 % des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen eine klassische pädagogische Ausbildung für den Bereich Kindertagesbetreuung und Jugendhilfe, wie die Kinder- und Jugendhilfestatistik vom 1. März 2012 zeigt. Nur knapp 0,8 % hatten einen Abschluss in einem Gesundheitsberuf. 73 % hatten einen Abschluss als Erzieherin oder Erzieher. 3,3 % hatten einen Studienabschluss im sozialpädagogischen oder pädagogischen Bereich. 10 % hatten einen Abschluss als Kinderpflegerin. 4,6 % waren Anerkennungspraktikanten.

Ich gehe nicht davon aus, dass durch die Öffnung des Fachkräftekatalogs wesentliche Verschiebungen in der Zusammensetzung des Personals erfolgen werden, weil – so die begründete Annahme – die Träger der Einrichtungen sicherlich verantwortungsvoll mit dieser Öffnung umgehen werden.

Im Wesentlichen wurden bei der Erweiterung des Fachkräftekatalogs vor allem solche Qualifikationen zusätzlich aufgenommen, die schon bisher vom KVJS, dem Landesjugendamt, auf Antrag geprüft und genehmigt worden sind.

Die Diskussion über den Gesetzentwurf – auch die heutige Beratung – hat gezeigt, dass sich alle Fraktionen intensiv damit auseinandergesetzt haben, ob eine veränderte Zusammensetzung des Personals Auswirkungen auf die Qualität von Bil-

dung, Erziehung und Betreuung in einer Einrichtung haben könnte.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich freue mich, dass wir uns alle einig darüber sind: Bei der Qualität der Betreuung dürfen keine Abstriche gemacht werden, und Personen, die keine originäre pädagogische Ausbildung haben, müssen nun eine zusätzliche Qualifikation erwerben.

Wichtig ist bei der Umsetzung, dass die Themen hinsichtlich der Bildungs- und Entwicklungsfelder des Orientierungsplans in den genannten Fortbildungen enthalten sind. Wichtig ist auch, dass die rechtlichen Themen wie z. B. der gesetzliche Auftrag für Bildung, Erziehung und Betreuung, Kinderschutz und Aufsichtspflicht ebenfalls enthalten sind.

Vorhin stand noch eine Frage im Raum. Wir geben den Einrichtungen die Wahl, ob sie beispielsweise eine 25-tägige Qualifizierung für die Fachkräfte aus dieser Gruppe vorsehen oder ein Berufspraktikum, das von einer Fachschule für Sozialpädagogik betreut wird. Dadurch kann eine Einrichtung die für sie passende Möglichkeit auswählen.

Sie haben in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs auch das Thema Personalentwicklung angesprochen. Mit der Differenzierung der Leitungspositionen in Gruppenleitung und Einrichtungsleitung wurde nun ein erster Schritt in Richtung Personalentwicklung gemacht. Aus unserer Sicht ist wünschenswert, dass vor Ort entsprechende Konzepte zur Personalentwicklung erstellt werden. Das liegt aber in der Verantwortung der Träger.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Ausführungen der Staatssekretärin bitten.

Staatssekretärin Marion von Wartenberg: Es ist schon viel zum Thema gesagt und aus unserer Sicht beleuchtet worden, wo spezifische Schwerpunkte benannt werden müssen. Ich denke, wir befinden uns mit den Trägern zwischenzeitlich in einem guten Gespräch. Ich gehe davon aus, dass unser Gesetzentwurf, wie er heute verabschiedet werden soll, ein wichtiger Schritt zur Deckung des Personalbedarfs und zur Betreuung der Kinder in Tageseinrichtungen darstellt. Außerdem stellt er einen wichtigen Schritt zur Bildung multiprofessioneller Teams dar. Damit können die Einrichtungen Teams zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen Sie stehen, nämlich der Herausforderung der Inklusion und der Weiterentwicklung in Richtung Familienzentren, in einem passenden personellen Kompetenzmix zusammenstellen.

Sie haben noch das Thema Tagespflege angesprochen. Das ist ein wichtiges Thema. Ich will Ihnen auch dazu versichern – Sie hatten vorhin die Frage gestellt, Herr Abg. Wald –: Wir sind bereits in Gesprächen, und wir werden in naher Zukunft entsprechende Konzepte vorlegen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Boser, Sie hatten es angesprochen: Wir hatten im Ausschuss über die Evaluation gesprochen. Allerdings hatten wir bis gestern Abend auf einen entsprechenden Antrag aus dem Kultusministerium gewartet.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Die schreiben doch keine Anträge!)

Da keiner vorlag, haben wir einen eigenen Antrag eingereicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha!)

Unser Antrag ist sehr konkret,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unserer auch!)

sehr umfassend und beinhaltet alle Details. Wir möchten nicht nur eine punktuelle Evaluation, sondern eine richtig tiefgreifende, qualitativ gute und hochwertige Evaluation. Das verstehen wir unter einer guten Kinderbetreuung. Ich denke, dass sind wir den Kindern in unserem Land schuldig; denn die Kinder sind das Wertvollste, was wir haben.

Ich werbe noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag. Sollten Sie Ihre Sparversion durchsetzen, werden wir im Ausschuss entsprechende Anträge stellen, damit wir unsere Detailfragen beantwortet bekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/3209.

(Unruhe)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 15/3377. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit einer Änderung in Artikel 1 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

und dazu die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 15/3377, die eine Änderung in Artikel 1 Nummer 1 zu § 7 Absatz 2 Nummer 10 Buchstabe b vorschlägt. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3464-1, vor, der die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 15/3377, teilweise korrigiert.

Wer dem interfraktionellen Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Wer Artikel 1 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

In Artikel 2 Nummer 2 muss der fettgedruckte Klammerzusatz durch den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes, den Tag nach der Verkündung des Gesetzes, ersetzt werden. Da dem Landtag dieser Zeitpunkt nicht bekannt ist, bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, dass das Ausfertigungs- und Verkündungsorgan ermächtigt wird, das Datum vor der Verkündung im Gesetzblatt zu ergänzen. Wer Artikel 2 mit dieser Maßgabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Mai 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3464-2, abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, über den Antrag insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3464-3. Sind Sie damit einverstanden, über den Antrag insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn ihr schon nicht die Taube nehmt, dann nehmt den Spatz! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Von der Taube über den Spatz zu Tagesordnungspunkt 6.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder – Drucksache 15/3210

(Präsident Guido Wolf)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/3423

Berichterstatter: Abg. Günther-Martin Pauli

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hitzler.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich erwartet, dass der Justizminister zuerst noch eine Einführung gibt, aber das brauchen wir gar nicht.

Mit dem bundesweiten Vollstreckungsportal werden folgende Ziele erreicht: Über dieses Portal wird den gesetzlich Berechtigten die Einsichtnahme in den Datenbestand der Schuldnerverzeichnisse und der Vermögensverzeichnisse der Länder in elektronischer Form eröffnet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Den gesetzlich Berechtigten soll eine bundesweite Suche über die in den Schuldnerverzeichnissen und Vermögensverzeichnissen der Länder eingetragenen Daten gewährt werden. Das Vollstreckungsportal stellt im Zusammenwirken mit Systemen, zu denen auch eine Vertrauensbeziehung besteht, ein zentrales und länderübergreifendes elektronisches Informations- und Kommunikationssystem im Internet zur Registrierung der Nutzungsberechtigten bereit.

Ferner wird die Möglichkeit einer länderübergreifenden Gebührenabrechnung und einer Vollstreckung der Gebührenforderung geboten. Darüber hinaus stellt das Vollstreckungsportal die technischen Voraussetzungen bereit, um die Daten der Schuldnerverzeichnisse und der Vermögensverzeichnisse aller Länder über eine einheitliche Schnittstelle zu übernehmen und die Abdrucke aus den Schuldnerverzeichnissen zu erstellen und zu versenden.

Die CDU-Fraktion stimmt mit allen Zielen überein. Wir werden deshalb dem Schuldnerportal und dem Gesetz zum Staatsvertrag zustimmen. Abschließend kann man noch sagen: Die Kosten sind überschaubar und die Gebühren moderat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD –
Abg. Wolfgang Drexler SPD: Den Hitzler sollte man
öfter reden lassen!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Halder.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hitzler hat anschaulich beschrieben, um was es geht. Ich bin ihm dafür sehr dankbar. Ich kann meinen auf eine halbe Stunde angesetzten Vortrag auf den Schlusssatz reduzieren.

(Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Zusammen mit der Zentralisierung des Vollstreckungsgerichts beim Amtsgericht Karlsruhe führt das Gesetz ab 2016 zu einer Einsparung von 27 Personalstellen. Selbst dieser kleine Beitrag des Justizressorts zu den Sparbemühungen des Landes ist ein wichtiger Beitrag, auch im Sinne einer schlanken Verwaltung.

Die Fraktion GRÜNE stimmt dem Gesetzentwurf zu und bittet Sie, dasselbe zu tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es spricht Kollege Binder

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kürzer! – Weitere Zurufe)

– und nur dieser.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf: Es ist schon alles gesagt! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kommen Sie zur Vollstreckung! –
Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir alle sind Schuldner und Gläubiger.

(Heiterkeit des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Manche mehr, manche weniger! Ihr seid schuldig! Viel schuldig geblieben! –
Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ihr seid auch Sünder! – Unruhe)

– Herr Dr. Birk, es gibt Unterschiede zwischen Schuldigen und Schuldern. Um meine Redezeit nicht ausfüllen zu müssen, gehen wir jetzt nicht näher darauf ein.

Das Vollstreckungsportal der Länder ermöglicht Synergieeffekte und hat für Gläubiger und Schuldner Vorteile. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion dem Gesetzentwurf des Justizministeriums zustimmen. Wir freuen uns auf die Ausführungen des Herrn Justizministers.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf reiht sich ein in eine Reihe von Verbesserungen in der Zwangsvollstreckung, die im Sinne aller sind. Deswegen ist es auch erfreulich, dass diese Debatte vollständig im Konsens geführt wird.

(Dr. Ulrich Goll)

Es kann in niemandes Sinn sein, wenn Schuldner sich ihrer Verantwortung entziehen, einfach nicht bezahlen, nicht greifbar sind. Das schadet im Grunde genommen allen, den Gläubigern, dem Fiskus. Daher ist es richtig, die Zwangsvollstreckung zu verbessern, indem man das ganze Verfahren auf eine EDV-Basis bringt, die zwischen den Ländern vernetzt ist. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft diese Möglichkeit. Wir werden ihm fraglos auch zustimmen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eine gute Rede!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Justizminister Stickelberger.

Justizminister Rainer Stickelberger: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die Zustimmung aller Fraktionen zu diesem Gesetzentwurf, der einen wesentlichen Baustein zur Verbesserung der Zwangsvollstreckung darstellt, den Landeshaushalt entlastet und für die Gläubiger und alle am Rechtsverkehr Teilnehmenden Vorteile bringt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Guido Wolf: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Euphorie über die Kürze der Beiträge zu begrenzen.

In der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/3210. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/3423. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Mai 2013 das folgende Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Meine Damen und Herren, Tagesordnungspunkt 7 wurde im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 9. April 2013 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 15/3355, 15/3421

Berichterstatte r: Abg. Bernd Hitzler

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 9. April 2013 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 15/3330, 15/3400

Berichterstatte r: Abg. Sascha Binder

Hierzu ist ebenfalls keine Aussprache vorgesehen. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass die korrekte Bezeichnung des wirtschaftlichen Unternehmens „Leichtbau BW GmbH“ lautet und daher eine Änderung vorzunehmen ist. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses mit dieser Änderung zu. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 28. März 2013 – Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Corrensstraße 41/41 a in Tübingen – Drucksachen 15/3304, 15/3363

Berichterstatte r: Abg. Martin Hahn

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet am 15. Mai 2013 um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, schließe die Sitzung, wünsche einen guten Nachhauseweg und einen ebensolchen Feiertag.

Schluss: 16:23 Uhr